4,00 €
Mai

5|19

Wie geht es weiter mit dem Deutschen Computerspielpreis?

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Melanie Bernstein
Andreas Guibeb
Luca Jahier
Nataly Jung-Hwa Han
Richard Kühnel
und viele andere

Gemeinnützigkeit
Alarmzeichen: Gemeinnützigkeitsrecht darf nicht für politische Auseinandersetzungen missbraucht werden
Seite 3

Namibia
Herero und Nama: Ein Land wartet auf die Anerkennung des Völkermordes in der ehemaligen deutschen Siedlerkolonie
Seite 4

Land-Kultur
Gleichwertige Lebensverhältnisse: Das Kulturangebot fernab der Großstadt muss wieder belebt werden
Seite 5

Sprachgeschichten
Verbindendes Band: Deutsche Sprache ist ein Schlüssel zur Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
Seite 6

Wenige

Alter weißer Mann und weiße Kartoffel, musste ich mich in der letzten Zeit in Diskussionen öfter nennen lassen. Ich verwahre mich immer deutlich gegen solche verbalen Ausfälle. Denn diese Äußerungen sind eindeutig rassistisch und diskriminierend. Die weiße Hautfarbe wird als negative Beschreibung einer, meiner, Rasse genutzt und »alt sein« ist diskriminierend gemeint.

Genutzt werden diese Zuschreibungen durchweg von Menschen, die sich damit gegen Rassismus wehren wollen und der festen Auffassung sind, dass ihr Rassismus natürlich kein Rassismus sei, sondern ein legitimes Mittel, um gesellschaftliche Missstände und Diskriminierungen anzuprangern.

Die Geschichte kennt viele Beispiele, dass die, die das Gute wollten, letztlich das Böse gebracht haben, weil sie das Maß verloren haben.

Aktuell wird von manchem im Kulturbereich das Erstarken der Rechten mit einem Fundamentalismus bekämpft, der mir zunehmend Angst macht. Wenn selbst schon Menschen aus der politischen Mitte als rechtsextrem gebrandmarkt werden, nur weil sie den Begriff »Leitkultur« verwenden, ist das gefährlich.

Um nicht missverstanden zu werden, die extreme Rechte ist eine sehr große Gefahr. Sie mit Argumenten zu bekämpfen ist Demokratenpflicht. Gerade die Europawahl ist ein guter Zeitpunkt, um sich gegen den Vormarsch der extremen Rechten mit allen demokratisch legitimierten Mitteln zu stemmen.

Mir macht der im Kulturbereich gerade inflationär benutzte Begriff »Die Vielen« zunehmend Sorgen. Es ist eine gewagte Behauptung, wir seien wirklich so viele. Und was bedeutet es eigentlich, zu den Vielen zu gehören? Haben wir mehr Rechte, weil wir zur Mehrheit gehören? Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft zeigt sich gerade darin, wieviel Freiheitsrechte die Minderheiten, also die Wenigen, genießen.

Unsere universellen Freiheitsrechte dürfen bei den notwendigen politischen Auseinandersetzungen gegen rechts nicht über Bord gehen. Die Meinungsfreiheit gilt nicht nur für diejenigen, die meiner Meinung sind. Deshalb, trotz der Rechtsextremisten inner- und außerhalb des Parlamentes, trotz der Beleidigungen im Netz, trotz der zunehmenden gedankenlosen oder bewussten Nutzung rassistischer Stereotypen von rechts wie links dürfen wir uns die Freiheit des Wortes nicht selbst nehmen.

Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill sagte einmal: »Die Freiheit der Rede hat den Nachteil, dass immer wieder Dummes, Hässliches und Bösartiges gesagt wird. Wenn wir aber alles in allem nehmen, sind wir doch eher bereit, uns damit abzufinden, als sie abzuschaffen.« So sehe ich das auch!

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE

Die Stimmung schlägt um

Gibt es doch keinen Brexit?

RUPERT GRAF STRACHWITZ

Der Debatten- und Abstimmungsmarathon zum Brexit im Britischen Unterhaus war, so lässt sich im Rückblick feststellen, Parlamentarismus vom Feinsten. Nicht nur konnte die Welt zusehen, wie ein Parlament genau das tat, wofür es gewählt wurde: diskutieren und um eine Lösung ringen – welch ein Unterschied zu den rituellen Veranstaltungen im Plenum des Deutschen Bundestages! Immer mehr wird aber auch deutlich, dass die auf den ersten Blick verwirrenden Abstimmungsergebnisse dem Brexit-Prozess eine ganz neue Wendung gegeben haben. Fast ist man versucht, von einer absichtsvollen Steuerung in diese Richtung zu sprechen!

Dies war zu spüren, als sich am 11. und 12. April 2019 Experten aus Politik, Staatsverwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien in Berlin zur 69. deutsch-britischen Königswinter-Konferenz trafen. Die politische Präsenz war dünner als gewohnt; Spitzenpolitiker beider Länder wollten den neuesten Sachstand offenkundig nicht kommentieren. Umso lebendiger war die Diskussion, im Plenum der Konferenz ebenso wie in den Arbeitsgruppen.

»Hört uns!«, riefen die Briten uns zu, »Die Stimmung schlägt um!« Aus dem »egal wie – Hauptsache, das Thema kommt endlich vom Tisch« ist eine neue Hoffnung geworden. Die Wahl zum Europäischen Parlament kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens daran teilnehmen, zum Katalysator des Stimmungsumschwungs werden, aus dem ein zweites Referendum erwachsen kann. Meinungsumfragen prognostizieren dafür aus heutiger Sicht ein, wenngleich knappes Ergebnis für den Verbleib in der Europäischen Union. Stolz wurde darauf verwiesen, dass die Pro-Europa-Demonstration in London am 23. März 2019 mit über einer Million Teilnehmerinnen und Teilnehmer die größte war, die je in Europa stattgefunden hat. Auch sechs Millionen Unterschriften unter der Petition an das Parlament sprechen eine deutliche Sprache.

Ein uraltes intergenerationales Thema wird hier virulent: das Problem der toten Hand. Die konservative Partei ist finanziell von Erbschaften abhängig; sie muss den Willen ihrer ältesten Mitglieder tun. Aber kann eine Generation so einschneidend über das Schicksal der folgenden bestimmen? Die jungen Wählerinnen und Wähler werden jedenfalls nicht noch einmal den Fehler begehen, nicht abzustimmen.

Also abwarten, bis der Albtraum vorübergeht und dann weitermachen wie bisher? Nein, gewiss nicht!

Zunächst: Die kulturellen Gemeinsamkeiten bekommen in jedem Fall ein neues Gewicht. Findet der Brexit statt, gilt, was jetzt stärker denn je betont wird: »Wir verlassen die EU, aber nicht Europa!« Fantastereien von einem »Singapore in the Channel«, einem Singapur im Ärmelkanal, oder einem Zusammenrücken mit ehemaligen Kolonien bleiben den extremen Populisten in der Tory-Partei vorbehalten; der Blick in die USA hat Ernüchterung gebracht, was ein künftiges Sonderverhältnis betrifft. Ad acta gelegt ist auch die bei früheren Gelegenheiten oft gehörte britische Idee eines Sonderverhältnisses mit Deutschland. Die Europäer der 27 haben klargestellt, dass sie zusammenstehen. Das Ziel derer in Großbritannien, den USA und Russland, die die Austrittskampagne mit viel Geld unterstützt haben, um Europa zu spalten, ist klar verfehlt worden.

Ein Großbritannien außerhalb der EU muss viele Anstrengungen unternehmen, um die starken kulturellen Verbindungen mit allen übrigen Europäern lebendig zu erhalten. Häufig wie selten wurden die historischen, kulturellen und intellektuellen Gemeinsamkeiten hervorgehoben, die es zu bewahren gilt. Es läge in unserem Interesse, das dann auch zu tun.

Aber was geschieht, wenn es tatsächlich nicht zu einem Brexit kommt? Machen wir dann einfach an der Stelle weiter, an der wir 2016 aufgehalten wurden? Wenn wir das tun, steuern wir zielsicher auf die nächste europäische Krise zu! Europa neu zu denken, den europäischen Einigungsprozess von Grund auf neu zu konzipieren, die europäischen Institutionen und Abläufe zu reformieren, bleibt eine zentrale politische Aufgabe, der wir uns zuwenden müssen. Briten und Deutsche machten dies auf der Königswinter-Konferenz deutlich, und sie hatten recht damit.

Leider gibt es dafür kaum konzeptionelle Vorüberlegungen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten, der von ihnen gebildete Rat und die Kommission klammern sich an ein Staatsmodell früherer Jahrhunderte. Das Erstarken der Regionen und Städte, die vielschichtigen Identitäten und Loyalitäten der Europäerinnen und Europäer, die starken freiwillig begründeten Gemeinschaften, die »communities of choice«, in Wirtschaft und Zivilgesellschaft, und der allem nationalistischen Populismus zum Trotz immer mehr vorherrschende Universalismus der Bürgerinnen und Bürger – all dies sind Faktoren, die es in ein neues Konzept einer politischen Ordnung aufzunehmen gilt. Davon sind wir weit entfernt, obwohl es zuhauf Ideen und Anstöße gibt, nicht zuletzt, so paradox es klingt, in Großbritannien.

Und die Briten selbst? Sie erleben ebenso wie alle übrigen Europäer die schwere Vertrauenskrise, die sich zwischen Bürgern und politischen Entscheidern aufgetan hat. Ebenso wie wir werden sie daran arbeiten müssen, diese zu überwinden. Dazu aber gilt es, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten. Die Vergangenheit bildet kein belastbares Narrativ mehr für eine nationale Identität, wenn man denn eine solche überhaupt haben will. Tiefe soziale Risse müssen ebenso erkannt und geheilt wie partikulare Erinnerungen einer politischen Elite an eine illusionäre glorreiche Vergangenheit korrigiert werden. Auch Margaret Thatchers schreckliche Worte von 1990, es würde noch 40 Jahre dauern, bis »wir«, die Briten, »euch«, den Deutschen, verzeihen können, ist 30 Jahre später obsolet und taugt nicht mehr als Instrument der Politik. Schließlich und vor allem aber müssen sich die Briten mit der Realität abfinden, dass sie in einem europäischen, überdies von Spaltung bedrohten Land mittlerer Größe leben, das nur im Konzert aller Europäer und nur in der Beschwörung des Europäischen eine Stimme zur Geltung bringen kann. »Rule Britannia« ist vorbei. Das gilt es zu verinnerlichen. Die europäische Kultur bildet dafür die beste Folie.

Rupert Graf Strachwitz ist Vorsitzender des Vorstandes der Maecenata Stiftung und Direktor des Maecenata Instituts

Nr. 5/2019
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Wenige
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Brexit: Die Stimmung schlägt um
Rupert Graf Strachwitz 01

SEITE 2

Kulturmensch Sabine Homilius 02

AKTUELLES

Gemeinnützigkeitsrecht nicht für politische Auseinandersetzungen missbrauchen
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Kolonialismusdebatte: Namibia wartet
Hans Jessen im Gespräch mit Andreas Guibeb 04

Kultur im ländlichen Raum: Gleichwertige Lebensverhältnisse
Melanie Bernstein 05

Verfälschte Identität: Migrantentagebuch, sechster Eintrag: »Ich bin kein Baum«
Marwa Abidou 05

Sprachgeschichten: Die deutsche Sprache ist das zentrale verbindende gesellschaftliche Band
Olaf Zimmermann 06

Lutherbibel: Sprachfähigkeit, Mündigkeit und Teilhabe
Stefan Rhein 06

Vielfalt im Orchester: Der deutsche Klang
Alexander von Nell 07

Erzbischöfliche Dombibliothek Köln: Bewahrerin des Kulturerbes
Marcus Stark 08

50 Jahre Grips Theater Berlin: »Dass ihr's wisst, nichts muss bleiben, wie es ist«
Wolfgang Schneider 08

Globalisierung koreanischer Kultur: Von »Self-Orientalism« zur Exportnation
Behrang Samsami im Gespräch mit Nataly Jung-Hwa Han 09

Deutscher Computerspielpreis: Katalysator
Felix Zimmermann 10

EUROPA

Niederlande: Kampf um Kultursubventionen
Mikko Fritze und Mirthe Berentsen 11

INTERNATIONALES

Türkei: Der Schutz des kulturellen Erbes ist Nebensache
Constanze Letsch 12

Hochschulen: Indonesien will Ausbildungsqualität steigern
Thomas Zettler 12

KULTURELLES LEBEN

Inés de Castro im Porträt: Die Aufarbeitung der Kolonialzeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
Andreas Kolb 13

Grevens Einwurf: Haltung!
Ludwig Greven 13

Personen & Rezensionen 14

EUROPAWAHL 2019

Europa wählen!
Olaf Zimmermann 15

Quo vadis, Europa?
Richard Kühnel 16

Claussens Kultur-Kanzel: Ausgedient
Johann Hinrich Claussen 16

Neue Träume für Europa
Hans Dieter Heimendahl im Gespräch mit Ulrike Guérot, Johann König, Roger de Weck und Maryam Zaree 17

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Die Renaissance der EU
Theresa Brüheim im Gespräch mit Luca Jahier 18

Wahlprüfsteine zur Europawahl: Was wollen die Parteien im Europäischen Parlament bewegen?
Gabriele Schulz 19

Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019 19

Antworten der im Deutschen Bundestag vertretenden Parteien auf die 10 Fragen des Deutschen Kulturrates zur Europawahl 2019 20-21

Was ist das wichtigste kulturpolitische Ziel für Europa?

Manfred Weber:
Kulturelles Erbe erhalten 22

Katarina Barley:
Kulturhaushalt deutlich steigern 22

Jörg Meuthen:
Zurück zu Diplom und Magister 22

Nicola Beer:
Auslandszeit für alle Jugendlichen 23

Martin Schirdewan:
Zugang zur Kultur ausbauen 23

Sven Giegold: Digitalplattform 23

Bildungsarbeit: Wir müssen lernen, lauter zu werden
Theresa Brüheim im Gespräch mit Anne Rolvering 24

Aktivismus: Europa ist kein Egotrip
Theresa Brüheim im Gespräch mit Katja Sinko 25

MEDIEN

Agenda-Setting bei ARD und ZDF: Migration Thema Nr. 1?
Gabriele Schulz 26

Europäische Medienplattform: Eine Infrastruktur, die nicht Hass verstärkt, sondern Zusammenhalt
Helmut Hartung 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Die P&K Trump-Fakes 28

Karikatur, Impressum 28

DER AUSBLICK 6|19

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Juni 2019.
Im Fokus steht das Thema »Kulturschaffende im Exil«.

Kulturmensch Sabine Homilius

Bibliothek und Information Deutschland (BID), die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheks- und Informationsverbände, hat eine neue Präsidentin: Sabine Homilius. Am 1. April hat die Leiterin der Stadtbücherei Frankfurt am Main ihr Amt offiziell angetreten – wir gratulieren!

Homilius studierte Slawistik und Anglistik in Leipzig und Moskau und absolvierte im Anschluss die Ausbildung für den höheren Bibliotheksdienst. Die Universitätsbibliothek Marburg war die erste berufliche Station von Homilius. Dort war sie als Fachreferentin für neuere Philologien und osteuropäische Geschichte zuständig. Von 1998 bis 2004 leitete sie das Bibliothekszentrum Geisteswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 2004 wechselte Homilius von der wissenschaftlichen an die öffentliche Bibliothek. Seitdem leitet sie die Stadtbücherei Frankfurt am Main, die im Jahr 2018 vom Deutschen Bibliotheksverband und der Deutschen Telekom Stiftung als »Bibliothek des Jahres« ausgezeichnet wurde.

Homilius wurde von der Mitgliederversammlung des Dachverbandes BID einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt und tritt damit die Nachfolge von Heinz-Jürgen Lorenzen an, der in den Ruhestand geht. Die Amtsübergabe erfolgte auf dem Bibliothekskongress 2019 in Leipzig. Der BID ist der Dachverband der Institutionen- und Personalverbände des Bibliothekswesens und zentraler Einrichtungen der Kulturförderung in Deutschland und vertritt deren Gesamtinteressen auf nationaler und europäischer Ebene sowie in internationalen Gremien.

In ihrem neuen Amt als Präsidentin der BID wünscht Politik & Kultur Sabine Homilius viel Erfolg!

FOTO: SABINE HOMILIUS

Gemeinnützigkeitsrecht nicht für politische Auseinandersetzungen missbrauchen

Diskussion über die Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe, von attac und Campact sind Alarmzeichen

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Die Deutsche Umwelthilfe hatte vor Gerichten in mehreren deutschen Städten Fahrverbote für ältere Diesel-Fahrzeuge erstritten und sich damit nicht nur den Zorn von Dieselfahrern zugezogen, sondern auch Politiker wollen durch Gesetzesänderungen erreichen, dass der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entzogen wird. »Der Gesetzgeber muss die Kriterien der Gemeinnützigkeit überarbeiten«, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, im März. Die CDU hatte bereits bei ihrem Parteitag im Dezember beschlossen, prüfen zu lassen, ob die Deutsche Umwelthilfe weiterhin als gemeinnützige Organisation anerkannt werden sollte. Die FDP unterstützt Überlegungen in der CDU, der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Bundestag, Michael Theurer. Die AfD fordert den sofortigen Entzug der Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe.

Immer mehr Politiker denken immer lauter darüber nach, wie der missliebigen Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entzogen werden kann. Wobei das Problem mit den Grenzwertüberschreitungen von Dieselfahrzeugen eindeutig kein Problem der Deutschen Umwelthilfe ist, sondern der Automobilindustrie, deren Produkte die gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte nicht einhalten. Die Deutsche Umwelthilfe besteht nur auf die Einhaltung der von der Politik beschlossenen Vorgaben.

So richtig Fahrt nahm die Diskussion zum Gemeinnützigkeitsrecht auf, als der Bundesfinanzhof im Februar dieses Jahres entschied, dass die Tätigkeit des Fördervereins der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation attac nicht gemeinnützig ist. Dem Urteil ging ein jahrelanger Rechtsstreit voraus. In erster Instanz wurde dem Trägerverein von attac noch die Gemeinnützigkeit beschieden. Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofes muss sich nun, da der attac-Trägerverein seinen Sitz in Hessen hat, das Hessische Finanzgericht mit der Frage befassen. Der Bundesfinanzhof hatte laut attac in seiner Urteilsbegründung festgestellt, dass die »Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung (…) keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt«.

Nachdem das Urteil ergangen war, begann eine rege Diskussion, inwiefern hier ein politisches Urteil gegenüber einer missliebigen Organisation gefällt wurde und ob in der Zukunft gemeinnützige Organisationen, die sich politisch äußern und positionieren, generell befürchten müssen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Attac wetterte, dass zu erleben sei, »wie Regierung und Parteien immer öfter versuchen, politisch missliebige Organisationen über das Gemeinnützigkeitsrecht mundtot zu machen« und weiter »Gemeinnützigkeit dürfe nicht auf apolitische Wohltätigkeit beschränkt werden«.

Zuletzt stellte die Online-Kampagnen-Plattform Campact bis auf Weiteres vorsorglich keine Zuwendungsbestätigungen für Spenden mehr aus, da sie Angst hat, rückwirkend den Status als gemeinnützige Organisation zu verlieren – und damit das Recht, Spendenbescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt an Spender auszugeben sowie für bereits ausgestellte Bescheinigungen in Regress genommen zu werden. Die Diskussion über die Gemeinnützigkeit der Deutsche Umwelthilfe, von attac und Campact sind Alarmzeichen, die sehr ernst genommen werden müssen.

FOTO: LEHMANN/DUH

Demonstranten der Deutschen Umwelthilfe fordern eine Einhaltung der Grenzwerte für Stickoxide

Gemeinnützigkeit, was ist das?

Ob eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit einer Organisation, eines Vereins oder einer Stiftung gemeinnützig im steuerrechtlichen Sinn ist, wird in der Abgabenordnung, einem der wichtigsten Steuergesetze, geregelt. In der Abgabenordnung ist klar und schnörkellos beschrieben, was eine gemeinnützige Körperschaft ausmacht. Sie zeichnet sich dadurch aus, »die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern«.

Eine Förderung der Allgemeinheit liegt nicht vor, »wenn der Kreis der Personen, dem die Förderung zugutekommt, fest abgeschlossen ist«. In Absatz 2 Paragraf 52 der Abgabenordnung werden gemeinnützige Zwecke aufgeführt (siehe Infokasten). So gehört die Förderung von Kunst und Kultur ebenso zu den gemeinnützigen Zwecken wie beispielsweise die Förderung der Erziehung und Volksbildung, die Förderung von Umwelt- und Naturschutz oder die Förderung des demokratischen Staatswesens. Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft sind:

- die Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke,
- die selbstlose, ausschließliche und unmittelbare Verfolgung der Zwecke,
- die Nennung der gemeinnützigen Zwecke in der Satzung,
- die tatsächliche Geschäftsführung entsprechend der Satzung sowie
- die Regelung in der Satzung, dass das Vermögen der Körperschaft bei Auflösung oder Wegfall der Steuerbegünstigung auch künftig für steuerbegünstigte Zwecke verwendet wird.

Die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft ist in der Regel eine der Voraussetzungen, um öffentliche Mittel beantragen zu können. Ebenso sind Spenden an eine Körperschaft nur dann steuerlich abzugsfähig, wenn diese gemeinnützig ist.

Das Gemeinnützigkeitsrecht ist ein zentraler Baustein zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Darin kommt zum Ausdruck, dass sich Körperschaften für die Allgemeinheit, letztlich das Gemeinwohl, stark machen. Dieses bürgerschaftliche Engagement als Spende von Zeit oder von Geld ist eine wesentliche Grundlage unseres Gemeinwesens. Es zeugt davon, dass nicht der Staat alles richtet, sondern die Bürgerinnen und Bürger selbst für ein gelingendes Zusammenleben verantwortlich sind, sich hierfür stark machen und füreinander einstehen.

Die Feststellung, ob eine Körperschaft als gemeinnützig anerkannt ist, obliegt den Finanzämtern. Sie prüfen nicht nur die Satzung, sondern anhand der Jahresberichte auch, ob die tatsächliche Geschäftsführung den gemeinnützigen Zwecken entspricht.

Gemeinnützige Zwecke

Über die in der Abgabenordnung aufgeführten Zwecke ließ und lässt sich trefflich streiten. Immer wieder als Zielscheibe von Häme und Spott dienen beispielsweise die gemeinnützigen Zwecke zur Förderung des Amateurfunks, des Modellflugs und des Hundesports. Es gibt daher ebenso Stimmen, die für eine Reduktion der gemeinnützigen Zwecke eintreten, wie solche, die sich für eine Ausweitung stark machen.

Anfang dieses Jahrhunderts standen das Gemeinnützigkeitsrecht und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf der politischen Agenda weit oben. Zu nennen sind etwa die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements«, die Reformen im Stiftungssteuerrecht, das Gesetz »Hilfen für Helfer«, die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftlichen Engagements, die mit großem Echo begleiteten Freiwilligensurveys und vieles andere mehr.

Auch wenn das Thema bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen an Relevanz nichts eingebüßt hat, gehört das Gemeinnützigkeitsrecht heute nicht zu den »Top-Themen« gesellschaftlicher Debatten. Es handelt sich vielfach um einen fachlichen juristischen Diskurs.

Im Visier der Politik

Nun ist es so, dass die Brisanz des attac-Urteils in dem zeitlichen Zusammenfall mit Äußerungen zur Prüfung der Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe und der Selbstbescheidung von Campact entsteht. Hieraus erwächst ein Klima der Angst. Vereine sorgen sich, auch im Kulturbereich, ob bei generellen politischen Äußerungen bereits der Entzug der Gemeinnützigkeit drohen könnte. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden und gemeinnützige Körperschaften müssen gemeinsam eine Haltung hierzu entwickeln. Der Fachausschuss Steuern des Deutschen Kulturrates wird sich in seiner konstituierenden Sitzung im Mai mit dem Thema befassen. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, zu dessen Gründungsmitgliedern der Deutsche Kulturrat gehört, behandelt das Thema und plant eine gemeinsame Positionierung.

Klar ist unseres Erachtens, dass Finanzämter nicht von der Politik missbraucht werden dürfen, missliebigen Organisationen den Garaus zu machen. Hier sind politische Auseinandersetzungen gefordert und nicht etwa steuerrechtliche Tricks.

Ebenso wichtig erscheint uns, die politische Dimension gemeinnütziger Körperschaften deutlicher zu betonen. Indem sie für die Allgemeinheit Aufgaben übernehmen, indem sie sich für die Gesellschaft einsetzen, engagieren sie sich oft auch politisch, geht es doch vielfach auch darum, das Gemeinwesen zu verändern. Diese politische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements trat in den oben genannten Debatten vielfach in den Hintergrund.

Der Deutsche Juristentag hat im September 2018 festgestellt: Gemeinnützigkeit ist nicht nur ein Steuerstatus, sondern das prägende Recht für alle Non-Profit-Organisationen in Deutschland.

Die Politik muss aufhören das Gemeinnützigkeitsrecht für politische Auseinandersetzungen zu missbrauchen. Der Umgang der Regierungen in Polen und Ungarn mit Nichtregierungsorganisationen zeigt eindrücklich, wie schnell ein Schaden entstehen kann, der eine Demokratie in den Grundfesten erschüttert. Lassen wir es nicht so weit kommen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

ABGABENORDNUNG

§ 52 Gemeinnützige Zwecke

1) Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Eine Förderung der Allgemeinheit ist nicht gegeben, wenn der Kreis der Personen, dem die Förderung zugute kommt, fest abgeschlossen ist, zum Beispiel Zugehörigkeit zu einer Familie oder zur Belegschaft eines Unternehmens, oder infolge seiner Abgrenzung, insbesondere nach räumlichen oder beruflichen Merkmalen, dauernd nur klein sein kann. Eine Förderung der Allgemeinheit liegt nicht allein deswegen vor, weil eine Körperschaft ihre Mittel einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zuführt.

(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 sind als Förderung der Allgemeinheit anzuerkennen:

- die Förderung von Wissenschaft und Forschung;
- die Förderung der Religion;
- die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne des § 67, und von Tierseuchen;
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe;
- die Förderung von Kunst und Kultur;
- die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege;
- die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe;
- die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder, des Umweltschutzes, des Küstenschutzes und des Hochwasserschutzes;
- die Förderung des Wohlfahrtswesens, insbesondere der Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege (§ 23 der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung), ihrer Unterverbände und ihrer angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten;
- die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer; Förderung des Suchdienstes für Vermisste;
- die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr;
- die Förderung des Feuer-, Arbeits-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der Unfallverhütung;
- die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens;
- die Förderung des Tierschutzes;
- die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit;
- die Förderung von Verbraucherberatung und Verbraucherschutz;
- die Förderung der Fürsorge für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene;
- die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern;
- die Förderung des Schutzes von Ehe und Familie;
- die Förderung der Kriminalprävention;
- die Förderung des Sports (Schach gilt als Sport);
- die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde;
- die Förderung der Tierzucht, der Pflanzenzucht, der Kleingärtnerei, des traditionellen Brauchtums einschließlich des Karnevals, der Fastnacht und des Faschings, der Soldaten- und Reservistenbetreuung, des Amateurfunkens, des Modellflugs und des Hundesports;
- die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatsbürgerlicher Art verfolgen oder die auf den kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind;
- die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke.

Sofern der von der Körperschaft verfolgte Zweck nicht unter Satz 1 fällt, aber die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet entsprechend selbstlos gefördert wird, kann dieser Zweck für gemeinnützig erklärt werden. Die obersten Finanzbehörden der Länder haben jeweils eine Finanzbehörde im Sinne des Finanzverwaltungsgesetzes zu bestimmen, die für Entscheidungen nach Satz 2 zuständig ist.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AA

Herero und Nama protestieren anlässlich der Gebeinübergabe von Deutschland an Namibia am 29. August 2018

Namibia wartet

Die deutsche Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama muss offiziell werden

Andreas Guibeb ist namibischer Botschafter in Deutschland. Hans Jessen spricht mit ihm über die versäumte Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit in seinem Heimatland.

Hans Jessen: Herr Botschafter, in Deutschland wird, auch in Verbindung mit der Konzeption des Humboldt Forums, intensiv über den Umgang mit dem deutschen Kolonialismus diskutiert. Wie nehmen Sie diese Diskussion wahr?
Andreas Guibeb: Aufregend. Sie begann etwa zum selben Zeitpunkt, als ich 2016 mein Amt als Botschafter antrat. Ich freue mich, dass Deutschland endlich seine Aufmerksamkeit auf die »afrikanische Frage« richtet, nachdem es so lange mit der eigenen Geschichte nach der Wiedervereinigung beschäftigt war. Die Probleme Afrikas und mit Afrika sind nicht auf Migrationsfragen begrenzt. 1884 fand in Berlin auf Einladung des Reichskanzlers Otto v. Bismarck die »Westafrika-Konferenz« statt. Hier wurden die Grundlinien der kolonialen Aufteilung beschlossen. Viele aktuelle Schwierigkeiten Afrikas resultieren aus diesem historischen Erbe.

Namibia, ehemals eine von vier deutschen Kolonien, aber einzige deutsche Siedlerkolonie, ist der afrikanische Staat, mit dem Deutschland die intensivste historische Beziehung hat. Mit dem dramatischen Höhepunkt, dass zwischen 1904 und 1908 durch die Kolonialmacht im damaligen »Deutsch-Südwestafrika« rund 80.000 Herero und Nama umkamen. Das Herero-Volk wurde zu drei Vierteln ausgelöscht. Stellt sich Deutschland seiner historischen Schuld und Verantwortung?
Das sollen politische Beobachter und Historiker beurteilen. Die Frage ist: Wann hätte diese Diskussion beginnen sollen? Tatsächlich startete sie auf bilateraler Ebene 2016 mit der Einsetzung der Sonderbeauftragten durch die deutsche und namibische Regierung. Das war 26 Jahre, nachdem Namibia am 21. März 1990 unabhängig geworden war. Hätte das Thema nicht sofort nach der Unabhängigkeitserklärung behandelt werden sollen? Deutschland befand sich im politischen Prozess seiner Wiedervereinigung und hätte auf diesen Teil der gemeinsamen Geschichte blicken können. Der parteiübergreifende Bundestagsbeschluss von 1989, der »die besondere Verantwortung der Bundesrepublik für Namibia und alle seine Bürger« aufgrund ihrer besonderen historischen und moralischen Verantwortung gegenüber Namibia formuliert und deren Bekräftigung in der Bundestagsresolution von 2004 hätte wegweisend sein können.
Aufgrund der besonderen Situation von Namibia als Siedlerkolonie ist heute ein beträchtlicher Teil der namibischen Bevölkerung deutschen Ursprungs. Namibia ist das einzige afrikanische Land, in dem Deutsch eine offizielle Sprache ist, in dem Schüler das Abitur machen können. Bundeskanzler Helmut Kohl war der erste und letzte deutsche Regierungschef, der Namibia 1996 einen offiziellen Staatsbesuch abgestattet hat. Bundespräsident Roman Herzog folgte 1998 mit einem Staatsbesuch. Auf dieser Ebene war es das. Man kann die Frage stellen: Hatte die gemeinsame Geschichte auf Regierungsebene Priorität? Ich kann mir schwer vorstellen, dass Frankreich einen Dialog mit Afrika organisiert und vergisst, die Führung seiner ehemaligen Siedlungskolonien zum Gespräch einzuladen.

Sie haben, nach Kohls Tod, Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf angesprochen – wie reagierte sie?
Sie sagte: »Oh, wie schrecklich!« Bei anderer Gelegenheit sagte ich zu ihr: »Das namibische Volk ruft Ihren Namen«. Außenminister Steinmeier stand daneben und fragte: »Was sollte das bedeuten?« Ich erklärte ihm: »Das bedeutet, Namibia wartet auf einen hochrangigen Besuch aus Deutschland.« Wir warten noch immer.

Vergangenes Jahr wurden in einer Zeremonie sterbliche Überreste von Herero und Nama an Vertreter des Staates Namibia und der indigenen Gesellschaften zurückgegeben. Vor Kurzem wurden Bibel und Peitsche Hendrik Witboois aus dem Stuttgarter Linden-Museum nach Namibia restituiert. Welche Bedeutung haben diese Rückgaben?
Sie haben eine heilende Wirkung auf die Menschen, man darf das nicht unterschätzen. Viele Gesellschaften, nicht nur afrikanische, sind in Gegenwartsfragen gespalten. Die Rückgabezeremonie war einer dieser besonderen Augenblicke, in denen wir uns von den trennenden Problemen abwenden und die verbindenden Momente erkennen können. Regierung, Opposition, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Alt und Jung waren vereint in diesem Moment. Bénédicte Savoy hat recht: Die Rückgabe hält gewissermaßen die Zeit an und erlaubt uns die Rückbesinnung auf das, wofür diese Objekte ursprünglich standen. Wir brauchen solche Momente des Innehaltens und der Reflexion.

Über Namibia hinaus: Was erwarten afrikanische Staaten und Kulturen? Die Rückgabe möglichst vieler Objekte aus kolonialem Kontext? Oder Hilfe beim Aufbau kultureller Infrastruktur in den Staaten der Herkunftsgesellschaften?
Etwas von beidem. Es wäre unverantwortlich, Objekte zurückzufordern, wenn keine Einrichtungen da wären, um sie aufzubewahren, sie zu zeigen, zu erforschen. Man darf sie nicht in Depots begraben. Aber wir haben oft nicht die Rahmenbedingungen, um die Objekte öffentlich auszustellen. Das ist die Bitte aus afrikanischen Staaten: Bitte gebt uns die wichtigen Objekte zurück – und helft uns dabei, Museen und Einrichtungen in unseren Ländern aufzubauen, wo wir sie angemessen aufbewahren und zeigen können. Das ist etwas, was wir in dieser besonderen Beziehung zwischen Deutschland und Namibia diskutieren: Schaffung von Erinnerungskultur als Teil von Versöhnung. Und zwar an den Orten, wo die historischen Ereignisse stattfanden. Jedes Jahr besuchen etwas mehr als 123.000 deutsche Touristen Namibia. Sie sollten etwas erfahren können über unsere gemeinsame Geschichte. Wir möchten gern ein Museum an der Stelle bauen, wo Hendrik Witboois Haus stand.

Deutsche Museumsleute sagen gelegentlich: »Unsere afrikanischen Kollegen sind weniger an Rückgabe interessiert als an Transparenz über die Bestände hier und an offenem Zugang.« Halten Sie das für vorgeschobene Argumente, um Sammlungen behalten zu können?
Da möchte ich die Gegenfrage stellen: Was bedeutet Zugang? Wir würden sehr gern die Museen und Sammlungen besuchen. Aber: Welche realistische Möglichkeit haben normale Afrikaner, hier Objekte ihrer kulturellen Tradition zu sehen? Sie müssen Schlange stehen für ein Schengen-Visum bei der deutschen Botschaft, sie müssen nachweisen, dass sie genügend Geld für Hotel und Behandlung im Krankheitsfall haben. Ein normaler Mensch aus Afrika hat null Zugang zu Objekten in deutschen Museen, die für ihn kulturell oder ethnologisch von Bedeutung sind. Wir sollten für Bedingungen sorgen, die tatsächlich Zugang ermöglichen. Mauritius und die Seychellen sind Länder, die von der Schengen-Visumsbefreiung profitieren, weil Frankreich ihren Antrag unterstützt hat. Was hat Deutschland für namibische Bürger inklusive seiner Deutschstämmigen gemacht? Eigentlich nichts, obwohl Namibia kein Flüchtlingsland ist. Ohne Restitution wird es für die meisten Afrikaner keinen Zugang zu Museumssammlungen geben. Vielleicht lässt sich aus dem Umgang mit Raubkunst aus jüdischem Besitz lernen, wie ein solcher Prozess organisiert werden kann.

Das Eckpunkte-Papier von Bund, Ländern und Kommunen entspricht im Hinblick auf ein Gesamtkonzept der Stellungnahme des Deutschen Kulturrates – dort wird allerdings gefordert, die Strukturen des Welthandels müssten in die Diskussion einbezogen werden. Wie bewerten Sie diese Position?
Die Auffassung, dass die Wirtschaft der Politik folge, ist falsch. Adolf Lüderitz aus Bremen war kein Politiker, sondern ein Kaufmann. Er ging aus Geschäftsgründen nach Afrika. Die Politik, die kolonialen Strukturen, folgten dem. Wir sollten heute die Probleme nicht voneinander trennen. Wir werden keine Lösungen finden, wenn wir Politik und Wirtschaft in verschiedenen »Körben« behandeln. Ich spreche von Gerechtigkeit – das meint eine wiederherstellende Gerechtigkeit. Gerechtigkeit kann nicht nur »gemacht« werden, man muss sehen können, wie sie erreicht wurde. Schauen wir uns an, wie Europa heute mit Afrika spricht: Man hat nicht den Eindruck, dass es da um Herstellung einer gerechten Balance geht. Das ist leider ein Grundproblem vieler Initiativen: Wenn ein »Marshallplan für Afrika« diskutiert wird, so sind es Lösungsvorschläge, die zumeist ohne afrikanische Beteiligung konzipiert wurden.

Die zehntausendfache Tötung von Herero und Nama wurde letztes Jahr von Staatsministerin Michelle Müntefering in einer persönlichen Erklärung als Genozid bezeichnet – aber noch gibt es keine offizielle deutsche Anerkennung dieses Völkermordes. Offenbar aus Furcht vor Entschädigungszahlungen, die nach einer Anerkennung zu leisten wären. Wie kann eine Lösung aussehen?
Ich verstehe die deutsche Sorge vor der rechtlichen Dimension des Genozids. Aber es gibt eine historische und moralische Verantwortung. Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert hat zu einem frühen Zeitpunkt sinngemäß erklärt: »Wenn wir das Geschehen in jener Zeit messen an dem, was wir heute unter ›Genozid‹ verstehen, dann gibt es keinen Zweifel, dass es ein Genozid war.«
Ich sehe die deutsche Bereitschaft, das zu akzeptieren – aber es muss offiziell werden. Namibia hat eine lange Tradition der Versöhnung. Wir haben lange gegen die deutsche Kolonialherrschaft gekämpft und dann gegen die südafrikanische Besatzung. Versöhnung auf der Grundlage von Respekt – das vermissen wir von Deutschland.
Woran erkennt man nach 29 Jahren, dass es besondere Beziehungen zwischen Deutschland und seiner Siedlerkolonie gibt, wenn die einzige Bundestagsfreundschaftsgruppe mit einem afrikanischen Land die mit Ägypten ist? Die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia dürfen nicht auf eine entwicklungspolitische Diskussion reduziert werden. Namibia ist überall in Afrika und international ein respektierter politischer Partner, nur nicht in Deutschland – und das, weil man gewisse Themen vermeiden möchte. Wir können diese Diskussion aber nicht vermeiden.
Niemand kann Leben, das vernichtet wurde, zurückgeben. Aber es gibt eine Verantwortung für die Folgen dieser kolonialmilitärischen Aktionen, die Vernichtung großer Teile der Herero- und Nama-Völker. Damit wurden Zukunfts- und Entwicklungschancen vernichtet. Wie viele Herero und Nama gäbe es ohne den Völkermord? Was könnten sie leisten? Die Verantwortung liegt darin, die Existenzbedingungen der lebenden Angehörigen dieser Völker zu unterstützen und zu fördern.
Die Geste der Entschuldigung sollte mit einer Geste dessen einhergehen, was auf Deutsch »Wiedergutmachung« heißt. Das ist Inhalt von Gesprächen zwischen unseren Regierungen. Deutschland und Namibia haben ihre Vorstellungen genannt, nun geht es darum, die Lücke zwischen diesen Vorstellungen zu schließen. Das Kriterium ist nicht in erster Linie eine Geldsumme, sondern ein richtiges Engagement für einen langfristigen Wiederaufbau. Denken Sie an die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und das, was anschließend von den Amerikanern initiiert wurde. Die Mittel des Marshallplans wurden großteils für den Wiederaufbau Europas eingesetzt.

Sie stellen sich eine Kombination aus Entschuldigung für den Genozid und einem deutschen Marshallplan für Namibia vor?
Ganz genau. Das könnte jeden Menschen in Namibia und Deutschland überzeugen, dass beide Nationen eine Seite im Buch der Geschichte gewendet haben. Wir können die Vergangenheit nicht ändern. Aber wir können als Lebende für eine lang andauernde gerechte und friedliche Zukunft sorgen. Ich denke, dass ein deutscher Marshallplan für Namibia dazu führen könnte, dass mögliche zukünftige Klagen gegenstandslos werden.

Andreas Guibeb ist namibischer Botschafter in Deutschland. Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Kultur im ländlichen Raum stärken

MELANIE BERNSTEIN

Deutschland hat seit vielen Jahrzehnten, ja Jahrhunderten, eine vitale, für die Welt beispielhafte Kulturlandschaft. Menschen in vielen Ländern der Welt beneiden uns darum. Ein großer Teil der Einnahmen aus dem Tourismus ist auf diese Angebote zurückzuführen. Zu Recht; daran ist nicht zu zweifeln und darauf können wir stolz sein. Wir lesen viel über Ausstellungen, Museen, den deutschen Film, über hochwertige Theaterstücke, Programmkinos, Galerien, neuerdings sogar Fernsehserien. Nur gibt es die weitaus meisten dieser beeindruckenden Angebote in Berlin, in Hamburg, Frankfurt oder München. Das ist schön für das städtische Publikum, das mit wenig Aufwand und kurzen Wegen mit dem Bus oder der Straßenbahn zur nächsten Ausstellungseröffnung fahren kann. Aber, und das sollten wir nicht vergessen: In Deutschland lebt mehr als die Hälfte der Menschen in Kleinstädten oder auf dem Land.

Nahezu täglich beklagen Politik und Medien, vor allem aber die Menschen in den Dörfern, die Landflucht, die natürlich auch ein globales Phänomen darstellt. Der geschlossene Supermarkt, der eingesparte Bahnhof oder der alte Landarzt, der keinen Nachfolger findet, sind da nur die Spitze des Eisberges. Immer mehr Menschen suchen ihr Leben in den großen Städten. Attraktivere Berufsmöglichkeiten, bessere Bezahlung, kürzere Wege – und eben mehr Kultur. Welche Folgen aber hat das für den ländlichen Raum? Es geht darum, wie wir das Leben außerhalb der Ballungsgebiete so gestalten können, dass eben nicht so viele junge Menschen ihre Zukunft in der Großstadt suchen. Und auch wenn das nicht die Nachrichten dominiert; hier sehen wir eines der wichtigsten politischen Themen Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte. Das sollte die Politik weitaus mehr beschäftigen, als es momentan der Fall ist. Wir neigen leider oft dazu, zu vergessen, dass ein Großteil der Wertschöpfung Deutschlands auf dem Land stattfindet – und eben nicht in den großen Städten. Grund genug, meine ich, dem Thema eine höhere Priorität einzuräumen, wenn wir unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat dauerhaft erhalten wollen.

Es geht um nichts weniger als die Fragen: Was ist uns die Lebensqualität von rund 45 Millionen Menschen wert? Was bedeutet uns unsere kulturelle Identität? Wie bewahren wir Tradition, Brauchtum und Geschichte für kommende Generationen? Der Strukturwandel in unserem Land ist eine Tatsache, die wir weder grundsätzlich verhindern noch ignorieren können. Das hat natürlich weitreichende Konsequenzen für das Leben der Menschen. Und darum müssen wir uns kümmern.

Ich bin auf dem Dorf aufgewachsen. Wenn ich mich an den Orten meiner Kindheit umschaue, stelle ich fest: Hier hat ein kleines Kino geschlossen, dort ist ein Dorfgasthof nicht mehr da und Schützenverein und Feuerwehr gibt es nur, weil sich noch genügend Enthusiasten finden, die sich ehrenamtlich engagieren. Es ist erheblich schwieriger geworden, ohne Auto von A nach B zu kommen. Solch ein Fehlen elementarer Infrastruktur, ja von Lebensqualität, verstärkt einen Prozess, den wir nicht wollen können. Der Erhalt von Kulturdenkmälern, der Tourismus und der Naturschutz stehen vor dramatischen Herausforderungen, seit Langem schon. Es geht also um mehr, als um Geld für eine Dorfbibliothek oder den lokalen Heimatverein. Es geht darum, wie wir in Zukunft leben wollen.

Wie können wir gewährleisten, dass mehr Menschen auf dem Land an kulturellen Angeboten teilhaben können? Das ist nicht nur eine Frage der Regionalförderung, sondern vor allem eine Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ich möchte, dass auch die Menschen auf dem Land die Chance haben, kulturelle Angebote zu genießen, ohne dass sie dafür den weiten Weg in die nächste Großstadt fahren müssen. Natürlich sollten wir hier die Verhältnismäßigkeit nicht aus dem Auge verlieren: Das Dorf ist keine Großstadt. Wir sprechen nicht darüber, jede große Oper, jede Aufführung von Weltrang auf das Land zu bringen. Aber Kultur sollte schon sein.

Zur Kultur gehören ebenso Sportvereine, kleine Kinos, Bibliotheken und lokale Gastronomie. Viele Angebote würde es ohne ehrenamtlich Engagierte gar nicht geben. Wir reden also über die Stärkung des Ehrenamtes. Wie überall ist es hier Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Menschen zu freiwilliger Arbeit motivieren. Dafür brauchen wir auch eine qualifizierte Ausbildung der Ehrenamtlichen, weil überall, bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk (THW) und eben auch im Theater die technischen Anforderungen erheblich gestiegen sind. So etwas ist nicht kostenlos zu haben.

In meiner Heimatstadt Wahlstedt engagiere ich mich seit Jahren für das »Kleine Theater am Markt«, gemeinsam mit über 20 anderen Ehrenamtlichen. Es gelingt uns regelmäßig, mit hochwertigen Inszenierungen die 400 Plätze zu füllen. Darauf sind wir natürlich alle sehr stolz; trotzdem fehlt uns ebenso regelmäßig Geld für dringend notwendige Renovierungen und Instandhaltungen. Viele Gemeinden haben aber eine solche Infrastruktur gar nicht. Hier sollten wir auch einmal über neue Ideen nachdenken und die Strukturen nutzen, die es seit Jahrhunderten gibt. Was spricht etwa gegen kulturelle Angebote in den Kirchen? Neue Ideen in Zusammenarbeit mit den dort Verantwortlichen und entsprechende Förderung könnten durchaus ein Weg sein.

Der Deutsche Bundestag hat unlängst den Antrag der Koalition »Kultur im ländlichen Raum stärken« verabschiedet. Damit möchten wir Menschen die Teilhabe an hochwertigen kulturellen Angeboten ermöglichen. Er hält das Versprechen im Koalitionsvertrag, die Kultur außerhalb von Metropolen zu stärken und die Schaffung gleichwertiger zu gewährleisten. Für uns ist klar: Die Menschen auf dem Lande haben den gleichen Anspruch auf eine vielfältige Kultur wie die Menschen in großen Städten.

Der Bund leistet bereits einen großen Beitrag zur Stärkung der Kultur im ländlichen Raum. Beispiele sind das Denkmalschutz-Sonderprogramm, das Programm »Kultur macht stark«, jährliche Kulturpreise und Auszeichnungen im Kulturbereich, das Programm LandKULTUR und vieles mehr. Dazu gehört auch der Abbau von Bürokratie. Jeder ehrenamtlich Engagierte kennt die gestiegenen Anforderungen an Technik, an Brandschutz, Baurecht, Lärmschutz oder die Hürden bei der Beantragung von Fördermitteln. So gut bereits existierende Initiativen sind, so besteht erheblicher Bedarf an Vereinfachung bürokratischer Hindernisse. Darum sollten wir uns gemeinsam kümmern, denn Kultur im ländlichen Raum ist kein »Nischenthema«, sondern eine essenzielle Frage der Zukunft unseres Landes.

Melanie Bernstein ist Kulturwissenschaftlerin und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien. Sie ist seit 2015 Vorsitzende des Programmbeirates des »Kleinen Theaters« in Wahlstedt

Migrantentagebuch, sechster Eintrag: »Ich bin kein Baum«

Verfälschende Identität der Zahlen

MARWA ABIDOU

Ich konnte niemals den Sinn der Zahlen verstehen oder sie mit meiner Existenz in Verbindung bringen. Die Anzahl der Kerzen auf meiner Geburtstagstorte verriet mir nichts. Genauso wenig wie die Zahlen auf meiner Geburtsurkunde, meinem Ausweis und meiner Aufenthaltserlaubnis. Nach mehr als 40 Jahren auf der Erde konnte ich mich durch die mir gegebenen Zahlen nicht vollständig identifizieren. Aber mir ist schon lange klar, dass ich nicht alle verpflichtenden Identitäten ausfüllen kann, die mir gegeben wurden: Ich bin nicht die Anzahl von Jahren, die sich auf meinem Ausweis zeigt. Ich bin nicht mein Name, der seit meiner Geburt mein enger Begleiter ist. Ich bin auch nicht die Anzahl der Farbzellen meiner Haut oder meine Steueridentifikationsnummer. Außerdem versuchte ich nie, das Bild der vorgesehenen sozialen Rollen zu vervollständigen. Im Gegenteil: Ich lief vor allen festlegenden Identitäten weg. Ich floh davon, mit der Hoffnung, die Frage nach Identität erneut stellen zu können – ohne der Autorität der vorgefassten Bilder über mich zu unterliegen.

FOTO: RAMIN ETEMADI-BOZORG

Die Theaterwissenschaftlerin Marwa Abidou gibt Einblick in ihre Geschichte

»Integration«

Jede Chance, mich einer neuen Gruppe vorzustellen, erfüllte mich mit Glück. Denn so konnte ich mich erneut nach meiner Identität fragen. Ich hatte die Freiheit, die Worte zu wählen, die mich selbst beschrieben. Ich dachte darüber nach, was die anderen über mich denken, wenn sie meinen Namen, mein Herkunftsland oder die Zahl der Jahre meines Lebens hörten. Ich war der Meinung, dass der neue Anfang in einer anderen Geografie eine Art Befreiung von den vorbestehenden Identitäten wäre. Aber es war nicht so. Mein Name und meine Hautfarbe berichteten ihnen doch von meinen Identitäten, die nicht viel mit mir zu tun haben. Leider war es keine Befreiung, sondern eine Konfrontation mit neuer Identität, die durch Zahlen bereits konserviert und fertig war. Sie wartete nur darauf, meine ganze Vergangenheit auszulöschen, meinen Charakter neu zu schreiben und mich gemäß den Regeln des Ideals zu zeichnen. Diesen Vorgang nannte man »Integration«. Deren wahre Bedeutung verstand ich erst nach Jahren gescheiterter Versuche, unter ihnen zu sein. Um hier richtig »integriert« zu werden, sollte ich die Nummer, die mir gegeben wurde, still akzeptieren. Genau wie die nummerierten Bäume auf den Straßen sollte ich in einem bestimmten Bereich wachsen, den sie für mich auswählten, und zwar in der Form, die sie für mich passend hielten. Vor allem musste ich meine körperlichen Fähigkeiten veraraten, damit die Musik der heiligen Sprache durch meinen unangenehmen Akzent nicht verdorben wurde. Ich erinnere mich an den ständigen Zorn meiner Deutschlehrerin, weil meine Stimmbänder die Umlaut-Buchstaben nicht wie gewünscht artikulieren konnten. Sie schimpfte oft mit mir, obwohl sie meinen Namen niemals richtig aussprach. Ich hatte das gleiche Gefühl der Hilflosigkeit, als mir vorgeworfen wurde, mich nicht »integrieren« zu können, da ich die Gesetze zum Ausländerrecht nicht gut verstand. Die Zuständige sagte mir jedes Mal: »Sie sollen wissen, dass wir ein System haben, das es zu befolgen gilt. Wenn Sie hier länger leben wollen, müssen Sie es sehr gut kennen, genau wie unsere Sprache.« Sie war sehr stolz darauf und ich verspürte einen heftigen Stich in meinem Herzen, da sie mir dadurch so einfach eine Nummer mit falscher Identität gab und mich als Mensch versah.

Geständnis

Ich gestehe, dass ich nicht sein kann, wie sie es sich wünschen, da ich kein Baum bin. Ich gebe zu, dass ich oft die heilige Sprache betrog, indem ich in einer fremden Sprache träumte. Ich stehe dazu, dass ich mich leider nicht vollständig »integrierte«, da ich weder meinen ausländischen Akzent loswerden noch meine Kindheit auslöschen, meine Hautfarbe ändern oder meine Stimme umformen konnte. Das Kind in mir weigert sich immer noch, sich auf eine Zahl zu reduzieren, und versucht immer weiter vor dogmatischen Regeln zu fliehen.

Hiermit erkläre ich, dass ich vom Moment der Entlassung an immer vor der Frage nach dem Sinn der Zahlen floh. Ich möchte nie wieder vor der Zuständigen in der Ausländerbehörde still und brav stehen, um ein paar Zahlen auf meinem Pass zu bekommen. Ich kann nicht die Zahlen neben meinem Namen hinzufügen lassen, ohne mich nach meiner Identität als Mensch zu fragen.

Trotz all meiner ernsthaften Versuche, mich zu »integrieren«, blieb ich die »Fremde«, die die Politik der weißen Welt radikal ablehnt und täglich ihre permanente Ablehnung der Ungerechtigkeit in der Welt erklärt. Sowie ich die »Ausländerin« blieb, die nicht mehr das Leiden unter der schmerzhaften Realität und verfälschten Identitäten der Zahlen ertragen konnte. Und vor allem blieb ich die »Verrückte«, die im Angesicht der Menschen schreien möchte, um sie an die Zugehörigkeit zu einer größeren Familie zu erinnern. Ich gebe zu, dass ich immer noch daran glaube, zur Menschheit zu gehören und dass die Menschen fähig sind, eine sichere und gerechte Welt für alle zu schaffen.

Marwa Abidou ist Theaterwissenschaftlerin mit zwei Doktorgraden im Fachbereich Theaterwissenschaften und Performing Arts

Die deutsche Sprache ist das zentrale verbindende gesellschaftliche Band

Zur neuen Reihe »Sprachgeschichten« in Politik & Kultur

OLAF ZIMMERMANN

Die Initiative kulturelle Integration hat in der zwölften ihrer 15 Thesen klar formuliert, »Deutsche Sprache ist Schlüssel zur Teilhabe« und weiter erläutert: »Unsere gemeinsame deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen am gesellschaftlichen Leben. Sie ist das unverzichtbare Mittel zu gleichberechtigter Kommunikation und damit Grundvoraussetzung für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sprache ist aber nicht nur Kommunikationsmittel, sie ist zugleich Kulturgut, das in Dichtung und Literatur ihren Ausdruck findet und den Zugang zu Kultur und Gesellschaft ermöglicht.«

Die klare Haltung, die in der These zum Ausdruck kommt, lädt zur Diskussion und zum Widerspruch ein. Ist es eine These, die sich gegen Sprachenvielfalt ausspricht? Nein, ganz im Gegenteil: Die Vielfalt an Sprachen ist eine Bereicherung. Das gilt für die sogenannten Minderheitensprachen in Deutschland wie Nordfriesisch, Saterfriesisch, Dänisch, Ober- und Niedersorbisch sowie Romani ebenso wie für die Sprachenvielfalt, die bereits seit Jahrhunderten in Deutschland besteht und sich durch Migration weiter ausdifferenziert. Ist es dann eine These, die ausschließlich eine Bringschuld bei denjenigen sieht, die Deutsch nicht als Muttersprache haben. Nein, denn das Lernen der deutschen Sprache setzt auch entsprechende Angebote voraus. Es ist gut, dass die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer für Deutsch als Fremdsprache ausgeweitet wurde. Es ist richtig und notwendig, dass Asylsuchende schneller Deutschkurse besuchen können. Aber es ist auch genauso zu berücksichtigen, dass lange Zeit in Deutschland kein Erfordernis gesehen wurde, dass hier lebende Menschen, die keine deutsche Muttersprache haben, auch Deutsch lernen. Über einen langen Zeitraum reichte es, wenn sie in unserem Land arbeiteten. Das war ein schwerer Fehler.

Die These 12 der Initiative kulturelle Integration drückt vielmehr aus, dass das Beherrschen der deutschen Sprache Chancen zur Teilhabe, zum Mitsprechen und Mitdiskutieren, zur Aneignung von Kultur und Geschichte und vielem mehr eröffnet. Wir brauchen eine gemeinsame Sprache, um uns verstehen und verständigen zu können. Ohne die gemeinsame Basis einer von allen gesprochenen Sprache hält eine Gesellschaft nicht zusammen. Die deutsche Sprache ist das zentrale verbindende gesellschaftliche Band in unserem Land.

Wir brauchen eine gemeinsame Sprache, um uns verstehen und verständigen zu können

Welche Rolle die Sprache in Deutschland, aber auch darüber hinaus spielt, welche Sprachgeschichten und Sprachschichten es gibt, wie sich die Sprache verändert, welche Haltung zur Welt durch Sprache entsteht, wie die Welt durch Sprache erschlossen werden kann, soll Gegenstand der neuen Reihe »Sprachgeschichten« in Politik & Kultur sein. Sie wurde gemeinsam geplant mit Johann-Hinrich Claussen, Kulturbeauftragter der EKD, und Stefan Rhein, Direktor der Stiftung Luthergedenkstätten.

Zum Auftakt dieser Reihe befasst sich Stefan Rhein mit der Lutherbibel, der Sprachkraft Martin Luthers und den in den letzten Jahrzehnten erfolgten Revisionen der Lutherbibel. Dabei interessieren ihn nicht so sehr die philologischen Fragen als vielmehr die Relevanz der deutschsprachigen Schriftauslegung für das protestantische »Priestertum aller Gläubigen«, das den Weg zu mehr Teilhabe und Mitsprache eröffnen sollte. In der Katholischen Kirche wurde in Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils, von 1962 bis 1965, 400 Jahre später nachgezogen und der Gebrauch der jeweiligen Muttersprachen in den Gottesdiensten als Chance der Teilhabe eröffnet. Die aktuelle Diskussion um die deutschsprachigen Freitagsgebete in den Moscheen kann in diesen Kontext eingeordnet werden. Die Bestrebungen, deutsche Imame auszubilden, nähren die Hoffnung, dass es keine 400 Jahre dauern wird, bis die Freitagsgebete in Deutschland in deutscher Sprache abgehalten werden.

Olaf Zimmermann ist Sprecher der Initiative kulturelle Integration, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Sprachfähigkeit, Mündigkeit und Teilhabe

Die Bedeutung der Luther'schen Bibelübersetzung für Identität und Integration

STEFAN RHEIN

Mord an Luther« diagnostizierte Walter Jens, als die revidierte Fassung des deutschen Bibeltextes 1975 auf den Markt kam. Der Tübinger Rhetorikprofessor, würde er noch leben, hätte heute hingegen Grund zur Freude, da die Lutherbibel in ihrer Fassung von 2017 die früheren revisionistischen Eingriffe möglichst umfassend tilgte und sich so weit als möglich – d. h. verständlich – der ursprünglichen Übersetzung näherte. Diese wurde von Friedrich Nietzsche als »bisher das beste deutsche Buch« beurteilt, eben bis er selbst, so der selbstgestellte Anspruch, mit seinem »Zarathustra« diesen Platz einnehmen wollte. Dass das Erscheinen der Bibelübersetzung Luthers im September 1522 eine zentrale Etappe in der deutschen Sprachgeschichte darstellt, ist unbestritten und wird gern mit der Fülle der von Luther geprägten Wörter und Wendungen mehr illustriert als belegt: von »Denkzettel« bis »Lockvogel«, von »Lückenbüßer« bis »Richtschnur«, von »Perlen vor die Säue werfen« bis zum »Wolf im Schafspelz«, von »mit Feuereifer dabei sein« bis »sein Licht nicht unter den Scheffel stellen«. 1975 wurde übrigens das Getreidemaß Scheffel durch Eimer ersetzt, was dieser Bibelausgabe den Titel »Eimertestament« einbrachte und sie vollends diskreditierte. Jetzt hingegen heißt es »Mehr Luther«, da die neue überarbeitete Lutherbibel sich über 15.000 Mal für den alten Luthertext und gegen die Revision entscheidet, immer mit dem Anspruch, neben der Richtigkeit auch die Poesie der lutherischen Sprache zu erhalten. Die heute außeralltägliche klangvolle Sprache Luthers mag Sprachästheten begeistern, doch ein kulturpolitisches Projekt scheint sie kaum begründen zu können. Hier kommt Luthers Impuls zur Übersetzung ins Spiel, da er nicht als Linguist oder Poet, so sehr er selbst auch virtuoser Sprachkünstler war, die Bibel übersetzte, sondern als rebellischer Gesellschaftsreformer, der Wahrheit potenziell allen verfügbar machen wollte, um so das Interpretationsmonopol selbst ernannter Spezialisten durch allgemeinen Zugriff auf die Texte zu unterlaufen.

Zugrunde liegt das Konzept des »Priestertums aller Gläubigen«, das den Unterschied von Priester und Laie aufhebt und alle zum mündigen Sprechen ermächtigt. Mancher musste dies schon damals mit Gefängnis bezahlen, etwa als um 1524 ein Zuhörer die Marienpredigt eines Priesters unterbrach, nach der biblischen Grundlage der Ausführungen fragte und, statt eine Antwort zu bekommen, abgeführt wurde. Seit Luther ist übrigens der Gemeinde auch die Möglichkeit zum Singen gegeben, was vor der Reformation den Chören vorbehalten war, bis die neuen volkssprachlichen Lieder zur aktiven Mitwirkung einluden. Der Gesang aller wurde von manchem als Gefahr gesehen, etwa von einem Bürgermeister in Lemgo, der seinen Stadtdiener in die Kirche schicken ließ und auf dessen Auskunft: »Herr Bürgermeister, sie singen alle«, erschüttert ausrief: »Ei, alles verloren!«

Luther wollte das Interpretationsmonopol selbst ernannter Spezialisten unterlaufen

Ein Nachdenken über die Präsenz und Wirkung von Luthers Bibelübersetzung wird deshalb seinen Fokus nicht nur auf die Sprache richten, etwa auf ihre Bedeutung für Identität und Integration, sondern auch auf das Sprechen und damit auf die Sprachfähigkeit, auf Mündigkeit und Teilhabe. Dann könnte das »beste deutsche Buch« auch heute eine Debatte initiieren, die gegen Fake News auf den, auch bildungspolitischen, Idealen einer »redaktionellen Gesellschaft« – einer Utopie des Medienwissenschaftlers Bernhard Pörksen – insistiert.

Stefan Rhein ist Direktor der Stiftung Luthergedenkstätte

FOTO: DPA

Ein Blick in die Lutherbibel: Luthers Bibelübersetzung ist ein Grundstein der Integration durch Sprache

FOTO: DPA

Symphonic Mob in Berlin: Der Musik-Flashmob wird vom Deutschen Symphonie-Orchester organisiert

Der deutsche Klang

Die Suche nach Vielfalt im Orchester

ALEXANDER VON NELL

Amerikaner, Franzosen, Japaner und Israelis haben – laut dem Musikjournalisten Axel Brüggemann – eine klare Vorstellung vom Klang eines deutschen Orchesters: »Erdig und sehnsuchtsdunkel« tönt es demnach in Dresden, Berlin und München, aber auch in Saarbrücken, Rostock oder Konstanz – und in Bayreuth natürlich, wo sich jedes Jahr wieder der Spitzenklangkörper des Wagnersommers zusammenfindet.

Deutschland ist vielfach Weltmeister – auch in Hinsicht auf die schiere Menge an professionellen Orchestern. Insgesamt verdienen beinahe 10.000 Musiker in 129 öffentlich finanzierten Klangkörpern ihren Lebensunterhalt. Für die deutsche Orchester- (und Theater-)Landschaft läuft derzeit ein Antrag zur Anerkennung als immaterielles Kulturerbe der Menschheit bei der UNESCO. Eine klangmächtige, eindrucksvolle Kulturakteurin ist die Gesamtheit der deutschen Orchester also, die sowohl die musikalische Grundversorgung in der Fläche verantwortet, wie auch als Leuchtturm exzellenter musikalischer Praxis in die Welt hinausstrahlt.

»Was auch immer in den nächsten Monaten passiert, nichts darf die Deutschen davon abhalten, nach London zu kommen und so zu spielen«, schreibt beispielsweise die Times nach einem Konzert des BR-Symphonieorchesters in London Ende Januar 2019.

Weiter bekennt der Rezensent, dass er von Richard Strauss' Musik im Allgemeinen und besonders von seinem »Heldenleben« üblicherweise nicht zu Tränen gerührt werde – aber bei diesem Konzert »der Deutschen«, da wurden seine Augen feucht. »Die Deutschen« wurden dabei dirigiert vom Letten Mariss Jansons, ein Blick in die Broschüre des Orchesters offenbart einen multinationalen Hintergrund der Musiker: 16 Herkunftsländer auf vier Kontinenten werden ausgewiesen. Der deutsche Klang, er scheint inzwischen ganz offenbar ein Produkt erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit zu sein – ganz genau so wie das deutsche Auto. Das offizielle Pressefoto dieser Saison zeigt das BR-Sinfonieorchester folgerichtig mit dem raumgreifenden Graffiti-Schriftzug »Vielfalt« im Rücken.

Aber welche Vielfalt ist damit gemeint? In verschiedenen Aspekten ist diese eine natürliche Grundlage für die Orchesterarbeit: Das Repertoire umfasst Werke aus mehreren Jahrhunderten und unterschiedlichen nationalen Kontexten, die Orchestermusiker sind Experten ihrer Instrumente, die wiederum unterschiedlichen Instrumentenfamilien zugeordnet werden. Die Branche ist weltweit vernetzt und die Musiker, die nur gemeinsam den sehnsuchtsdunklen Klang erzeugen können, stammen aus vielen Ländern. In den letzten Jahren hat sich auch in den Reihen der Musiker einiges getan: Sie beziehen – unabhängig vom Geschlecht – das gleiche Gehalt, knapp 40 Prozent der Stellen sind durch Frauen besetzt und die gesellschaftliche Ablehnung von Frauen am Dirigentinnenpult, in der augenscheinlichen Führungsposition also, verliert auch an Kraft.

Das klingt doch schon ziemlich bunt, oder? Aber was wird davon real sichtbar – zumal im Orchesterkollektiv auf individuelle Prägungen der einzelnen Musiker naturgemäß keine Rücksicht genommen werden kann?

Die Aspekte von nationaler Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit im Klangkörper sind erste Schritte dazu, die Orchesterlandschaft nicht nur als Welterbe zu musealisieren. Um aber Öffnungsprozesse einzuleiten, die die gesellschaftliche Relevanz und Verantwortung der Orchester deutlich machen, gilt es auch, das administrative Personal in den Blick zu nehmen, zu analysieren, inwieweit die Personalstruktur Abbild der umgebenden (Stadt-)Gesellschaft ist. Die Ansprache des Publikums, korrekter: diverser möglicher Publikumsgruppen, muss ebenso unterschiedliche, vielfältige Kanäle bedienen. Dafür müssen Komplizen im kommunalen Umfeld gewonnen werden, die ganz unmittelbar Übersetzungs- und Vermittlungsdienste leisten. Gleichzeitig müssen Angebote geschaffen werden, die Partizipation auf vielen Ebenen ermöglicht. Wenn wir die deutsche Orchesterlandschaft mit diesem holistischen Ansatz in den Blick nehmen, wird der Klangkörper seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht, werden zwangsläufig durch die künstlerisch-ästhetische Arbeit Fragen verhandelt, die das Zusammenleben, die gesellschaftlichen Bedingungen unmittelbar berühren und reflektieren: Die Kulturanbieter werden zu Kulturvermittlern, die Kulturkonsumenten werden selbst zu Kulturakteuren. Dafür muss der bekannte Konzertkanon nicht neu erfunden werden, aber er wird sich erweitern, wenn den vielfältigen kulturellen Erfahrungen aus Personal, Publikum und Partnern Raum gegeben wird und der Mut nicht nachlässt, die Verantwortung als Kulturvermittler in einer vielfältigen Gesellschaft ernst zu nehmen.

Auch hierfür sind landauf, landab gute Beispiele zu finden: der Symphonic Mob des Deutschen Symphonie-Orchesters, bei dem seit einigen Jahren mehrere tausend Laienmusiker gemeinsam mit Orchestermusikern auftreten, das Gewandhaus Leipzig, das mit seinem Vermittlungsprogramm »Impuls« ganze Stadtteile in den Blick nimmt, oder die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen, die mit der Gesamtschule Bremen-Ost eine »Wohngemeinschaft« bildet, und schließlich die Deutsche Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz, beheimatet in Ludwigshafen, die als einziger klassischer Klangkörper für das Programm 360° der Kulturstiftung des Bundes ausgewählt wurde und einen Agenten für Diversität in ihrer Personalstruktur fest installiert. Für Kulturinstitutionen öffnet ein solcher Prozess der Diversitätsentwicklung einen Resonanzraum für die aktive Auseinandersetzung mit der sich stetig wandelnden Gesellschaft. Die Institution wird so zu einem dritten Ort der gesellschaftlichen Begegnung, an dem Staunen und ästhetisches Erleben für einen großen Teil der Bevölkerung möglich wird.

Alexander von Nell leitet den Bereich Consulting des Netzwerks Junge Ohren. Er ist außerdem Consultant bei Kultur öffnet Welten

Bewahrerin des Kulturerbes

Erzbischöfliche Diözesan- und Dombibliothek Köln mit Bibliothek St. Albertus Magnus

MARCUS STARK

Die Erzbischöfliche Diözesan- und Dombibliothek Köln mit Bibliothek St. Albertus Magnus – so der etwas sperrige offizielle Name – gehört mit einem Bestand von ca. 800.000 Medieneinheiten zu den größten theologischen Spezialbibliotheken im deutschsprachigen Raum. Neben den klassischen Angeboten einer wissenschaftlichen Bibliothek ermöglicht sie den Zugriff auf elektronische Publikationen, wie elektronische Zeitschriften und E-Books, digitale Textkorpora und Datenbanken. Dabei deckt sie das Aufgabenspektrum unterschiedlicher Bibliothekstypen ab: Als öffentlich zugängliche wissenschaftliche Spezialbibliothek erwirbt, erschließt und vermittelt sie Medienbestände für Forschung, Lehre und Studium mit den Schwerpunkten Theologie, Religionswissenschaft, Rheinische Kirchen- und Landesgeschichte sowie Geschichte, Kultur und Spiritualität des Dominikanerordens, und stellt sie zur Benutzung bereit. Insbesondere im Bereich der katholischen Theologie fungiert sie als Archivbibliothek für den wissenschaftlichen Spitzenbedarf. Als Forschungsbibliothek sorgt sie für die konservatorisch optimale Bewahrung ihrer herausragenden Handschriften- und Altbestände. Sie fördert die wissenschaftliche Erschließung dieser kultur-, kunst- und wissenschaftshistorisch bedeutenden Bestände und stellt sie in geeigneter Weise für die Nutzung zur Verfügung. Als kirchliche Regionalbibliothek sammelt, bewahrt und erschließt sie das Schrifttum aus dem und über das Erzbistum Köln. Außerdem berät und unterstützt sie in dieser Funktion kirchliche Träger im Erzbistum in Bibliotheksfragen, z. B. bei der Erhaltung historischer Buchbestände.

Ihrem Namen entsprechend besteht die heutige Bibliothek aus drei ursprünglich eigenständigen Teilbibliotheken. Die Diözesanbibliothek ist aus der 1738 gegründeten Bibliothek des Kölner Priesterseminars hervorgegangen. Die Kölner Dombibliothek, die 1930 durch einen Vertrag zwischen Metropolitankapitel und Erzbistum der Diözesanbibliothek als Depositum übergeben wurde, gehört mit ihrer umfangreichen Sammlung mittelalterlicher Handschriften, von denen 100 aus dem ersten Jahrtausend stammen, zu den ältesten am Ort erhaltenen und bedeutendsten Kathedralbibliotheken weltweit. Der älteste erhaltene Codex, eine Kirchenrechtssammlung, stammt aus der Zeit der Wende vom 6. zum 7. Jahrhundert. Sicher nachweisbar ist eine Büchersammlung an der Kölner Bischofskirche um das Jahr 800 unter Erzbischof Hildebald, einem der engsten Vertrauten Karls des Großen, der nach späterer Überlieferung als Gründer der Dombibliothek gilt. Zwölf der erhaltenen Handschriften sind durch entsprechende Einträge als für Hildebald oder in seinem Auftrag angefertigt ausgewiesen. Das erste Verzeichnis der Sammlung stammt aus dem Jahr 833. Etliche der Handschriften sind die einzigen erhaltenen Zeugen für die in ihnen überlieferten Texte. Das berühmte Dedikationsbild eines der prächtigsten Codices der Dombibliothek, des sogenannten Hillinus-Codex aus dem ersten Drittel des 11. Jahrhunderts, zeigt im oberen Teil eine als authentisch geltende Abbildung des vorgotischen Kölner Doms.

Seit 2007 ist schließlich die Bibliothek St. Albert der ehemaligen Hochschule des Dominikanerordens in Bornheim-Walberberg als Dauerleihgabe in die Diözesan- und Dombibliothek integriert.

Darüber hinaus beherbergt sie zahlreiche Sondersammlungen, wie die Sammlung Bignon aus dem 18. Jahrhundert, die Bibliotheken von Erzbischof August Ferdinand Graf Spiegel zum Desenberg und Canstein (1764-1835) und von Dompropst Nikolaus München (1794-1881), die Musikaliensammlung der Kölner Dommusik mit dem Notenmaterial aus der Zeit des Domkapellmeisters Carl Leibl (1784-1870), die Altbestände der Bibliothek der 2011 aufgelösten Benediktinerabtei Michaelsberg Siegburg sowie die 1985 der Diözesanbibliothek vermachte Lateinamerikabibliothek von Wolfgang Wallisfurth (1915-1992), die mehr als 40.000 Bände umfasst. Seit Beginn dieses Jahres ist die Medienzentrale des Erzbistums Köln mit ihrem Aufgabenfeld »Film und Religion« ebenfalls Teil der Diözesan- und Dombibliothek.

Mit ihrer einzigartigen Sammlung mittelalterlicher Handschriften, darunter einige der schönsten Beispiele mittelalterlicher Buchmalerei, mehr als 700 Inkunabeln und etwa 110.000 Bänden aus dem 16. bis 19. Jahrhundert verfügt die Bibliothek heute über ein außerordentliches kulturelles Erbe. Die Verpflichtung, dieses wertvolle Kulturgut dauerhaft zu sichern und für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung zu stellen, erfüllt die Diözesan- und Dombibliothek unter anderem durch die hauseigene Restaurierungswerkstatt, durch den Nachweis ihrer Bestände im Verbundkatalog des Hochschulbibliothekszentrums NRW (HBZ), im Virtuellen Katalog Theologie und Kirche (VThK) und in internationalen bibliographischen Datenbanken, durch die Herausgabe von Publikationen, durch die Veranstaltung von Ausstellungen, Tagungen und Vorträgen sowie nicht zuletzt durch ihr Engagement im Bereich der Digitalisierung. Bereits in den Jahren 2000 bis 2004 konnte die Diözesan- und Dombibliothek in Kooperation mit dem »Institut für historisch-kulturwissenschaftliche Informationsverarbeitung« der Universität zu Köln das von der Deutschen

FOTO: PIT SIEBIGS, AACHEN

Dedikationsbild im Hillinus-Codex der Kölner Dombibliothek aus dem 11. Jahrhundert

Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt »Codices Electronici Ecclesiae Coloniensis« (CEEC) zur Digitalisierung und Präsentation des gesamten mittelalterlichen Handschriftenbestands in einer virtuellen Forschungsumgebung durchführen. Mit diesem Projekt, das Vorbild für viele ähnliche Unternehmungen anderer Einrichtungen war, haben die beteiligten Institutionen Pionierarbeit im Bereich der Digital Humanities geleistet. Derzeit werden die Daten aus dem Projekt in das aktuelle digitale Repositorium der Bibliothek migriert, das neben den Handschriften auch digitalisierte Drucke sowie genuin digitale Veröffentlichungen aus dem Erzbistum Köln bereitstellt.

Auf diese Weise schafft die Kölner Diözesan- und Dombibliothek – wie ähnliche Kulturinstitutionen – als Dienstleistungseinrichtung für die Forschung die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür, dass das ihr anvertraute Kulturgut sowohl in Bezug auf einzelne mediale Quellen und Überlieferungsträger als auch als ganze Sammlungen in Zukunft immer wieder mit neuen Methoden, unter neuen Gesichtspunkten und neuen Fragestellungen betrachtet werden kann.

Aufgabe der Bibliothek bleibt es, auch zukünftig eine den Anforderungen des modernen Wissenschaftsbetriebes entsprechende nachhaltige Informationsversorgung zu gewährleisten, indem sie sowohl ihre historischen Sammlungen als Gegenstand als auch ihre jeweils aktuellen Medienbestände als unerlässliches Arbeitsinstrument der Forschung zur Verfügung stellt.

Marcus Stark ist Direktor der Diözesan- und Dombibliothek Köln

ZUR BIBLIOTHEK

Die Erzbischöfliche Diözesan- und Dombibliothek Köln mit Bibliothek St. Albertus Magnus befindet sich in der Kardinal-Frings-Straße 1-3 in Köln. Montags, dienstags, mittwochs und freitags ist sie von 9 Uhr bis 17 Uhr geöffnet, donnerstags von 12 Uhr bis 19 Uhr.

»Dass ihr's wisst, nichts muss bleiben, wie es ist«

Das Berliner Grips Theater wird 50

WOLFGANG SCHNEIDER

Dass ihr's wisst, nichts muss bleiben, wie es ist, ganz egal woran du bist, nichts muss bleiben, wie es ist.« In dem »Stück für Menschen ab 9« namens »Nashörner schießen nicht« von 1975 singt der Chor aller Mitspieler am Ende dem Publikum ein fabula docet: »Das tut gut, wenn man sich zusammentut, wehe dem, der das vergisst, nichts muss bleiben, wie es ist.« Viele der Stücke aus der Feder des Grips Theaters waren geprägt durch eingängige Songs. Sie übernehmen das Resümieren, sie sollen die Handlung reflektieren und haben die didaktische Aufgabe, den Zuschauern – wie im Brecht'schen Lehrtheater – allgemeine Besinnung nahezulegen und ihnen auch flammende Appelle auf den Heimweg mitzugeben. Die Kinderlieder »Doof gebor'n ist keiner« aus »Doof bleibt doof« von 1973, »Trau dich, trau dich, auch wenn es danebengeht« aus »Mensch Mädchen« von 1978 oder »Wir werden immer größer« aus »Die fabelhaften Millibillies« von 2012 fanden wie viele andere weite Verbreitung.

Das hat seinen Grund. Denn am Anfang war der geschliffene Vers, präsentiert in pointierter Form, immer als politische Aussage auf der Bühne. Das Westberliner »Reichskabarett« war Teil der Studentenbewegung und agitierte mit Spott und Satire gegen die alte Bundesrepublik, die Große Koalition und den amerikanischen Imperialismus. Nach drei Jahren kam es dann zur Geburt des Grips Theaters.

»Das Kabarett habe ich aufgegeben«, sagt Gründervater Volker Ludwig, »weil wir nur Publikum hatten, das sowieso unserer Meinung war.« Kinder waren als neue Zielgruppe entdeckt, das erfolgreichste Kindertheater der Welt erfunden. »Wir waren ein sozialistisches Theater und für uns waren die Kinder eine unterdrückte Klasse. Und wir versuchten ihnen ein bisschen Selbstbewusstsein beizubringen. Wir waren die einzige Alternative zu dem vergammelten Weihnachtsmärchen der Stadttheater damals.«

Schon mit der Gründung hatte Volker Ludwig sein Kindertheater als Gegenmodell zum etablierten Erwachsenentheater erhoben: Künftige Theaterabonnenten könne man mit lebendigem Kindertheater kaum großziehen. »Man kann mehr: Den Kindern jeden sterilen Staatstheaterbetrieb ungenießbar machen.«

Das Grips wird 50 Jahre alt, Grund genug in der Arenabühne am Hansaplatz zu feiern. Dieses Kinder- und Jugendtheater hat in der Tat Neuland in den darstellenden Künsten betreten: in Themenwahl, Dramaturgie sowie musikalischer Akzentuierung und immer wieder gerne auch als moralische Instanz.

Wolfgang Kolneder, Dritter im künstlerischen Bunde mit dem Autor Ludwig und dem Komponisten Birger Heymann, hat einmal das Spezifische der Grips-Stücke beschrieben, deren Grundregel die Genauigkeit in Einzelheiten sei, im Typischen, mit Konzentration auf das Wesentliche. Die Spielweise war geprägt von Recherchen vor Ort. »Auf Schulhöfen, in Heimen und Diskotheken beobachteten wir, welche Jacken, Schuhe, Kleider diese Leute tragen«, notierte der 2010 verstorbene Hausregisseur, »sammelten wir Redewendungen, Sprüche, Kalauer, belauschten Unterhaltungen, Streitigkeiten, Flirts.«

1986 gelang dem Grips zudem ein Welterfolg: die »Linie 1«, das erfolgreichste deutsche Musical seit der »Dreigroschenoper«. Seitdem ist das populäre Berliner U-Bahn-Drama im Repertoire und war auf Gastspielen in allen Erdteilen ebenso zu sehen wie in vielen Stadttheatern in Deutschland. Andere Klassiker des Jugendtheaters waren »Eine linke Geschichte« aus dem Jahr 1980 als selbstkritische Retrospektive zur Generation der 1968er und »Ab heute heißt du Sara« aus dem Jahr 1989 nach der Autobiografie »Ich trug den gelben Stern« von Inge Deutschkron.

Grips-Stücke wurden in viele Sprachen übersetzt, zu allen Inszenierungen gibt es Begleitmaterialien zur Vor- und Nachbereitung und Theaterpädagogik ist selbstverständlicher Bestandteil der künstlerischen Arbeit. Das Grips ist nah dran an Kindern und Jugendlichen und im Theaterspiel mit den Zielgruppen mittendrin, auch um immer wieder Zeitgenossenschaft zu kultivieren.

Mittlerweile ist das Grips meterweise in Bachelor- und Masterarbeiten erforscht, es wurde weltweit über die Theatralik der Kindheitsbilder und die Auseinandersetzungen um Adoleszenz promoviert. Akademische Zuschreibungen sprechen vom emanzipatorischen, sozialutopischen oder neorealistischen Kinder- und Jugendtheater, das Grips versteht sich selbst gerne als Mutmach-Theater.

»Wir haben eine Verantwortung zukünftigen Generationen gegenüber«, sagte der amtierende Theaterleiter Philipp Harpain vor Kurzem auf einer Pressekonferenz zum Jubiläum, »unsere Welt ein Stück weit lebenswerter, friedlicher und gleichberechtigter zu machen«. Das könne aber nur gelingen, wenn »Sicherung, Sanierung, Ausbau und Weiterentwicklung der technischen und digitalen und räumlichen Ausstattung des Theaters« vom Berliner Senat gewährleistet werde. In einer Sitzung des Kulturausschusses des Abgeordnetenhauses Ende März dieses Jahres wurde Tacheles geredet. Es brauche ausreichend Personal, das tariflich bezahlt wird; denn laut einer Studie zum Kinder- und Jugendtheater in der Hauptstadt, »bewegen sich ja alle im Schnitt unter der Europäischen Armutsgrenze. Und deshalb werden Sie auch weiterhin von allen Kinder- und Jugendtheatern in Berlin zu hören bekommen«.

Darüber wird zu diskutieren sein, auch im Juni mit Festakt und Festival sowie einem internationalen Symposium zum Thema »On the Child's Side«, ganz im Sinne des Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention, in der der jungen Generation die freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben garantiert wird, eine Garantie, die das Grips als Theater seit fünf Jahrzehnten einlöst, weil es nach wie vor mit Vers und Verve konsequent auf der Seite von Kindern und Jugendlichen steht.

Wolfgang Schneider ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

Von »Self-Orientalism« zur Exportnation

Nataly Jung-Hwa Han über die Globalisierung der koreanischen Kultur

Südkorea und die Bundesrepublik Deutschland – zwischen beiden Staaten gibt es auffallende Parallelen. Nach dem Zweiten Weltkrieg geteilt, erleben sie in der Zeit der bipolaren Welt einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung und gehören bis heute zu den wichtigsten Exportnationen. Dass in den 1960er Jahren zehntausende Koreanerinnen und Koreaner nach Westdeutschland migriert sind, ist hierzulande jedoch wenig bekannt. Behrang Samsami sprach mit Nataly Jung-Hwa Han, seit 2012 Vorstandsvorsitzende des Korea-Verbands, über das »National Branding« von Südkorea, »stille Gastarbeiter« und die Frage, inwieweit die deutsche Wiedervereinigung von 1990 ein Vorbild für die koreanische Halbinsel sein kann.

Behrang Samsami: Frau Han, das deutsche Bild von Südkorea ist wirtschaftlich geprägt. Wir kennen Samsung, Hyundai und LG, weil wir ihre Produkte täglich benutzen. Mit Schriftstellern oder Komponisten aus Südkorea verhält es sich hierzulande anders. In Südkorea ist die Situation umgekehrt. Klassische Musik und Literatur aus Deutschland sind bekannt. Was ist der Grund?
Nataly Jung-Hwa Han: Deutsche Kultur ist zur Zeit der Kolonisierung der koreanischen Halbinsel durch Japan Anfang des 20. Jahrhunderts ins Land gekommen, da Japan damals eine enge Beziehung zum Deutschen Reich pflegte. Der Erfolg Japans wurde in der vorzeitigen Übernahme der westlichen Technik gesehen. Die Koreaner haben sich selbst durch die Kolonisierung als technisch unterlegen empfunden und wollten daher wie Japan die Technik des Abendlandes übernehmen. Man spricht in diesem Kontext von »Self-Orientalism«. Das war auch das Konzept der Meiji-Restauration ab 1868 in Japan – die Reformierung des Landes durch die Verbindung von östlicher Tugend und westlicher Technik.
In den 1960er Jahren hat Südkorea diese Denkweise übernommen, weil es die Notwendigkeit eingesehen hat, sich wirtschaftlich stärker aufzustellen und zu modernisieren. Gleichzeitig herrschte die Angst vor, durch die rasante Veränderung der Gesellschaft die eigene Identität und Kultur zu verlieren. Das hat dazu geführt – wie es auch in anderen Ländern wiederholt der Fall war und ist –, dass die Reaktion auf die Angst vor dem Verlust eigener Kultur sich gegen die Frauen gerichtet hat, da die Kultur weiblich konnotiert ist. In den 1970er Jahren mussten etwa die Schauspielerinnen in den Dramen verstärkt koreanische Tracht tragen und die traditionellen Tugenden wieder hochhalten. Frauen wurden nur zur Bildung zugelassen, um sich als »weise Mutter und gute Ehefrau« zu qualifizieren.

Können Sie Beispiele für die Rezeption deutscher Kultur in Südkorea nennen?
Es war lange Zeit so, dass alles, was aus dem Westen kam – besonders aus Deutschland –, einen sehr guten Ruf hatte. Das betraf neben den soliden Maschinen die Kultur. Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller und Heinrich Heine waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts beliebt. Die Lektüre der »Leiden des jungen Werther« hat in den 1960er Jahren so manche veranlasst, sich das Leben zu nehmen.
In Südkorea kam es Anfang bis Mitte der 1990er Jahre jedoch zu einer Wandlung. Man hatte das Gefühl, dass man nicht nur Autos verkaufen, sondern auch die eigene Kultur mit »vermarkten« müsse. Mit dem Konzept des »National Branding« ist Korea sehr spät dran. Doch der Erfolg der Globalisierung der koreanischen Kultur, den seitdem jede Regierung in Südkorea anstrebt, ist groß.

Wie sieht dieser Erfolg aus?
Südkorea ist stark in der Filmindustrie. Es wurde eine Quotenregelung eingeführt, dass nur eine bestimmte Prozentzahl an Hollywood-Filmen importiert werden dürfe. Das hat die Branche im Land sehr gepusht und mit der Zeit hat sie ein hohes Level an Qualität erreicht. Die Unterstützung der Filmindustrie hat aber noch einen anderen Hintergrund und der bezieht sich auf die bereits erwähnte Angst um den Identitätsverlust. Die Regierungen haben einerseits Industrialisierung und Modernisierung angestrebt, andererseits aber auch das traditionell Koreanische, primär Kultur und Handwerk, pflegen wollen. In den 1970er Jahren wurde etwa auch verboten, dass in der Werbung westliche Menschen vorkommen. Coca-Cola musste eigens Reklame mit Koreanern produzieren.

Welche Bereiche können Sie noch nennen?
Lebensmittel wie Kimchi sind inzwischen nicht nur in Deutschland bekannt. Auch in Asien gibt es einen regelrechten Hype. Koreanische Popmusik und Soap-Operas sind in China und Japan, aber auch in Lateinamerika und den arabischen Ländern sehr beliebt. Ich war einmal bei einer Familie im Landesinneren von Marokko zu Besuch. Als die Tochter davon gehört hat, dass ich komme, ist ihre ganze Klasse erschienen und hat mich nach Namen von Schauspielern gefragt, die ich gar nicht kannte. Solche Serien sind dort erfolgreich, wo die weibliche Emanzipation begonnen hat, wo sich Familienstrukturen ändern, die Gesellschaft aber noch traditioneller als etwa in Deutschland ist. In der Türkei oder in arabischen Ländern kann man sich wahrscheinlich mit den Inhalten stärker identifizieren. Etwa damit, dass eine junge Frau nicht den Mann heiraten möchte, den sich die Eltern wünschen.

2005 war Südkorea Gastland auf der Frankfurter Buchmesse. Nordkorea hatte ohne Begründung abgesagt. Eine große Chance, um südkoreanische Literatur in Deutschland bekannt zu machen.
Im Vergleich zum Film oder zur Musik tut sich die südkoreanische Literatur hierzulande schon schwer. Das liegt daran, dass Menschen heute insgesamt weniger lesen. Andererseits sind die Inhalte der Bücher – ähnlich wie der der Soaps – für deutsche Leser nicht ganz so zugänglich wie etwa für solche in Südostasien, wo sie sehr beliebt sind. Dennoch wird in Deutschland mehr veröffentlicht als 2005. Das »Literature Translation Institute of Korea«, 1996 gegründet, fördert Übersetzungen in ausländische Sprachen, gibt Druckkostenzuschüsse und Übersetzungshonorare. Es ist nicht viel, aber immerhin etwas.
Auch muss man einen Umstand bedenken: Die Verbindung zwischen Südkorea und den USA ist aus historischen Gründen sehr viel stärker als die zur Bundesrepublik. Es sind sehr viele Koreaner dorthin ausgewandert. Daher wird viel mehr südkoreanische Literatur zuerst ins Englische übersetzt. Wenn diese dort gut angenommen wird, lassen die hiesigen Verlage sie aus dem Englischen ins Deutsche übersetzen.

Gibt es genügend gute Übersetzer aus dem Koreanischen in Deutschland?
Es ist natürlich leichter, aus dem Englischen ins Deutsche zu übersetzen. Übersetzungsarbeit aus einer ganz anderen Kultur erfordert schon sehr viel mehr Zeit. Wie übersetzt man beispielsweise einen Produktnamen? Dieser Produktname kann sehr viele Assoziationen in dem ursprünglichen literarischen Kontext haben. Wenn man die Assoziationen mit diesem Namen in einer Übersetzung nicht wecken kann, muss man sich überlegen, ob man ein ähnliches Produkt findet, mit dem man Ähnliches schafft. Da ist immer ein Pro und Kontra. Soll es lesbar oder wörtlich übersetzt werden?

Spricht man hierzulande über Themen wie Migration, entstehen meist bestimmte Bilder von »Gastarbeitern«. Dabei sind nach dem Anwerbeabkommen von 1963 auch »Gastarbeiter« – mit akademischer Ausbildung – aus Südkorea in die damalige Bundesrepublik gekommen, um in den Bergwerken zu arbeiten. Gefolgt von 10.000 Südkoreanerinnen, die in Westdeutschland als Krankenpflegerinnen gearbeitet haben. Warum ist kaum etwas über sie bekannt?
Das hängt damit zusammen, dass diese Gruppe zahlenmäßig kleiner war als andere bekanntere Gruppen, etwa aus der Türkei, Spanien oder Jugoslawien. Andererseits hat diese »Zurückhaltung« und der hohe Bildungseifer der Eingewanderten aus Korea viel mit dem Konfuzianismus zu tun. Es gibt darin die Bestrebung, die Mitte zu wahren, quasi weder zu emotional noch zu kalt zu sein. Im Konfuzianismus ist das für die Persönlichkeitsentwicklung sehr wichtig. Meine Mutter hat mich anfangs darauf hingewiesen: als Koreanerin nicht aufzufallen und ordentlich zu sein. Ferner sind viele aus Korea Eingewanderte christlich, wodurch sie noch weniger auffallen. Ich persönlich halte dieses Bild der übermäßigen Anpassungsfähigkeit für gefährlich. Die zweite Generation der Asian Community kämpft nun gegen diese Wahrnehmung.

Die koreanische Halbinsel ist im Gegensatz zu Deutschland nach wie vor geteilt. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer stellt sich die Frage, welche Lehren der Süden für eine Wiedervereinigung mit dem Norden gezogen hat?
In Südkorea hat man die Vorstellung von dem Weg, der zur Wiedervereinigung zurückgelegt werden soll, nach den deutsch-deutschen Erfahrungen geändert. Vor der deutschen Wiedervereinigung war das für den Norden und Süden noch eine emotionale Angelegenheit. Alle südkoreanischen Regierungen haben diese als notwendig erachtet – auch wenn sie in der Realität nicht wirklich die Wiedervereinigung angestrebt haben.
Die deutsche Wiedervereinigung hat zuerst eine unheimliche Euphorie in Korea entfacht und gezeigt, dass es möglich ist, dass eine Mauer fallen

kann – etwas, was vorher niemand geglaubt hatte. Aber recht bald hat man in Südkorea nur darüber diskutiert, wie teuer die Wiedervereinigung werden würde. Das war ernüchternd.
Es gab Anfang 2000 mehrfach Phasen, in denen Süd- und Nordkorea den Dialog gesucht haben. Die Staatsoberhäupter haben sich getroffen. Der gemeinsame Industriekomplex Kaeseong wurde eröffnet. Tourismusprojekte im nordkoreanischen Keumgang-Gebirge wurden ins Leben gerufen. Es gab Reisen von Süd- nach Nordkorea und umgekehrt. Leider wurde ab 2008 vieles wieder zurückgefahren, als die antikommunistischen und konservativen Regierungen in Südkorea an die Macht kamen.

Wie ist die Einstellung heute?
Durch das deutsche Beispiel ist man in Südkorea glücklicherweise weitergekommen. Man möchte keine schnelle Wiedervereinigung, sondern eine mit 10, 20 oder 30 Jahren Planung. Auch strebt man eine Konföderation an und bemüht sich, die militärischen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu beheben. Hierzulande denkt man, dass Nordkorea ein Schurkenstaat ist, und weiß kaum, dass die USA Südkorea hoch aufrüsten bzw. dass der Süden der größte Waffenimporteur der USA ist. Eine Entspannung auf der koreanischen Halbinsel ist deshalb sehr schwierig. Auch wenn Süd- und Nordkorea das wollen – es geht nicht allein. Die Teilung ist ein Produkt des Kalten Krieges. Die Nachbarstaaten China, Russland, Japan und insbesondere die USA haben kein wirkliches Interesse daran, dass sich dieser Status quo ändert. Vor allem braucht man einen äußeren Feind,
um von dem Problem in der Innenpolitik abzulenken
und auch die Waffen zu verkaufen.

Gibt es Verständigung zwischen Nord- und Südkorea auf dem Wege kultureller Annäherungen?
Es gab etwa im Juli 2005 ein Treffen von Schriftstellern aus beiden Staaten. Beide haben auch gemeinsame Sportmannschaften, so bei den Olympischen Winterspielen 2018 in der südkoreanischen Region Pyeongchang oder bei der Handball-Weltmeisterschaft der Männer 2019 in Dänemark und Deutschland. Bei den Olympischen Winterspielen 2018 waren nordkoreanische Cheerleader nach Südkorea gekommen. Die Menschen sehen: Es ist plötzlich möglich, dass der Eiserne Vorhang, der sonst überhaupt nicht durchlässig scheint, auf einmal offen ist. Wenn man in Südkorea beim Wiedervereinigungsministerium mit einem bestimmten Projekt einen Antrag stellt, kann man nach Nordkorea reisen. Südkoreas neue Regierung unterstützt das sehr, aber es ist nur eingeschränkt möglich, weil wir nach wie vor strenge UN-Sanktion haben und sich das Land den USA fügen muss.

Vielen Dank.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AP PHOTO

Koreanische Popmusik, kurz K-Pop, ist ein Exportschlager: Die koreanische Boyband BTS war 2018 die weltweit erfolgreichste Popgruppe

Nataly Jung-Hwa Han ist Vorstandsvorsitzende des Korea-Verbands und Chefredakteurin des Magazins »Korea Forum«. Behrang Samsami ist promovierter Germanist, freier Journalist und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag

Katalysator

Der Deutsche Computerspielpreis 2019

FELIX ZIMMERMANN

Vielleicht sollte man dankbar sein. Das totale Desaster, das die Verleihung des Deutschen Computerspielpreises 2019 war, könnte ein Weckruf sein. Nein, das muss es sogar.

Der Preis hatte kleine Schritte gemacht in den vergangenen Jahren. Viele – auch ich – hätten sich mehr Mut zum Experimentieren gewünscht, ebenso eine stärkere Würdigung der kulturellen Bedeutung des Mediums und der künstlerischen Ausprägungen desselben. Stattdessen war immer viel Geld und Politik, aber eben immerhin eine sichtbare Entwicklung, eine positive Tendenz.

Doch wer ins Publikum blickte an diesem Abend, der sah Betroffenheit, Scham, manchmal auch einfach Verständnislosigkeit. Aber vielleicht hatten wir uns auch zu sehr in der Mittelmäßigkeit des Preises eingenistet, der doch immerhin mittlerweile ein solides Fundament aufgebaut zu haben schien. Wenn man kleine Schritte nach vorne erwartet, dann kommt so ein erdrutschartiger Rückfall in schon längst vergessen geglaubte Zeiten wie ein Schock.

Die Art und Weise, wie die Moderatorin Ina Müller jegliches Fingerspitzengefühl vermissen ließ, während sie in keinem ihrer oft monologisch-ich-bezogenen Redebeiträge auch nur ein gutes Haar an den teilnehmenden Politikerinnen und Politikern, den Preisträgerinnen und Preisträgern und überhaupt an der ganzen Branche ließ, machte betroffen. Es würde schwerfallen, auch nur ein Klischee über die fiktive Gesellschaftsgruppe »Gamer« auftun zu müssen, das an diesem Abend nicht auf der Bühne ausgerollt und platt getreten wurde, bis es nicht einmal mehr zuckte. Zumindest fragte Ina Müller jede Person, die in ihre Reichweite kam, ob diese denn möglicherweise auch einer von diesen – Gott bewahre – »Gamern« sei. Eine zweieinhalbstündige Feldstudie, bei der das Ergebnis schon feststand.

Man muss nicht alles als Produkt sehen, nicht immer Geld machen, stattdessen soll man die Konvergenz von Games und Kunst feiern

Wer hat den Schaden nach solch einer Moderation? Die Politikerinnen und Politiker vor Ort waren sichtlich angefressen, das dürfte Konsequenzen haben. Sie haben allerdings sicherlich mit ihrem plump auf der Bühne vorgetragenen Wahlkampf und den ständigen Sticheleien gegen den Koalitionspartner auch nicht unbedingt zu einer gelungenen Veranstaltung beigetragen. Die Preisträgerinnen und Preisträger wiederum, die freuten sich sicherlich über das Geld, aber waren dann auch wieder heilfroh, hinter die Bühne verschwinden zu können, nachdem sie die substanzlosen Fragen der Moderatorin durchgestanden hatten. Die Zuschauerinnen und Zuschauer, beispielsweise im Livestream, zerflossen in Scham oder machten ihrer Wut in den Facebook-Kommentarbereichen oder bei Twitter Luft. Die Branche, ja, die Branche, was macht die nun mit solch einem Preis?

In den Tagen nach der Preisverleihung konnte man sich mittels zahlreicher kritischer Kommentare ein gutes Bild von der Stimmungslage machen. Markus Böhm spricht bei Spiegel Online von einer Branche, die sich selbst »erniedrigt«, Petra Fröhlich identifiziert für GamesWirtschaft »keinen Respekt vor nichts« und zieht »sechs Lehren für 2020«. Wolfgang Walk geht auf dem Blog Ruhrbarone sogar so weit, den Computerspielpreis für tot zu erklären. In einem sind sich aber alle Kommentatorinnen und Kommentatoren einig: Mit einem Preis, der es nicht schafft, seinen Preisträgerinnen und Preisträgern die angemessene Würdigung darzubieten, kann und darf es in dieser Form nicht weitergehen.

Was muss sich also tun im nächsten Jahr? Das Magazin Vice titelt in einem Kommentar von Sebastian Meineck, man habe bei dieser Gala Schmerzen leiden müssen »und das lag allein an der Moderation von Ina Müller«. Diese Moderation ist allerdings nur ein Katalysator und man kann nur hoffen, dass sie jetzt ein Weckruf war.

Denn der Preis hatte und hat natürlich auch andere Probleme, denen sich der Verband game und das Bundespresseamt, das ab 2020 die Verantwortung für den Preis übernimmt, widmen müssen. Schaut man sich die Einreichungszahlen der letzten drei Jahre an, so fällt auf: 2017 wurden 453 von Entwicklerinnen und Entwicklern bzw. Publishern eingereicht, 2018 waren es noch 432 Einreichungen. Und 2019? Da wurden nur noch 272 Titel eingereicht. Es muss geklärt werden, wie es zu einem solchen Einbruch kommen konnte.

Einige Thesen stehen hier im Raum, wobei eine doch am plausibelsten erscheint: Der Preis verliert (wieder) an Bedeutung. Denn obwohl er sich in den letzten Jahren durchaus positiv entwickelte und zu stabilisieren schien, so entwickelten sich zeitgleich andere Förderinstrumente für aufstrebende Entwicklerinnen und Entwickler in Deutschland. Andreas Scheuer berichtete noch stolz von den »50 Millionen für Made in Germany« und erntete dafür großen Applaus. Ein solcher »Games-Fonds« ist angesichts des schwachen Jahrgangs und des wachsenden Abstands deutscher Produktionen zur Weltspitze auch dringend nötig. Petra Fröhlich spricht von einem »riesenriesenriesengroßen Abstand«. Man ist versucht, noch einige »riesen« hinzuzufügen.

Dieser »Games-Fonds« auf Bundesebene wird nun außerdem noch von steigenden Ausschüttungen der Länder flankiert. Nordrhein-Westfalen beispielsweise plant ein Budget von drei Millionen Euro für die Computerspielförderung im aktuellen Haushalt ein. An Geld für ein neues Spielprojekt zu kommen war also – zumindest theoretisch – noch nie so einfach wie im Moment und wird durch den bundesdeutschen Fördertopf noch einfacher werden.

Das könnte nun dem Deutschen Computerspielpreis zum Verhängnis werden, der Prozess scheint – so könnte man die Einreichungszahlen deuten – bereits begonnen zu haben. Wer Fördermittel braucht, muss in Deutschland nun keinen Preis mehr gewinnen. Natürlich, das zusätzliche Geld schadet nicht, vor allem weil es in einer anderen, der Spielentwicklung nachgelagerten Phase verfügbar wäre. Aber als genuiner Antrieb zur Bewerbung verliert die Förderschiene des Computerspielpreises an Bedeutung. Nur, was bietet der Preis abgesehen davon überhaupt?

Bisher zumindest bot er eine Möglichkeit für die Branche, sich selbst zu feiern. Prestigeträchtig in der deutschen Spielendenlandschaft war er noch nie, international sowieso nicht. Immerhin, es hielt sich die Waage. Jedenfalls hatte man als nominiertes Entwicklerteam oder gar als Preisträgerin oder Preisträger keine Schmähungen zu befürchten. Ina Müller brach an diesem Abend im April mit dieser Gewissheit. Und was jetzt?

Ich halte es für falsch, wie Wolfgang Walk es tut, den Computerspielpreis für tot zu erklären. Der Preis hat – leider erneut – erheblichen Schaden erlitten. Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht wäre es möglicherweise besser, über einen neuen, unverbrauchten Namen nachzudenken, der das Signal eines Neuanfangs in sich trägt. Doch dass es jetzt überhaupt eine Förderung von 50 Millionen Euro für die Branche geben wird, hat eben diese Branche nicht zuletzt dem Preis und seiner Funktion als parteipolitisch nutzbares Instrument zu verdanken. Der Kampf für eine Anerkennung von Computerspielen läuft nicht auf zwei unterschiedlichen Schienen, Computerspielpreis links und Bundesförderung rechts. Wir haben es hier mit genau einer Schiene zu tun und würde man den Computerspielpreis jetzt einstampfen, man würde der Lok, die darauf fährt, die Hinterräder abschrauben.

Ich möchte den Organisatorinnen und Organisatoren des Preises daher vielmehr raten, sich folgende Fragen in der Planung der nächsten Preisverleihung durch den Kopf gehen zu lassen, um nun einen bedeutungsvollen Schritt nach vorne zu machen, der unumgänglich geworden ist.

Wie kann der Preis mehr sein und werden als ein Förderpreis? Es müssen neue Argumente vorgebracht werden, warum Entwicklerinnen und Entwickler sich bewerben sollen. Nachwuchsstudios sollten weiter und intensiver gefördert werden, für etablierte Studios benötigt es weitere Anreize. Der Preis benötigt Strahlkraft als Kulturpreis, muss international bekannter werden, z. B. durch entsprechende Untertitel im Livestream, und braucht die Unterstützung und Akzeptanz der Spielerinnen und Spieler, die über die diesjährige Preisverleihung nur schadenfroh lachen oder entsetzt weinen können.

Wie können diese Spielerinnen und Spieler erreicht werden, wie können sie sich ernst genommen fühlen? Man sollte diesen Aspekt nicht unterschätzen. Es ist nicht klar, warum Entwicklerinnen und Entwickler diesen Preis gewinnen wollen würden, wenn er doch von einer Mehrheit der Spielerinnen und Spieler nicht für voll genommen wird. Es sind ja nicht nur die im Saal Anwesenden, die von einer solchen vorurteilsverseuchten Verleihung beleidigt werden. Es sind auch diejenigen, die per Livestream zuschauen und sich als Teil einer sicherlich höchst heterogenen und unscharfen sozialen Gruppe sehen, die Anerkennung erfahren möchte.

Der Preis benötigt Strahlkraft als Kulturpreis, er muss international bekannter werden

Wer bringt tatsächlich Expertise für die Moderation mit? Das Konzept der lustig-lockeren Laienmoderation – d. h. Laie in Bezug auf Computerspiele – ist krachend gescheitert. Vielleicht lohnt sich ein Blick in die öffentlich-rechtlichen Computerspieleformate wie »Art of Gaming« bei ARTE oder GameTwo unterstützt von FUNK.

Welche Rolle sollten Politikerinnen und Politiker bei der Gala spielen? Die Bühne an diesem Abend gehört der Branche, den Gewinnerinnen und Gewinnern. Gewiss zu Recht zeigen sich Organisatorinnen und Geldgeber, begrüßen und verleihen Preise in zentralen Kategorien. Doch für Wahlkampf ist an diesem Abend kein Platz.

Wie kann der Preis die Games-Industrie bereichern? Als Thorsten Wiedemann den Jurypreis für das A Maze-Festival entgegennahm, da erzählte er, dass er sich genau diese Frage in Bezug auf das Festival stellt. Eine seiner Antworten war, man müsse nicht alles als Produkt sehen, nicht immer Geld machen, stattdessen solle man die Konvergenz von Games und Kunst feiern. Da zuckten sicherlich einige der Organisatorinnen und Organisatoren des Preises zusammen. Doch er hat recht und diese wichtige Frage muss sich nun auch der Deutsche Computerspielpreis stellen. Geld allein reicht nicht mehr, man muss den Preis anders denken.

Felix Zimmermann ist Kollegiat der a.r.t.e.s. Graduate School for the Humanities Cologne und arbeitet dort an seiner Dissertation zu Atmosphären in digitalen Spielen

Kampf um Kultursubventionen

Ein Blick auf die Kulturpolitik der Niederlande

MIKKO FRITZE UND MIRTHE BERENTSEN

Die Politik hat kein Urteil über Kunst und Kultur zu fällen« – diese Aussage des Staatsphilosophen Johan Rudolf Thorbecke von 1862 prägte die niederländische Beziehung von Kultur und Politik. Traditionell basiert die hiesige Kulturpolitik darauf, Werturteile über Kunst anderen als Politikern zu überlassen. Trotzdem wurde 1918 das Regierungsportfolio um Kunst und Kultur erweitert. Seitdem gibt es hierfür eine Abteilung unter einer verantwortlichen Ministerin oder mindestens eines Staatssekretärs, der gemäß der Thorbeck'schen Devise von einem einflussreichen zivilen Gremium, dem »Raad voor Cultuur« beraten wird.

Bis in die 1970er Jahre war die niederländische Gesellschaft stark geprägt durch die sogenannte »Versäulung«, einem konfessionell geprägten Partikularismus. Verschiedene Gruppen wie Liberale, Sozialisten, Katholiken und Protestanten bildeten dabei die nebeneinander existierenden sozialen und religiösen »Säulen« der Gesellschaft. Diese drückten ihre Kultur, Ideologie und Werte über von ihnen selbst gewählte und betriebene Kanäle und Organisationen aus – darunter z. B. Zeitungen, Schulen, Fernsehsender, Museen und Kunstinstitutionen.

Nach 1970 änderte sich das System: Kunst und Kultur sowie deren sozial verbindendes Potenzial wurden zu einem wichtigen Bestandteil der Regierungspolitik. Die Budgets wuchsen schnell um bedeutende Beträge an. Der Zeitraum zwischen 1980 und 2010 wird deshalb oft auch als das zweite Goldene Zeitalter der niederländischen Kunstwelt angesehen, da die Sichtbarkeit hiesiger Künstler, Orchester, Theater und Designer im Ausland explosionsartig anstieg. Das kleine Land machte kulturell international Furore. Neben hohen Exportsubventionen konnte man als junger Künstler oder junges Kollektiv mühelos Unterstützung bekommen, um sich und seine Arbeit weiterentwickeln zu können. Marina Abramović, Marlene Dumas, Rineke Dijkstra, Joep van Lieshout sowie Introdans, das Nederlands Danstheater, die Toneelgroep Amsterdam und viele andere konnten in dieser Zeit in der nationalen und internationalen Kunstwelt Fuß fassen.

Kulturpolitik in der Finanzkrise

Dieser Ton in der niederländischen Kulturförderung wandelte sich aber ab dem Ende der 1990er Jahre und man begann, Künstler und Institutionen dazu anzuhalten, sich von Subventionen unabhängiger zu machen und sich mehr am Markt und dem Publikum zu orientieren. Doch die niederländische Kulturpolitik blieb großzügig – bis zum Jahre 2008. Die damalige Finanzkrise traf die Niederlande außerordentlich hart und die Regierung um den wirtschaftsliberalen Premierminister Mark Rutte brachte Sparprogramme in vielen gesellschaftlichen Bereichen auf den Weg. Die Minderheitsregierung des Kabinetts Rutte wurde von wirtschaftsliberalen Politikern der Partei VVD und von Geert Wilders und seiner rechtspopulistischen Partei für die Freiheit PVV toleriert. Gleichzeitig stellte der damalige sozialdemokratische Kulturminister von der Partei der Arbeit, Ronald Plasterk, vorerst den Schwerpunkt der Kulturpolitik vom »sozialen« Wert von Kunst und Kultur auf ihren »inneren« Wert um. Die Teilnahme an Kultur und bessere Einrichtungen zur Begleitung und Förderung herausragender Talente waren die Hauptziele dieser Politik. Der durch die Wirtschaftskrise stagnierende Staatshaushalt für Kultur und Medien erhielt 2011 unter dem wirtschaftsliberalen Kulturstaatsekretär Halbe Zijlstra noch eine weitere Rezession, als auf einen Schlag 20 Prozent der 900 Millionen Euro Kultursubventionen gestrichen und weitere Kürzungen angekündigt wurden.

Zijlstra veröffentlichte ein politisches Memorandum für den Zeitraum 2013 bis 2016, in dem die Kürzungen in der Kulturförderung beschrieben wurden. Darin wurde erklärt, dass die Abhängigkeit der Kulturinstitute von der staatlichen Finanzierung reduziert werden sollte. Diese Einschnitte waren von historischer Tragweite und beendeten eine niederländische Kulturpolitik, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Staat als Förderer von Kultur sah. Eine Kulturpolitik, die kein Massenpublikum erwarten konnte, die aber zur kulturellen Vielfalt beitrug und diese auch zum Selbstbild des Landes erklärte. Nun sollten Künstlerinnen und Künstler finanzielle Eigenverantwortung übernehmen, staatliche Förderungen sollten hauptsächlich Einrichtungen mit internationaler Strahlkraft zugute kommen. Die Kürzungen führten dazu, dass Dutzende von Kultureinrichtungen vor allem außerhalb der Ballungsräume schließen mussten. Die gemeinsamen Kulturausgaben des Staates und der Provinzen verringerten sich um mehr als ein Viertel. Es gingen 20.000 Arbeitsplätze verloren und die Einkommen vieler Künstlerinnen und Künstler sanken plötzlich unter die Armutsgrenze. Die Empörung und das Unverständnis waren groß. Bereits im November 2010 gingen über 100.000 Menschen gegen diese Politik auf die Straße. Darüber hinaus trat die Vorsitzende des »Raad voor Cultuur«, dem zentralen Beratungsorgan des niederländischen Staates in Kulturfragen, aus Unzufriedenheit mit den Sparplänen zurück.

Folgen waren nicht nur die Schließung vieler Institutionen, der Verlust von Wissen und Arbeitsplätzen, sondern insbesondere auch ein allgemeiner Wandel in der gesellschaftlichen Rezeption der Kunstwelt. Das Wort »Subvention« erhielt einen unangenehmen Beigeschmack und die Diskussion um sie brachte sogar ein eigenes, abwertendes Vokabular hervor, wie »Subventionsabzocker« oder »Geld über die Hecke werfen« – kritisch anmerken kann man durchaus, dass es in dieser Diskussion immer überraschend ruhig wurde, wenn es um Subventionen für neue Autobahnen, Landwirtschaft oder Sport ging. Viele Kunstschaffende fühlten sich in die Ecke gedrängt. Es setzte ihnen zu, plötzlich als Schmarotzer betrachtet zu werden und somit sich und ihre Arbeit gegen gesellschaftliche Entwertungsbestrebungen verteidigen zu müssen.

Rechtspopulismus vs. Kulturförderung

In den vergangenen Jahren zeigten sich die guten Absichten der Politik, die Kultur und ihr Ansehen in der Gesellschaft wieder aufzuwerten. Doch trotz Anzeichen der Besserung hat die Kulturförderung in den Niederlanden seit dem Aufstieg der Rechtspopulisten einen schweren Stand. Die Idee, dass »Kunst doch nur ein linkes Hobby sei«, ist wie Gift in die Debatte eingeflossen und wird seither stetig weitergetragen. So verlautbarte der wirtschaftsliberale Minister für Wirtschaft und Klima, Eric Wiebes, 2018 in einer beliebten TV-Sendung, er sei nicht wirklich für Kunstsubventionen. Er argumentierte, dass sein Nachbar als hart arbeitender Klempner auch keine Subvention für sein Motocross-Rennfahrer-Hobby bekäme. Kritik an der Kunstförderung über eine polemische Degradierung der Kunst zum Hobby scheint für den politischen Stimmenfang mittlerweile zur Norm geworden. Experimentelle und differenzierte Stimmen, für die die Niederlande so berühmt geworden sind, verschwinden weiter aus den öffentlichen Debatten, die immer populistischere Züge bekommen. Ein auffälliger Paradigmenwechsel, mit dem die Niederländer allerdings in Europa und der Welt zurzeit nicht alleine dastehen.

Seit Anfang März 2019 bahnt sich im Kulturbetrieb erneut eine Krise an. Das politisch rechte Forum für Demokratie von Thierry Baudet wurde bei den Wahlen der Provinzräte unerwartet zum großen Gewinner gewählt. Seine Rhetorik kann durchaus als niederländische Manifestation eines globalen Aufstands gegen die liberale Demokratie gesehen werden. Wenn der Sieg des Forums für Demokratie ein Vorbote für die nationalen Wahlen am 17. März 2021 ist, dann verspricht dies wenig Gutes für die sich gerade erst langsam erholende niederländische Kunst- und Kulturszene.

Widerstandsfähiger Kultursektor

Trotz dieser neuen Belastungen und Veränderungen sollten die außergewöhnliche Widerstandsfähigkeit des niederländischen Kultursektors und die weiterhin sehr lebendige und vielseitige Kulturszene hervorgehoben werden. Dies ist insbesondere der Kraft vieler engagierter, unbeugsamer Kreativer gegenüber politischen Umschwüngen zu verdanken. Dazu beigetragen hat sicherlich auch, dass sich in der Kulturförderung trotz Gegenwind von rechts aktuell ein positiver Trend abzeichnet: Es wird wieder mehr Geld in Kunst und Kultur investiert. Bis zur großen Kürzung im Jahr 2011 von über 200 Millionen Euro hatte der niederländische Staat jährlich 900 Millionen Euro für die Kulturförderung ausgegeben. Mittlerweile sind es immerhin wieder rund 839 Millionen. Gleichzeitig versucht die demokratisch-liberale Kulturministerin Van Engelshoven, neue Akzente und Visionen umzusetzen, wie etwa die Förderung eines Fair Practice Codes, der von Künstlerverbänden mitentwickelt wurde. Dieser soll sicherstellen, dass die Kunstinstitutionen ehrlicher mit Künstlerinnen und Künstlern und ihren Werken umgehen – einschließlich gerechter Bezahlung und besserer Beschäftigungsbedingungen. Hunderte von Kultureinrichtungen haben sich dieser Initiative angeschlossen. Auch das Goethe-Institut sieht sich in diesem Zusammenhang als Plattformgeber und Unterstützer der niederländischen Kulturszene. Seit 51 Jahren arbeitet es in den Niederlanden mit zwei Standorten in Rotterdam und Amsterdam. In beiden Städten ist das Goethe-Institut tief im Kulturleben und in der fast ganzen Breite der Szene – von Hochkultur bis Underground – verwurzelt. So beteiligt es sich pro Jahr als Veranstalter oder Partner an mehr als 400 Veranstaltungen ganz unterschiedlichster Art im ganzen Land. Dazu zählt beispielsweise die Open-Air-Eröffnung des weltbekannten Minimal Music Festivals in Amsterdam durch den auf 144 Schiffshörner musizierenden Christof Schläger oder die Residenzaufenthalte im Bereich Theater, Architektur, Bildende Kunst und Bibliothek am Goethe-Institut Rotterdam. Zusätzlich zu den zahlreichen Kulturveranstaltungen ist das Goethe-Institut in den Niederlanden insbesondere im Bildungs- und Sprachbereich gut aufgestellt: Einerseits blickt es auf einen regen Sprachkursbetrieb mit über 1.000 Kursteilnehmern pro Semester und bietet rund 10.000 Schülerinnen und Schülern an niederländischen Partnerschulen interessante Deutschangebote an. An beiden Standorten unterhält es eine Bibliothek mit einladenden Räumlichkeiten und umfangreichen Beständen zu Deutsch als Fremdsprache sowie zeitgenössischer deutscher Literatur. Durch seine partnerorientierte und seine immer an den Interessen beider Länder orientierten Arbeitsweise hat das Goethe-Institut sicher auch seinen Beitrag zum heute so entspannten und freundlichen Verhältnis zwischen Deutschland und den Niederlanden beigetragen.

Schließlich bleibt zu hoffen, dass das politische Engagement für die Kultur zukünftig fortbesteht und den niederländischen Kulturschaffenden weiterhin Rückhalt verschafft werden kann.

Mikko Fritze leitet das Goethe-Institut Niederlande. Mirthe Berentsen ist Autorin, Journalistin und kulturpolitische Beraterin

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ABACA

Das Artuklu Hamam, ein Jahrhunderte altes und über 1.600 Tonnen schweres Badehaus, wird aufgrund des kontroversen Staudammbaus aus Hasankeyf, Türkei abtransportiert

Der Schutz des kulturellen Erbes ist Nebensache

Denkmalschutz und Restauration in der Türkei

CONSTANZE LETSCH

Eine Moschee aus der spätosmanischen Periode, die jetzt einem Reihenhaus gleicht, PVC-Fenster in einer Burg aus dem 12. Jahrhundert, eine Baumarktküche in einem mittelalterlichen Schrein oder ein 2.000 Jahre alter Festungsturm, der nach seiner Restaurierung der Comicfigur SpongeBob Schwammkopf ähnelt: Die Liste der Restaurationssünden in der Türkei ist lang. Experten bemängeln die fehlende Umsicht für das reiche Kulturerbe des Landes seit Jahren.

Schuld seien der ungeordnete Bauboom, Profitgier und fehlende Fachkompetenz, so der Archäologe Nezih Basgelen. »Restaurierungen werden oft an private Baufirmen übergeben, die über keinerlei Expertenwissen oder Erfahrung verfügen. Sie behandeln die Restauration eines Denkmals wie eine einfache Reparaturarbeit.« Oft würden die Kosten zusätzlich mit den billigsten Materialien gedrückt. »Kommunen wollen Denkmäler außerdem meist schnell für den Tourismus verwerten«, fügt Basgelen hinzu. »Deswegen haben sie für zeitaufwendige Restaurationsarbeiten keine Geduld.«

Im letzten Jahr verabschiedete die AKP-Regierung zudem eine umstrittene Bauamnestie, mit der sie ins Kraut schießende illegale Bauprojekte in den Griff bekommen und die leeren Staatskassen füllen will. Laut der Gesetzesänderung können bis zu einem bestimmten Stichtag fertig gebaute illegal errichtete oder veränderte Gebäude gegen Gebühr angemeldet und legalisiert werden. Für Denkmalschützer und Archäologen ist dieser sogenannte »Baufrieden« ein Albtraum.

»Es ist schrecklich«, kommentiert Banu Pekol, die für den Verein für den Schutz des kulturellen Erbes (KMKD) tätig ist. »Der Baufrieden hat meine letzten Hoffnungen auf eine Besserung der Lage vollkommen zunichte gemacht. Das bedeutet, dass zahlreiche Bauten, die gegen den Denkmalschutz verstoßen oder die das Kulturerbe bedrohen, staatliche Lizenzen erhalten können.« So könne sich z. B. das illegale Hotel, das trotz fehlender Baugenehmigung mitten im UNESCO-geschützten historischen Zeyrek-Viertel in Istanbul gebaut wurde, nachträglich um eine Erlaubnis bewerben.

Hinzu kommt der stetig wachsende Druck auf Regierungskritiker, Akademiker und NGOs in der Türkei. Widerspruch ist vielerorts fast verstummt. Wer sich auflehnt, riskiert seinen Lebensunterhalt oder die Freiheit. Von internationalen Organisationen wie der UNESCO oder dem in Den Haag ansässigen Denkmalschutzverbund Europa Nostra fühlt man sich in der Türkei im Stich gelassen. »UNESCO hat vor allem einen großen Markenwert, aber mehr auch nicht«, findet Nezih Basgelen. Ansonsten sei die Organisation weitestgehend zahnlos, weil bei Nichteinhaltung von Abmachungen Strafmechanismen schlicht fehlten.

Auch Banu Pekol zeigt sich enttäuscht von der fehlenden Unterstützung internationaler Kollegen. So sei Hasankeyf 2016 zwar auf die von Europa Nostra erstellte Liste der europaweit am meisten gefährdeten Denkmäler aufgenommen worden, doch habe es seitdem kaum Unterstützung für das jahrtausendealte Städtchen am Ufer des Tigris gegeben. »In der Zwischenzeit schmückt sich die Regierung mit dem Titel und macht Werbung für den Tourismus, während sie Hasankeyf zerstört.«

Der jungen Denkmalschützerin zufolge fehlt es in der Türkei noch immer an Bewusstsein für den Wert des gemeinsamen Kulturerbes im Land. Bis auf ein paar Ausnahmen würden vor allem die vielen Zeugnisse nicht muslimischer Geschichte in der Türkei ignoriert. Schuld sei eine noch immer vorherrschende, eindimensionale türkisch-nationalistische Staatsideologie. »Es bricht mir das Herz, wenn ich armenische, griechische oder assyrische Dörfer nach und nach verfallen sehe«, sagt Pekol.

Aber auch Unwissen trage maßgeblich zur Zerstörung vieler Denkmäler bei. Das ist auch ein wichtiger Grund für KMKD, ein landesweites Aufklärungsprogramm zu organisieren. So organisiert Pekol z. B. Schulungen für Leute, die in denkmalgeschützten Gebäuden leben oder arbeiten. »Wir erklären, welche Probleme an historischen Bausubstanzen auftreten können und wie diese zu lösen sind«, sagt sie.

Sie kritisiert, dass sich nur Akademiker ernsthaft mit dem Erhalt des Kulturerbes beschäftigen. Vor allem Journalisten und Lehrer sieht sie in der Verantwortung. »Seit zwei Jahren bieten wir deswegen Seminare für sie an«, so Pekol. Inhalt und Sprache der Berichterstattung über Kulturschätze spielten bei deren Schutz eine große Rolle. »Zum Beispiel sollten Journalisten den finanziellen Wert eines Fundes nicht erwähnen, um Plünderer nicht anzulocken«, erklärt sie. Lehrer könnten Denkmäler auf verschiedenste Weise spielerisch in den Unterricht einbringen. Auch Weiterbildung für Touristenführer bietet der KMKD an. »Sie besuchen historische Orte öfter und regelmäßiger als andere und sind deswegen oft die ersten, die Probleme und Risiken feststellen. Warum sollte man dieses Wissen nicht für den Denkmalschutz nutzen?«

Trotz der vielen Probleme habe sich in den letzten Jahren einiges verbessert, so der Archäologe Nezih Basgelen. Jedes Jahr würden mehr und mehr Denkmäler im Einklang mit den geltenden UNESCO-Standards renoviert. In keinem anderen Land gäbe es eine so lange Warteliste für die Aufnahme ins Weltkulturerbe. Doch sei vor allem die Regierung in der Pflicht, die UNESCO-Vorgaben durchzusetzen.

Politiker, so die Denkmalschützerin Pekol, könnten sich den Luxus, immer nur bis zur nächsten Wahl zu planen, nicht leisten. »Wenn es immer nur um den schnellen Profit und persönliche Gewinne geht, wird der Schutz eines jahrhundertealten kulturellen Erbes zur Nebensache.«

Constanze Letsch ist Journalistin und Doktorandin

Indonesien will Ausbildungsqualität steigern

Deutsch-indonesische Hochschulbeziehungen

THOMAS ZETTLER

Am 17. April fanden in Indonesien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Nach den veröffentlichten Hochrechnungen scheint es, dass Amtsinhaber Joko Widodo, allgemein nur »Jokowi« genannt, für eine zweite Amtszeit gewählt wurde. Aber auch sein Gegenkandidat, Ex-General Prabowo Subianto, erhebt noch Anspruch auf den Wahlsieg. Das offizielle Wahlergebnis wird erst im Mai bekannt gegeben. Der Wahlkampf ist friedlich verlaufen, trotz der politischen, sozialen und religiösen Spannungen, die die indonesische Gesellschaft belasten. Eine Gesellschaft von 263 Millionen Menschen, mit einem stark wachsenden Anteil an junger Bevölkerung. Die Regierung hat das Ziel verkündet, das Land bis 2045 zur viertstärksten Wirtschaftsmacht weltweit zu entwickeln. Aber auf dem Weg dorthin müssen die immer noch großen sozialen Probleme des Landes angegangen werden, die immer wieder bedrohte Toleranz muss gesichert werden. Das gilt auch für das gegenseitige Verständnis zwischen den Religionen des Landes. Dominierend ist der Islam, dem ca. 87 Prozent der Bevölkerung angehören, aber auch evangelische und katholische Christen, Hindus und Buddhisten bilden große und oft regional dominierende Gruppen. Ebenso steht auch die Frage der Ausbildung der jungen Generation im Raum. Denn es ist unbestritten, dass der Weg Indonesiens zu einer starken Wirtschaftsmacht nur mit einer gut ausgebildeten jungen Generation erreichbar ist. Oder, im Umkehrschluss: Gelingt es nicht, die Jugend des Landes mit einer sehr guten Ausbildung für den globalen Wettbewerb zu wappnen und ihnen berufliche Entwicklungschancen zu vermitteln, drohen neue soziale Probleme und die Abwanderung junger Talente ins Ausland. Dies ist, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, beiden Präsidentschaftskandidaten klar. Kein Wunder, dass sich im Bereich der Bildung die Programme kaum voneinander unterscheiden und vor allem ein Ziel haben: die Erhöhung der Qualität der Ausbildung an Schulen und Hochschulen.

Man möchte vermehrt ausländische Dozenten und Wissenschaftler gewinnen

Derzeit gibt es in Indonesien fast 4.700 Hochschulen. Viele davon sind kleine private Einrichtungen, die nur wenige Fächer anbieten. Nicht alle Hochschulen unterstehen dem Ministerium für Forschung, Technologie und Hochschulbildung (RISTEKDIKTI), allein 1.200 Hochschulen sind dem Religionsministerium unterstellt. Der Fächerkanon dieser Hochschulen – neben islamischen Einrichtungen gehören hierzu auch katholische, evangelische, hinduistische oder buddhistische Institutionen – konzentriert oder beschränkt sich häufig auf religiöse Fächer. Von den genannten 4.700 Hochschulen sind nur ca. 430 staatliche Einrichtungen, an denen aber über 40 Prozent der Studierenden eingeschrieben sind. Bei der großen Mehrzahl handelt es sich dagegen um private Institutionen. Das Hauptproblem der indonesischen Hochschulen ist die niedrige Qualität der Ausbildung. Das rasche Wachstum der Hochschullandschaft, getrieben von einer rasant wachsenden Tendenz zur Hochschulbildung, welche ihrerseits durch die schrittweise Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und die Entstehung einer indonesischen Mittelschicht bedingt wird, hat zur Gründung vieler neuer Hochschuleinrichtungen geführt. Dem Ausbau der Hochschulen steht allerdings ein großer Mangel an gut ausgebildetem Lehrpersonal gegenüber. Nur 14 Prozent des Hochschulpersonals sind derzeit promoviert, 68 Prozent haben einen Master-Abschluss, 12 Prozent verfügen über einen Bachelor-Abschluss. Forschung findet nur an einigen wenigen guten Einrichtungen statt. Zu diesen zählen z. B. die Universitas Gadjah Mada (UGM) in Yogyakarta, die Universitas Indonesia in Jakarta und das Institut Teknologi Bandung (ITB).

Die indonesische Regierung hat die Probleme erkannt und versucht, mit verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern. Dabei spielt auch der Kostenaspekt eine Rolle: Man möchte zukünftig weniger auf teure staatliche Stipendienprogramme für ein Auslandsstudium setzen, sondern vermehrt ausländische Dozenten und Wissenschaftler für eine zeitweise oder dauerhafte Tätigkeit in Indonesien gewinnen. So hat man z. B. das »World Class Professor Program« aufgelegt, mit dem ausländische Wissenschaftler für einen begrenzten Aufenthalt an eine indonesische Hochschule eingeladen werden können. Sie sollen dort gemeinsam mit indonesischen Wissenschaftlern lehren, forschen und publizieren. Erstmals soll es auch ausländischen Hochschulen ermöglicht werden, eigene Ausgründungen in Indonesien zu betreiben. Durch gesetzliche Regelungen, die den Zugang von Ausländern zum indonesischen Arbeitsmarkt erleichtern, sollen zusätzlich vermehrt ausländische Dozenten für eine Tätigkeit an indonesischen Hochschulen gewonnen werden. Die Umsetzung vieler Reformen geht indes nur langsam voran. Es gibt zudem nicht nur Befürworter der Internationalisierungsbestrebungen: In der Presse wurden bereits einzelne Befürchtungen geäußert, einheimische Dozenten und einheimische Hochschulen könnten durch ausländische Konkurrenten verdrängt werden oder lokale kulturelle Werte könnten durch allzu großen ausländischen Einfluss infrage gestellt werden. Trotz solcher Ängste und Sorgen besteht kaum ein Zweifel daran, dass Indonesien sich auf dem Weg zu seinen ehrgeizigen wirtschaftlichen und politischen Zielen auch in den nächsten Jahren weiter öffnen und ein noch wichtigerer Partner für unsere Hochschulen werden wird.

Ca. 140 Partnerschaften zwischen deutschen und indonesischen Hochschulen bestehen derzeit. Fast 5.000 Indonesier studieren momentan in Deutschland. Zehntausende Indonesier haben in der Vergangenheit längere Studien- oder Arbeitsaufenthalte in Deutschland absolviert. Allein der DAAD zählt über 3.100 indonesische Alumni. Viele von ihnen arbeiten an den besten Hochschulen des Landes. Eine gute Basis für die deutsch-indonesischen Hochschulbeziehungen.

Thomas Zettler leitet die Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Jakarta, Indonesien

Die Aufarbeitung der Kolonialzeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Direktorin des Stuttgarter Linden-Museums Inés de Castro im Porträt

ANDREAS KOLB

Sucht man im Netz nach Inés de Castro, so stößt man zuerst auf eine berühmte galizische Adlige, Geliebte und spätere Ehefrau des portugiesischen Königs Dom Pedro I, die auf Befehl seines Vaters, König Alfonso IV, im Jahre 1355 hingerichtet wurde. Bei weiteren Recherchen findet man jedoch eine gleichnamige Protagonistin, die heute in Stuttgart lebt und wirkt: Inés de Castro, seit etwa zehn Jahren erfolgreiche Direktorin des Linden-Museums Stuttgart, eines der bedeutenden ethnologischen Museen in Deutschland. Vergangenes Jahr lehnte sie den Ruf als Leiterin der Sammlungen im neu gegründeten Berliner Humboldt Forum ab, um Direktorin »ihres« Linden-Museums zu bleiben.

Nach de Castros medial beachteter Absage in Berlin scheint es damit vorbei zu sein, im Stillen Pionierarbeit zu leisten. Nach ihren Motiven gefragt, redet sie Klartext: »Ich sehe hier einfach mehr Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit als in Berlin. 1911 gegründet, ist das Linden-Museum baulich und ausstellungstechnisch in die Jahre gekommen und ein Neubau tut not. Wir haben über Gelder der Bundeskulturstiftung und auch des Landes nun die Möglichkeit, in den nächsten Jahren neue Wege der Präsentation und neue Wege der Partizipation auszuprobieren, bevor wir zu einer Neukonzeption übergehen. Ich finde es extrem spannend, selbstkritisch das Haus, seine Rolle sowie seine Bedeutung unter die Lupe zu nehmen und zu überlegen: Wie kann ein ethnologisches Museum in der Zukunft aussehen?«

Inés de Castro ist gebürtige Argentinierin, die Familie ihres Vaters emigrierte 1938 aus Deutschland. Sie wuchs in einem kosmopolitischen Umfeld in Buenos Aires auf. Sie ging dort im Lycée Français zur Schule. Den Eltern war es wichtig, dass die Kinder ein europäisches Abitur hatten, um später auch in Europa studieren zu können. Aus der Metropole Buenos Aires ging es dann ins beschauliche westfälische Paderborn: »In jungen Jahren bin ich nach Deutschland gekommen und habe in Paderborn Abitur gemacht.«

Inés de Castro war schon als Kind gern in Museen. Ihr Interesse für alte Kulturen, für Archäologie und Ägyptologie wurde dadurch früh geweckt. Die lebensbestimmende Entscheidung für die Ethnologie und Altamerikanistik traf de Castro bei einer Reise nach Mexiko nach dem Abitur: »Ich sah und erlebte Mexiko, verliebte mich in diese Kulturen und in dieses Land und beschloss, Ethnologie mit Amerika-Schwerpunkt zu studieren. Ethnologie auch deshalb, weil ich mich nicht nur für das Altertum, sondern auch für die heutige Zeit interessiere.«

Inés de Castro studierte und promovierte an der Universität Bonn. Den Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit legte sie auf die Kulturen Mesoamerikas – der Weg für eine wissenschaftliche Karriere schien vorgezeichnet.

Doch dann kam das Angebot eines Volontariats in München und die Faszination musealer Vermittlung ließ sie seither nicht mehr los: »Die ethnologischen Häuser werden in einer von kultureller Diversität gekennzeichneten Gesellschaft eine immer größere Bedeutung haben. Während der Kolonialzeit entstanden, müssen sie nach neuen Wegen suchen, sich partizipativ mit ihren Wurzeln auseinanderzusetzen.«

Bevor de Castro 2010 die Stelle als Direktorin des Stuttgarter Linden-Museums antrat, war sie stellvertretende Direktorin, Prokuristin und Kuratorin der ethnologischen Sammlungen des Roemer- und Pelizaeus-Museums Hildesheim. Jetzt, nach zehn Jahren Dienst im in die Jahre gekommenen Haus am Stuttgarter Hegelplatz, steht für die Direktorin die Neukonzeption des Linden-Museums an.

Wie sieht eine andere Form von Museum aus? Welche Relevanz haben die alten Sammlungen heute noch? Wie geht man mit der eigenen Geschichte und dem kolonialen Erbe um? Wie kann man etwas, das so flexibel und veränderbar ist wie Kultur, in Ausstellungen, also in etwas Stetiges gießen, ohne Stereotypen zu kreieren? Wie kann man Partizipation und Teilhabe aus den Herkunftsgesellschaften und aus der diversen Stadtgesellschaft zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Museumsarbeit machen? Das sind die Fragen, die de Castro und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter derzeit und vermutlich auch in den nächsten Jahren umtreiben: »Unter neuem Namen sehen wir die Zukunft des Linden-Museums als eine Dialogplattform, als großen Workshop, in dem partizipativ über den Bedeutungswandel unserer Sammlungen diskutiert werden kann. Und in dem man sich über wichtige Herausforderungen unserer Zeit austauschen kann.«

Unter großem medialem Interesse übergab die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer Ende Februar 2019 die Bibel und die Peitsche des namibischen Volkshelden und Nama-Anführers Hendrik Witbooi an Namibia zurück. Die Rückgabe gilt als Zeichen im Prozess der Versöhnung und als Auftakt für eine gemeinsame Aufarbeitung der deutsch-namibischen Kolonialgeschichte.

De Castro begrüßt es, dass die Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit durch diese Debatte öffentlich geworden ist: »Die Aufarbeitung der Kolonialzeit ist jedoch nicht allein eine Museumsaufgabe, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.« Am 15. März eröffnete das Linden-Museum seine Afrika-Dauerausstellung neu. Als deren Konzeption vor etwa drei Jahren erste Formen annahm, hatte niemand geahnt, dass dies in einem solchen kulturpolitischen Umfeld geschehen würde. Die Debatte ist stark auf Afrika fokussiert und de Castro wünscht sich, dass diese Debatte »nicht nur auf die formale Kolonialzeit Deutschlands bezogen, sondern auf Unrechtskontexte im Allgemeinen« ausgeweitet wird.

Danach gefragt, wie es ihr persönlich beim Restitutionsbesuch in Namibia ergangen ist, sagt de Castro: »Es war sehr berührend und emotional. Man verstand erneut, welche ungeheure Bedeutung Objekte haben können. Gerade bei der älteren Generation lagen die widersprüchlichen Emotionen ganz nah beieinander: Zum einen tiefes Leid über die Grausamkeit der deutschen Kolonialherren, zum anderen aber auch unsägliche Freude darüber, diese Objekte zurückzubekommen.«

FOTO: LINDEN-MUSEUM STUTTGART

Inés de Castro leitet das Stuttgarter Linden-Museum

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Haltung!

Eine erschreckende Aufforderung

LUDWIG GREVEN

Der Sportlehrer ordnete es an. Der Krankengymnast rät dazu. Meine Liebste erinnert mich daran, wenn mich mal Sorgen drücken oder ich als Schreibtischmensch mit zu wenig Auslauf den Rücken krumm mache: Aufrecht gehen! Kopf hoch! Brust raus! Haltung zeigen!

Das ist nicht das Verkehrteste. Körperlich wie innerlich. Und im übertragenen Sinn: sich nicht beugen. Rückgrat beweisen. Nicht nach unten treten und nach oben buckeln, wie ein Pedaltreter. Das tut nicht gut. Den Wirbeln nicht. Der Seele nicht. Und auch nicht dem Kopf.

Den sollte man immer oben tragen. Nicht stolz oder überheblich. Aber doch erhoben. Mit wachem, unverstelltem Blick. Weil man dann weiter schaut. Ohne Scheuklappen. Ohne Angst, ohne Furcht. Vor Oberen. Vor allzu wendigen Politikern, die sich selbst anderen beugen. Vor Volksverführern. Vor Ideologen und Verblendeten. Vor anderen, die meinen, uns ihre Meinung, ihre Weltsicht, ihre »Haltung« aufdrängen zu können. Egal aus welcher Ecke.

Da erwacht mein Rebellengeist. Dem will ich mich nicht unterwerfen, weil es mich niederdrücken würde. Ich möchte meine eigene Sicht auf die Dinge um mich herum und vor allem auf Menschen entwickeln. Ohne Vorgaben. Ohne Voreingenommenheit. Ohne vorgefertigte Vor-Urteile. Ohne Instant-Versatzstücke aus ideologischem, fundamentalistischem, weltbeglückendem Blendwerk. Ob rechts, links, sozial, konservativ, religiös, agnostisch oder liberal in allen Schattierungen.

Ich möchte meine eigene Haltung herausbilden. Ohne Rücksicht. Ohne allzu große Vorsicht. Nur aus meiner Sicht. Und mit Sicht auf Werte, Anliegen und Menschen, die mir wichtig sind.

Doch mir begegnen heute überall Haltungen, die mir oft zuwider sind. Weil sie starr sind. Mit Blick auf den Körper hätte man früher gesagt: Er (oder sie) hat einen Besenstiel verschluckt. Der ersetzte dann das Rückgrat. Wie ein Korsett. Auch der Ansichten und Meinungen: Das darf »man« nicht sagen, nicht einmal denken. Das geht gar nicht! Das ist intolerabel! Jenseits des zulässigen Meinungsspektrums.

Wieso? Wer legt das fest? Warum z. B. soll ich Fremde mit Misstrauen beäugen? Wer kann mir andererseits verordnen, den generischen Casus durch irgendwelche Gender-Verunstaltungen der Sprache in eine diverse Form zu wandeln? Wer maßt sich an, mir zu verbieten, andere nach ihrer Herkunft zu fragen, weil das angeblich diskriminierend sei? Obwohl es nur mein ehrliches Interesse an ihrer Person ausdrückt. Wozu ihre Prägung durch Familie, Abstammung, Kultur, Heimat gehört. Warum soll ich das ausblenden? Ich kann dadurch doch nur dazulernen, wenn ich mich auf andere Menschen einlasse mit ihrer Verschiedenheit, auch Fremdheit.

Manchmal habe ich das Gefühl, die immerzu verkündete »Haltung« von Menschen, die sich anderen überlegen fühlen, als »bessere«, aufgeklärte, moderne, kosmopolitische, gebildete oder aber Vertreter einer überlegenen abendländischen Kultur, weil sie jeweils die einzig mögliche, richtige, zulässige Haltung einzunehmen glauben, verdeckt lediglich, dass sie sich selbst genug sind. Also im Grunde eine sehr verkümmerte Haltung haben. Eine ängstliche, niedergedrückte. Die sich zu einer großen aufplustert, indem sie andere zu zwingen trachtet, sich ihr zu unterwerfen.

Wenn alle den Kopf einziehen, sind alle gleich klein. Aber sie blicken nicht weit. Der Horizont verengt sich. Der Blick reicht kaum noch über den Hutrand hinaus. Wird immer enger. Auf sich selbst gerichtet. Ein Blick nach innen, statt nach außen. Der Fortschritt verkümmert zu einer Murmel. Das, was früher angeblich alles besser war, zu einer Erbse. Weit- und Weltsicht gehen baden. Willkommen in der linken, öko-aufrechten Einfalt. Von erzkonservativen, gar völkisch-national-chauvinistischen Abschottungshaltungen nicht zu reden.

Es ist ein Graus. Jeder hat heute eine Haltung. Und trägt diese vor sich her. Im Gespräch. Erst recht in den sogenannten sozialen Medien. Die ohnehin von Schlechterwissern, die sich für das Gegenteil halten, übervölkert sind. Schreihälse, die immerzu heiser sind. Schon im Kopf. Die über »Links-Versiffte« wettern oder überall »Nazis« wittern. Die immerzu schlechte Laune haben und sie verbreiten, aber glauben, auf dem einzig richtigen, wahren Weg zu sein.

Ich habe das früher zeitweise auch mal geglaubt. Aber erlaube mir heute, meinen eigenen Kopf zu benutzen. Rück- und vorsichtslos. In sozialen Fragen radikaler fast als in meiner Jugend, in anderen konservativ. Weil ich Gutes bewahren möchte. Besonders unseren schönen blauen Planeten, ohne den wir als Menschengattung zum Absterben verurteilt sind. Meine Kinder und meine Enkelin auch. Nicht zuletzt bin ich liberal. Im guten Sinne: frei im Kopf, denken, meinen.

Das ist das, was für mich im Kern unsere Gesellschaft, unsere Demokratie, unsere Republik ausmacht: Jeder darf seine eigene Haltung einnehmen. Ganz individuell. Aber eingebunden in die Gemeinschaft um sich und die der Mitbürger. Niemand ist eines anderen Knecht. Weder im direkten noch im weiteren Sinn. Zumindest sollte es niemand sein. 1989/90 war der große Ausbruch aus den Fesseln des ideologischen Korsetts. Auf allen Seiten. Manche haben aber offenbar bis heute (oder heute noch mehr) Haltungsprobleme damit. Weil ihnen Haltestangen fehlen. Freiheit ist halt unbequem. Man muss sich selbst aufrecht halten. Aber das gibt Kraft. Dem Körper. Den Sinnen. Dem Geist. Man muss es nur trainieren. Jeden Tag. Hilft!

Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor

ZUR PERSON ...

Gropius-Chefin Stephanie Rosenthal leitet die Jury der Biennale Venedig
Als Stephanie Rosenthal im Februar 2018 Direktorin des Martin-Gropius-Baus wurde, stand der Museumsbau mit seinen 5.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche aus dem Jahr 1881 leer, aktuell lockt der renovierte Bau wieder jährlich rund 500.000 Besucher an. Zurzeit läuft Rosenthals Ausstellung »And Berlin Will Always Need You« mit Künstlern, die in der Stadt wirken. Jetzt gab das Festival Biennale di Venezia bekannt, dass die Expertin für performative und zeitgenössische Kunst in diesem Jahr die Leitung der Jury für die Kunstausstellung Biennale in Venedig übernimmt.
Die Biennale (11. Mai bis 24. November) präsentiert sich in diesem Jahr zum 58. Mal. Sie gilt neben der documenta in Kassel als weltweit wichtigste Kunstschau. Während der Biennale vergibt die Jury mehrere Preise, darunter die »Goldenen Löwen« für den besten Beitrag in einem der nationalen Pavillons sowie für den besten Beitrag eines Künstlers in der vom US-Amerikaner Ralph Rugoff kuratierten Ausstellung »May You Live In Interesting Times«. Lesen Sie auch das Porträt über Stephanie Rosenthal in Politik & Kultur 03/2018.

Andreas Degkwitz ist neuer Vorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbands
Die Wahl von Andreas Degkwitz zum Verbandsvorsitzenden wurde am 20. März 2019 auf einer Mitgliederversammlung des Deutschen Bibliotheksverbands (dbv) bekannt gegeben. Degkwitz tritt die Nachfolge von Barbara Lison, Direktorin der Stadtbibliothek Bremen, an, die den Verband von 2016 bis 2019 geführt hat und aktuell zur Präsidentin der International Federation of Library Associations and Institutions (IFLA) gewählt wurde. Der neue Verbandsvorsitzende sagte auf der Mitgliederversammlung: »Verstärkt übernehmen Bibliotheken Aufgaben der Teilhabe an Bildung, Gesellschaft und Kultur. Hinzu kommt Kompetenzvermittlung zur digitalen Aneignung, Produktion und Weitergabe von Wissen. Öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken greifen diese Herausforderungen aktiv auf. Der digitale Wandel positioniert Bibliotheken in der Mitte unserer Gesellschaft.« Der dbv vertritt mit seinen mehr als 2.100 Mitgliedern bundesweit rund 10.000 Bibliotheken mit 25.000 Beschäftigten und 11 Millionen Nutzerinnen und Nutzern. Sein zentrales Anliegen ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang zu Informationen zu ermöglichen.

Christian Stäblein wird neuer Bischof der evangelischen Landeskirche Berlin
Der Propst Christian Stäblein wurde am 5. April 2019 in der St. Bartholomäuskirche am Volkspark Friedrichshain zum neuen Bischof in Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz gewählt. Der 1967 in Bad Pyrmont geborene Stäblein setzte sich nach eineinhalb Stunden und zwei Wahlgängen gegen den Direktor des Michaelisklosters Hildesheim, Jochen Arnold, und die evangelische Beauftragte beim Hessischen Rundfunk, Heidrun Dörken, durch. Seit August 2015 ist Stäblein theologischer Leiter des Konsistoriums, der Kirchenbehörde der evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Der EKBO gehören knapp 1.250 Gemeinden an. Als Autor verfasste Stäblein bereits mehrere Beiträge in Politik & Kultur, unter anderem eine regelmäßige Kolumne.

Liebevoll nachgezeichnet

Die zweite Familienbiografie von Maxim Leo

Maxim Leo geht in seiner zweiten Familienbiografie »Wo wir zu Hause sind« den Teilen seiner Familie nach, die infolge des Nazi-Terrors Deutschland verlassen haben und nicht zurückkehrten. In seinem ersten Buch »Haltet euer Herz bereit: Eine ostdeutsche Familiengeschichte« widmete er sich seiner Kernfamilie, dem Großvater Gerhard, der als junger Mann in der Resistance kämpfte und dann in der DDR das bessere Deutschland aufbauen wollte, seiner Mutter Annette, einer Historikerin, und seinem eigenen Lebensweg in der DDR und der Bundesrepublik.

In seinem im Februar erschienen Buch »Wo wir zu Hause sind« wird die Lebensgeschichte anderer Familienmitglieder nachgezeichnet und verdichtet. Die Rede ist von Ilse, der Schwester seines Großvaters, die im französischen Internierungslager Gurs ihren späteren Ehemann Heinz Polack kennenlernt und mit ihm nach dem Zweiten Weltkrieg nach Wien geht. Die Lebensgeschichte seiner Großtanten Hilde und Irmgard sowie von deren Kindern und Kindeskindern zeichnet Leo liebevoll nach.

Der Leser erfährt wie sich Hilde, bestrebt zu überleben, zuerst in Paris und danach in England im Exil durchgeschlagen hat. Wie es ihrem Sohn, einem jüdischen Deutschen, in England erging, wie er in diversen Pflegefamilien litt und sich einsam fühlte. Heute hat er eine beeindruckende Schar an Kindern und Enkel und blickt auf eine wissenschaftliche Karriere zurück. Irmgard, die mit Hans nach Israel ging, dort ein Kibbuz mitaufbaute und deren Kinder, die Unabhängigkeit von der engen Kibbuzgemeinschaft suchten. Flucht- und Fixpunkt im Buch ist Berlin. Die Stadt, in der die Familie heimisch war. Die Stadt, die heute einen unwiderstehlichen Reiz auf die Nachkommen der Verfolgten aufweist.

Leo schreibt in einem nüchternen, gleichwohl sehr berührenden Stil. Wer das Buch einmal in die Hand nimmt, wird es nicht weglegen wollen. Sehr lesenswert!
Gabriele Schulz

Maxim Leo. Wo wir zu Hause sind. Die Geschichte meiner verschwundenen Familie. Köln 2019

Auch ein Teil des »Wir«

Deutschland war schon immer Einwanderungsland

Woher kommt du? »Berlin.« »Und woher kommst du wirklich?« – Ein hier fiktiver Dialog, der für zahlreiche Deutsche mit Migrationshintergrund häufig Realität ist. In ihrem ersten Buch, einer selbstbetitelten Streitschrift, fordert Ferda Ataman die »Ausschließlichdeutschen« gleich zu Beginn auf, endlich mit diesen Fragen aufzuhören – auch wenn oft keine »böse Absicht« dahintersteht. Small Talk lässt sich auch über das Wetter führen.

Sie kritisiert, dass die Debatte in Deutschland schon viel weiter war. Doch nach der Ankunft einer Million Geflüchteter in der Bundesrepublik 2015 stellte sich eine Diskussion ein, die wie aus der Vergangenheit gegriffen erschien: Heute wird sogar wieder infrage gestellt, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Dabei war es das doch schon lange vor 2015. Oft wird in der Debatte vergessen, dass Migrantinnen und Migranten schon längst da sind: Seit Jahrzehnten sind sie ein Teil des »Wir« – und Deutschland ist auch ihr Land. Anhand dieses Ausgangspunktes widmet Ataman fünf Kapitel den gröbsten Missverständnissen in der Migrationsdebatte und fünf Kapitel ihren Vorschlägen für ein modernes Einwanderungsland.

Am Ende der Streitschrift steht für Ataman die Forderung nach einem neuen Selbstbild Deutschlands: »Eine Heimat-Idee, die alle mitnimmt – die Schonimmerhiergewesenen, die Zugewanderten und ihre Kinder, die Ostdeutschen und die Westdeutschen. Eine postmigrantische, postvereinigte Erzählung, an der man gern teilhat.«

Ataman zeichnet ihre Kritik und Vision gleichermaßen eingängig und verständlich, sodass sich das Buch in kürzester Zeit liest. Gut so, denn dann bleibt mehr Zeit, diese Streitschrift zu teilen und sie zu diskutieren. Denn dazu ist eine Streitschrift da: Pflicht ist die reflektierte Debatte. Und diese kommt in letzter Minute, denn ein modernes vielfältiges Deutschlandbild ist mehr als überfällig.
Theresa Brüheim

Ferda Ataman. Ich bin von hier. Hört auf zu fragen! Frankfurt am Main 2019

Kompaktes Wissen

Überblick über die deutsche Kolonialgeschichte

Die Kolonialgeschichte Deutschlands ist ein noch unterbelichtetes Thema und erhält erst im Zusammenhang mit der Debatte um Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten die verdiente Aufmerksamkeit.

Der von Horst Gründer und Hermann Hiery herausgegebene Sammelband »Die Deutschen und ihre Kolonien« bietet einen sehr guten Ein- und Überblick in die deutsche Kolonialgeschichte. Das umfängliche Literaturverzeichnis hilft bei der Suche nach vertiefender Literatur.

Im ersten Kapitel des Sammelbands wird sich mit dem langen Weg Deutschlands zum Kolonialreich befasst und gleichzeitig mit dem Vorurteil aufgeräumt, Deutschland sei in den Sklavenhandel nicht eingebunden gewesen.

Das zweite Kapitel widmet sich dem Deutschen Kolonialreich. Hier ist hervorzuheben, dass sich jeder einzelnen Kolonie und den Bedingungen der Kolonisierung gewidmet wird.

Im dritten Kapitel schließlich geht es um den Kolonialismus im Alltag. Themen sind unter anderem die Kolonialverwaltung, Recht und Gerichtsbarkeit, die Missionsstationen oder auch Völkerschauen und Kolonialverwaltung. Im abschließenden Kapitel, dem Ausblick, geht es um das schwierige Erinnern an die koloniale Vergangenheit.

Die verschiedenen Beiträge vermitteln kompaktes Wissen. Die Komplexität des Kolonialismus wird ebenso deutlich wie die Unmöglichkeit einfacher Antworten. Besonders hervorzuheben ist, dass insbesondere auf die Unterschiedlichkeit der deutschen Kolonien eingegangen wird. Empfehlenswert!
Gabriele Schulz

Horst Gründer, Hermann Hiery. Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick. 2. Durchgesehene Auflage. Berlin 2018

Komplex und vielschichtig

Zum politischen Programm kultureller Bildung

Kulturelle Bildung ist nicht nur vielfacher Gegenstand von Förderungen und Anstrengungen unterschiedlicher Kulturinstitutionen, mehr Menschen mit ihrem Angebot zu erreichen, sie ist auch Gegenstand der Forschung.

Zumeist geht es dabei um Wirkungsforschung unterschiedlicher Maßnahmen kultureller Bildung, um gelingende Ausgangs- und Rahmenbedingungen oder um konkrete Vermittlungsfragen.

Claudia Steigerwald widmet sich in ihrer Dissertation einem anderen Blickwinkel. Sie stellt die Frage nach dem politischen Programm kultureller Bildung seit den 1970er Jahren und dem Aufkommen der Neuen Kulturpolitik.

Die Förderpolitik beispielsweise der Kulturstiftung des Bundes, der Stiftung Mercator oder auch der BKM sowie deren Förderbegründungen werden in die Diskursanalyse ebenso einbezogen wie verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure.

Für ihre Dissertation hat Claudia Steigerwald unter anderem leitfadengestützte Interviews durchgeführt und Stellungnahmen sowie Positionspapiere sorgfältig analysiert.

Herausgekommen ist eine profunde Analyse des Politikfeldes kulturelle Bildung als Teilbereich der Kulturpolitik.
Gabriele Schulz

Claudia Steigerwald. Kulturelle Bildung als politisches Programm. Zur Entstehung eines Trends in der Kulturförderung. Bielefeld 2019

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTOS: EDGAR ZIPPEL

Der Student Wojciech aus Warschau in Polen, geboren 1992, möchte Rechtsanwalt werden. Hannah ist 1989 geboren und studiert in Swansea, Großbritannien

THEMA

Europa wählen!

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai sind Richtungsweiser

OLAF ZIMMERMANN

Nahezu als Schicksalswahl erscheint die im Mai stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament. Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland beschwört auf seiner Informationsseite zu den Wahlen: »Diesmal genügt es nicht, nur auf eine bessere Zukunft zu hoffen. Diesmal müssen wir alle Verantwortung übernehmen. Diesmal bitten wir daher nicht nur, wählen zu gehen, sondern auch, andere zur Wahl zu motivieren. Denn wenn alle wählen, gewinnen auch alle.«

Damit ist der Grundton für die Europawahl vorgegeben. 40 Jahre nachdem im Jahr 1979 das erste Mal das Europäische Parlament direkt gewählt wurde, geht es im Mai dieses Jahres darum, in welche politische Richtung sich das Europäische Parlament und damit mittelbar die Europäische Kommission entwickeln wird.

Rund 400 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger wählen vom 23. bis 26. Mai das neue Europäische Parlament. Bürgerinnen und Bürger von Utsjoki, im äußersten Norden Finnlands, bis Dingli auf Malta im äußersten Süden, von Narwa, im äußersten Osten Estlands, direkt an der russischen Grenze bis Ponta Delgada im äußersten Westen auf einer portugiesischen Azoren-Insel im Atlantik. Hinzu kommen die im Atlantischen, im Indischen und im Pazifischen Ozean gelegenen französischen Überseegebiete.

Dem neuen Europäischen Parlament werden bis zum Brexit des Vereinigten Königreichs 751 Abgeordnete angehören – zum Vergleich, dem 19. Deutschen Bundestag gehören 709 Abgeordnete an. Nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU werden dem Europäischen Parlament noch 705 Abgeordnete angehören. Die Zahl der deutschen Abgeordneten wird sich mit 96 Parlamentarierinnen und Parlamentariern auch nach einem Brexit nicht ändern. Als größter EU-Mitgliedstaat stellt Deutschland die meisten Abgeordneten.

Im Juni werden die neu gewählten Abgeordneten erstmals zusammenkommen und über die Bildung der Fraktionen verhandeln. Die Amtszeit des derzeitigen 8. Europäischen Parlaments endet am 1. Juli, am 2. Juli tritt das neu gewählte 9. Europäische Parlament zu seiner konstituierenden Plenartagung zusammen. In der zweiten Sitzungswoche könnte der neue Kommissionspräsident gewählt werden. Im September bzw. Oktober müssen sich die designierten EU-Kommissarinnen und -Kommissare den Befragungen durch die Mitglieder des Europäischen Parlaments stellen.

Auch wenn die Europawahl zum Teil noch als eine Wahl 2. Klasse wahrgenommen wird und die Wahlbeteiligung erschreckend gering ist, ist das Europäische Parlament für die europäische Politik und damit das Leben von rund 500 Millionen in der Europäischen Union lebenden Menschen von großer Bedeutung.

Das Europäische Parlament wählt auf Vorschlag des Europäischen Rates die künftige Kommissionspräsidentin bzw. den künftigen Kommissionspräsidenten. Sieben Kandidaten treten als Spitzenkandidaten an:

- Manfred Weber aus Deutschland für die Europäische Volkspartei, der aus Deutschland die CDU und CSU angehören
- Frans Timmermans aus den Niederlanden für die Sozialdemokratische Partei Europas, der aus Deutschland die SPD angehört
- Jan Zahradil aus Tschechien für die Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten
- Margrethe Vestager aus Dänemark für die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der aus Deutschland die FDP angehört
- Ska Keller aus Deutschland für die Europäische Grüne Partei, der aus Deutschland Bündnis 90/Die Grünen angehören
- Nico Cué aus Belgien für Europäische Linke, der aus Deutschland Die Linke angehört

Das Europäische Parlament entscheidet über den EU-Haushalt und ist an der europäischen Gesetzgebung mitbeteiligt. Obwohl Kulturpolitik im engeren Sinne unter das europäische Subsidiaritätsprinzip fällt und insbesondere für die Kulturförderung in erster Linie die EU-Mitgliedstaaten verantwortlich sind, ist das Europäische Parlament für die Kulturpolitik in Europa und in den Mitgliedstaaten sehr bedeutsam. Deutlich wurde dies in der ablaufenden Wahlperiode z. B. in den Debatten zu TTIP, dem geplanten Handels- und Dienstleistungsabkommen der EU mit den USA. Hier hatten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments offene Ohren als es um Ausnahmen für den Kultur- und Mediensektor ging. Ein weiteres Beispiel ist die im letzten Monat abgeschlossene EU-Urheberrechtsreform, die durch heftige Debatten im Europäischen Parlament geprägt war. Für die EU-Politik mit all ihren direkten und indirekten Auswirkungen auf die nationale Kulturpolitik wird es daher nicht egal sein, welche Abgeordneten künftig im Europäischen Parlament tätig sein werden.

Die Wahl des Europäischen Parlaments ist eine Nagelprobe, welche Kräfte künftig in Europa die Politik bestimmen werden

Das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution gibt auch Aufschluss über den Zustand der Demokratie in Europa. Werden jene Parteien die Mehrheit erhalten, die sich für ein starkes, gemeinsames Europa einsetzen, das eine Wertegemeinschaft bildet, in der Kunst- und Meinungsfreiheit, die Achtung der Menschenrechte und -würde für alle in Europa lebenden Menschen unverhandelbar sind? Oder werden jene Parteien die Mehrheit erhalten, die partikulare und nationale Interessen vor die europäischen stellen, die sich abschotten und die der Kunst- und Meinungsfreiheit nur einen geringen Stellenwert beimessen?

Europa war und ist ein Magnet. Und zwar nicht nur, weil Europa wirtschaftlich prosperiert, sondern auch weil Europa für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht. Die Europäischen Verträge binden die EU-Mitgliedstaaten. Ihre Anerkennung und Einhaltung ist die Grundlage für den Beitritt zur Europäischen Union. Für viele der im Jahr 2002 neu hinzugekommenen EU-Mitgliedstaaten wie Polen, Ungarn, die baltischen Staaten und andere, war die Demokratie das wesentliche Moment der EU-Mitgliedschaft. Der vom ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán gebrauchte Begriff der illiberalen Demokratie ist ein Warnzeichen, dass offenbar nicht mehr von allen Regierungen der Mitgliedstaaten das Prinzip der liberalen und pluralen Demokratie geteilt wird.

Die Wahl des Europäischen Parlaments ist eine Nagelprobe, welche Kräfte künftig in Europa die Politik bestimmen werden. Wird es ein Europa der Solidarität oder des Egoismus sein? Wird es ein Europa sein, dass die kulturelle Vielfalt als Reichtum ansieht oder ein Europa, das auf Nationalismen setzt? Wird es ein Europa sein, das sich als guter Nachbar versteht und dem es nicht gleichgültig ist, wie es den Menschen in angrenzenden Ländern und Kontinenten geht oder wird es ein Europa sein, das sich abschottet? Wird es ein Europa sein, das auf gemeinsame Verhandlungsmacht gegenüber anderen Volkswirtschaften setzt oder eines das nationale Rosinenpickerei in den Vordergrund rückt?

Sie haben die Wahl! Wählen Sie am 26. Mai Europa!

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: EDGAR ZIPPEL

John Michael kommt aus Milano, Italien. Der 1990 geborene Student will unabhängig sein

ZUM SCHWERPUNKT

Die Wahl zum Europäischen Parlament naht. Wir entscheiden mit unseren Stimmen, in welchem Europa wir leben wollen. Politik & Kultur prüft die Agenda der deutschen Spitzenkandidaten und Parteien. Machen Sie sich ein Bild!
Richard Kühnel gibt auf S. 16 Antworten auf die Frage: »Quo vadis, Europa?«. Auf S. 17 träumen Ulrike Guérot, Hans Dieter Heimendahl, Johann König, Roger de Weck und Maryam Zaree gemeinsam über Europas Zukunft. Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Luca Jahier, erklärt auf S. 18, was »rEUnaissance« ist. Auf S. 19 bis 21 finden sich die Wahlprüfsteine samt Antworten der Parteien CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Auf S. 22 und 23 schildern die Spitzenkandidaten Manfred Weber, Katharina Barley, Jörg Meuthen, Nicola Beer, Martin Schirdewan und Sven Giegold ihre kulturpolitischen Ziele für Europa. Im Anschluss zeigt Anne Rolvering auf S. 24, wie Europa jungen Menschen vermittelt wird. Auf S. 25 gibt die Europaaktivistin Katja Sinko Einblick in ihr Engagement. Die Bilder zeigen junge Menschen aus Europa. Einige wählen die Zukunft der EU, andere sind Zuschauer an den Außengrenzen. Auch für sie ist die Wahl wichtig, denn sie ist richtungsweisend. Wählen Sie Europa – auch für alle jene, die nicht die Wahl haben!

DIE BILDER IM SCHWERPUNKT

Die Bilder im Schwerpunkt stammen aus der Serie »The Young Europeans« des Berliner Fotografen Edgar Zippel. Zippel porträtiert junge Europäerinnen und Europäer. Er begann mit Portugal, Moldau, Italien, Großbritannien, Rumänien, Island und Deutschland. Diese Werke wurden 2013 im Museum Europäischer Kulturen in Berlin ausgestellt. Später erweiterte er seine Reihe um Bilder aus Bosnien und Herzegowina, Albanien und eine große Serie aus Berlin. Weitere Länder sind in Planung. Bis zum 30. Juni 2019 ist seine Ausstellung »I'm not afraid of anything!« im Goethe-Institut in Berlin-Mitte zu sehen.
Mehr Informationen unter www.edgarzippel.de

Quo vadis, Europa?

Zwischen Vielfalt und Kompromissen

RICHARD KÜHNEL

Quo vadis, Europa? Diese Frage hat nicht nur zahlreiche Veranstaltungstitel geschmückt, sondern seit jeher Europäerinnen und Europäer umgetrieben. Gerade kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament sollten wir uns diese Frage aber nicht nur rhetorisch stellen – denn sie kann jeden Einzelnen aus ganz individuellen Gründen am 26. Mai zur Wahlurne führen. Wie selten zuvor stellen die Wahlen in diesem Jahr eine Richtungswahl dar. Welchen Weg wird Europa einschlagen? Wollen wir ein Zaungast globaler Entwicklungen sein oder ein Architekt der Welt von morgen?

Das Europäische Parlament ist das Herzstück der europäischen Demokratie. Die anstehenden Wahlen stellen die legitimierende Grundlage dafür dar und bestimmen, wer die ca. 500 Millionen Europäer in den kommenden fünf Jahren auf europäischer Ebene vertritt. Jeder Einzelne hat die Möglichkeit, seinen Vertreter ins Europäische Parlament zu wählen und seine Vorstellungen von der Zukunft der EU zum Ausdruck zu bringen.

Der Wettbewerb innerhalb des proeuropäischen Spektrums zeigt, dass es verschiedene denkbare Modelle für die Zukunft der EU gibt. Aufzuzeigen, wo es noch Handlungsbedarf gibt, und konstruktive Kritik zu äußern gehört zur europäischen Demokratie dazu. Die Parteien legen ihre Schwerpunkte vor und erklären, wofür sie sich auf europäischer Ebene einsetzen wollen. Der Spielraum für den Wettstreit zwischen ihnen ist Ausdruck für unser europäisches Demokratieverständnis. Das System insgesamt abzulehnen hingegen ist meines Erachtens nicht mehr Teil dieses Spielraums.

Die Voraussetzung für funktionierende Demokratie ist offene, transparente und ehrliche Kommunikation über politische Absichten. Dabei geht es nicht um einseitige »Aufklärung«, sondern einen offenen Dialog. Über Europa zu kommunizieren ist natürlich nicht allein Aufgabe der europäischen Institutionen in Brüssel, sondern eine gemeinsame und geteilte Verantwortung aller politischen Akteure im europäischen demokratischen Raum. Dazu gehören sowohl nationale, regionale als auch kommunale Akteure. Dialogpartner sollte möglichst jeder einzelne Bürger sein. Durch Bürgerdialoge und -initiativen, Online-Befragungen und Gesprächsangebote auf sozialen Medien gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich am europäischen Diskurs zu beteiligen.

Mich stimmt aber insbesondere hoffnungsvoll, dass in den letzten Monaten in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern eine neue Begeisterung für Europa spürbar geworden ist. Initiativen aus der Bevölkerung heraus, aus der Zivilgesellschaft, von den Gewerkschaften oder von Wirtschaftsverbänden haben in einem bis dato nicht dagewesenen Maße ihr Bekenntnis zur EU verbreitet und zur Europawahl aufgerufen. Diese Akteure schaffen es oft besser als wir Institutionen, Leidenschaft, Freude und Emotionen mit Europa zu verbinden und dies zu vermitteln.

In diesem Jahr feiern wir das 40. Jubiläum der ersten Europawahl 1979. Von der vor zwei Jahren verstorbenen großen Europäerin und ersten Präsidentin des Europaparlaments, Simone Veil, stammt das Zitat: »Wenn sich Europa hohe Ziele steckt, wird Europa sich Verhör verschaffen und seine starken Werte verteidigen können: Frieden, die Menschenrechte, größere Solidarität zwischen den Reichen und Armen.«

Das gilt heute mehr denn je. Keiner in Europa kann heute die globalen Herausforderungen allein stemmen: Digitalisierung, Klimawandel, globale Sicherheit etc. Es gibt daher nur noch zwei Arten von Ländern in der EU: die Kleinen, und die, die schon wissen, dass sie klein sind.

Beispiele wie die Verhandlungen über Wirtschaftsfragen mit den USA und China zeigen, dass wir dort stark sind, wo wir gemeinsam und als vereintes Europa auftreten. Kommissionspräsident Juncker nennt dieses Prinzip »weltpolitikfähig sein«. Die EU hat wiederholt bewiesen, dass sie fähig ist, Veränderungen auf der globalen Ebene anzustoßen und durchzusetzen. Das Subsidiaritätsprinzip bleibt dabei ein zentraler Vektor unseres Handelns. Wir müssen daher Europa in jenen Bereichen die Instrumente geben, in denen wir heute Europas Handlungsschwäche beklagen, und wir müssen umgekehrt auf Regelungen verzichten, wo diese nicht notwendig sind und andere besser zum Handeln geeignet sind. Gemeinsam als EU haben wir die Chance und Verantwortung, die Zukunft mitzugestalten. Ein gutes Beispiel ist die seit nun einem Jahr geltende europäische Datenschutzgrundverordnung, mit der wir eine internationale Vorreiterrolle eingenommen haben. Diese gewährleistet nicht nur, dass unsere personenbezogenen Daten europaweit mit den weltweit höchsten Standards geschützt werden, sondern die Praxis hat auch gezeigt, dass das europäische Modell anderen Ländern und regionalen Organisationen als Vorlage für deren eigene Ausgestaltung dient. Verlässliche Regeln, die Vertrauen und Datensicherheit für das digitale Zeitalter schaffen, werden im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung an Bedeutung gewinnen.

Das erste Foto des schwarzen Lochs, das durch ein EU-gefördertes Forschungsprogramm möglich geworden ist, zeigt unser ungebrochenes Potenzial dort, wo unsere Kernkompetenzen liegen. Diese sollten wir auch in Zukunft weiter fördern und unsere Errungenschaften selbstbewusst verteidigen. Auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz und Digitalisierung ist unser Handeln jetzt entscheidend. Wir haben es in der Hand, der Welt von morgen eine europäische, wertebasierte Handschrift zu verleihen.

Die Reform des Urheberrechts ist ein weiterer Schritt, uns für die Zukunft zu rüsten. Das Urheberrecht muss sich an die neuen Gegebenheiten anpassen. Mit der Neuregelung wird die Verhandlungsposition der Kreativen und Rechteinhaber gestärkt. Kreative sollen einen Anspruch haben, für ihre Arbeit entlohnt zu werden. Neu ist, dass die Plattformen, wenn sie Inhalte veröffentlichen wollen, von den betreffenden Rechteinhabern eine Genehmigung einholen müssen. So kann die Ausgewogenheit zwischen Urhebern und Künstlern und ihren Produzenten und Verlagen verbessert werden.

Europa lebt von seiner Vielfalt, die Kompromissbildung nicht immer leicht macht. Gerade deshalb ist die Fähigkeit des Kompromisses ein Wesensmerkmal der europäischen Demokratie. Die Europawahlen und die damit einhergehenden Weichenstellungen sind Ausdruck der demokratischen Legitimität der EU, welche sich aber auch durch die Erfolge und Resultate europäischen Handelns speist.

Quo vadis, Europa? Lassen Sie uns diese Frage am 26. Mai bei den Europawahlen beantworten.

Richard Kühnel ist Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

CLAUSSENS KULTURKANZEL

Ausgedient

Ein neuer Name für Europa

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich mich vor Kurzem genötigt fühlte, einmal nachzusehen, wer mit »Europa« wirklich gemeint ist. Von meiner humanistischen Grundausbildung waren nur die Stichworte »junge Frau« und »Stier« übrig geblieben. So viel zum Thema »Nachhaltigkeit in der gymnasialen Didaktik«. Um diesen peinlichen Bildungskrater schleunigst und unauffällig zuzuschaufeln, habe ich mir alles Weitere zusammengegoogelt.
Europa ist ein zusammengesetztes griechisches Wort, das entweder »die mit der weiten Sicht« oder – weniger schmeichelhaft – »die Breitgesichtige« bedeutet. Allerdings gibt es auch Ableitungen aus dem Semitischen und sogar dem Akkadischen. Nach der griechischen Mythologie war Europa eine der vielen freiwilligen oder eher unfreiwilligen Geliebten des Götterkönigs Zeus. Allzu breitgesichtig dürfte sie nicht gewesen, sonst hätte die Tochter des phönizischen Königs Agenor nicht die unbändige Begierde des Gottes geweckt. Sie soll so schön gewesen sein, dass Zeus eine besondere List anwandte, um sie – unbeobachtet von seiner aus besten Gründen notorisch eifersüchtigen Gemahlin Hera – in Besitz zu nehmen. Als die junge Prinzessin einmal mit ihren Freundinnen am Strand von Sidon spielte, verwandelte sich Zeus in einen schneeweißen Stier. Da sie offenkundig über keine weite Sicht verfügt, ließ sie sich dazu verleiten, auf seinen Rücken zu klettern. Woraufhin der Gott-Stier in die Fluten lief und mit ihr bis nach Kreta schwamm. Dort verwandelte er sich zurück und hatte sein Vergnügen. Europa gebar ihm drei Söhne von unterschiedlicher Qualität. Einen von ihnen hat Michelangelo auf seinem imposanten, vatikanischen Wandgemälde über das Jüngste Gericht zum Teufel geschickt.
So weit die mythologischen Fakten. Sie werfen Fragen auf und rücken unseren Kontinent in ein ungutes Licht. Als Namensgeberin eines wertkonservativen, sich christlich oder jüdisch-christlich verstehenden Abendlandes taugt die junge Dame offenkundig nicht, ist sie doch eine Erscheinungsweise der babylonisch-syrischen Liebesgöttin Ischtar bzw. Astarte, also eine morgenländische Polytheistin und Polygamistin. Auch erscheint ihr Verhältnis zu Zeus als bedenklich, ist sie doch Opfer eines Menschenraubes und einer sexuellen Überwältigung. Zwar soll es Deutungen geben, wonach sie die Symbolgestalt eines antiken Matriarchats ist, aber das habe ich nicht wirklich verstanden. Für mich zeigt sich in ihrer Sage eher eine ziemlich ungehemmte Männergewalt.
Was tun? Mir scheint, dass Europa als Namenspatronin ausgedient hat. Deshalb fordere ich den Deutschen Kulturrat ultimativ auf, unverzüglich einen breiten, kontinentalweiten Beteiligungsprozess mit dem Ziel einer Umbenennung zu initiieren. Ein mittlerer sechsstelliger Millionenbetrag müsste dafür in den EU-Haushalt eingestellt werden. Und all die verehrten Intellektuellen und Kulturschaffenden, die jeden zweiten Tag irgendeinen offenen Brief für oder gegen dieses oder jenes unterschreiben, sollten sofort eine entsprechende Petition aufsetzen.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD)

Neue Träume für Europa

Diskussionsbeiträge aus der Veranstaltungsreihe »Reden über Veränderung«

Kurz vor der neunten Direktwahl zum Europäischen Parlament sprachen die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, die 2014 das Denklabor European Democracy Lab gegründet hat, der Publizist Roger de Weck, früherer Chef des Schweizer Radios und Fernsehens und der Wochenzeitung Die Zeit, die Schauspielerin und Filmemacherin Maryam Zaree und der Kunstgalerist Johann König über die Zukunft unserer internationalen Gemeinschaft. Hans Dieter Heimendahl moderierte die Diskussionsrunde, die am 7. April 2019 als Kooperation der Initiative kulturelle Integration, des Deutschen Kulturrates, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Berliner Festspiele in Zusammenarbeit mit Deutschlandfunk Kultur stattfand. Hier lesen Sie Auszüge.

Hans Dieter Heimendahl: Maryam Zaree, Sie sind Schauspielerin, Autorin, Filmemacherin. Zur Berlinale haben Sie Ihr jüngstes Werk »Born in Evin« vorgestellt. Sie sind in einem Gefängnis in Teheran geboren, als Baby nach Deutschland emigriert und in Frankfurt aufgewachsen. Für Ihren Film haben Sie Gespräche mit Menschen geführt, die eine ähnliche biografische Zäsur haben. Ist Europa nach wie vor ein Sehnsuchtsort?

Maryam Zaree: Die Frage ist schwierig zu beantworten, denn ich gehöre nicht zum »Außen«, sondern bin Teil Europas. Ich musste mein Leben lang zwischen diversen Herkünften und Identitäten navigieren. Für mich ist es kein Widerspruch. Heimat ist nicht an nationalstaatliche Grenzen gebunden und Zugehörigkeit kann vielfältig sein. Ich trage etwas in mir, was zutiefst europäisch ist: Vielfältigkeit – und eine Form von Einheit in der Pluralität.

Heimendahl: Das ist ein schöner Leitbegriff. Johann König, Sie sind Galerist in Berlin. Ihnen ist es wichtig, Hemmschwellen abzubauen. Dabei haben Sie Aktionen entwickelt, die zwischen Kunst und Souvenirproduktion schweben. Eine dieser Aktionen ist ein Hoodie in Europa-Blau mit dem Kreis der europäischen Sterne der zwölf Gründerstaaten. Aber einer fehlt. Wie sind Sie darauf gekommen?

Johann König: Die Galerie, die ich betreibe, ist in Berlin-Kreuzberg. Dort gibt es sehr viel Weihnachtsdekoration. 2016 haben wir mit dem Architekturbüro morePlatz anstelle von Weihnachtsdeko eine riesige Leuchtschrift auf dem Gebäude angebracht: »Europa«. Ein starker Ausspruch für Europa. Es gab zu dieser Aktion sehr persönliche Impulsvorträge. Der gemeinsame Ansatz mit dem Magazin 032c war die Frage, wie können wir junge Menschen erreichen? Ich bin 1981 geboren. Wenn wir in den Urlaub gefahren sind, bin ich durch europäische Grenzen mit Passkontrollen gekommen. Die jüngeren Menschen haben kein Verständnis, in welcher Komfortzone wir in Europa leben – mit Studium in London, Auslandsaufenthalt in Madrid u.v.m. Man erreicht das junge Publikum am besten, indem man dieselbe Sprache spricht – und das Ganze so cool macht, dass es transportierbar ist. Die EU kann dies nicht so leicht umsetzen, weil sie sich präziser positionieren muss. Dieser Pullover ist das Souvenir der Abschlussveranstaltung der Aktion. Er wurde zum infektiösen, sich verbreitenden Element. Sogar der Enkelsohn von Wolfgang Ischinger hat ihn in der Galerie als Weihnachtsgeschenk gekauft. Ischinger trug den Pullover bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

Heimendahl: So wurde es ein Bekenntnispullover. Ulrike Guérot, Sie sind Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung und Gründerin des European Democracy Labs in Berlin. Sie haben eine Prominenz für einen bestimmten Traum der Europäischen Republik. Wie soll die aussehen?

Ulrike Guérot: Es ist gar kein Traum mehr, seitdem die Grünen Robert Habeck und Annalena Baerbock die Perspektive einer föderalen europäischen Republik in ihr Wahlprogramm übernommen haben. Die Linke hat sich zu 44 Prozent auf dem Parteitag in Bonn dafür ausgesprochen. Es gibt die französische Partei »Pour une République Europeenne«. Das Diskussionsangebot der Europäischen Republik schlägt vor, dass wir das Projekt der europäischen Integration, mit erfolgreichem Binnenmarkt und Währung, um eine Demokratie komplementieren. Bei einer Republik haben die meisten Leute einen emotionalen Anschlussbogen: Ich bin betroffen, ich bin der Souverän, ich bin dabei. Bei der Republik geht es um das Gemeinwohl. Ich wünsche mir ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger Europas gleich sind vor dem Recht. Der Binnenmarkt ist letztlich nichts anderes als Rechtsgleichheit für Güter und auch das Geld ist gleich vor dem Recht. Ich finde das eine plausible und machbare Vorstellung, bei der wir Markt und Währung in eine europäische Demokratie einbetten.

Heimendahl: Roger de Weck, Sie sind Journalist. Sie haben Bücher geschrieben, z. B. über das Verhältnis der Schweizer zu den Deutschen. Wenn Sie sich diese kulturellen Unterschiede vor Augen führen und sich eine Europäische Republik vorstellen, könnte man fabulieren, dass dies das Übertragen des Schweizer Modells auf Europa wäre. Sind Sie da dabei?

Roger de Weck: Das ist ja der Widerspruch: Die Schweiz hat ein Jahrhundert vor der europäischen Einigung im Kleinen die EU vorweggenommen. In der Schweizer Geschichte gab es in jedem Jahrhundert einen Bürgerkrieg, bis nach dem letzten die Eidgenossen klüger wurden und zwei Dinge taten: Sie verschachtelten die Interessen der 25 Kantone so weit, dass diese kein Interesse mehr hatten, Krieg gegeneinander zu führen. Und sie schufen eine komplexe, langweilige, hocheffiziente Kompromissmaschine: Bundesbern, die Hauptstadt. Ein Jahrhundert später, 1950, machen die Europäer – nach zwei Weltkriegen, die man als europäische Bürgerkriege interpretieren kann, und nach der totalen Katastrophe unseres Kontinents, dem Holocaust – etwas Ähnliches: Sie verschachteln die Interessen der westeuropäischen Nationen, auf dass sie nicht mehr gegeneinander Krieg führen können. Sie beginnen bewusst mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Man vergemeinschaftet das, was man braucht, um Krieg zu führen. Und sie schaffen eine komplexe, langsame, aber hocheffiziente Kompromissmaschine: Brüssel. Plötzlich herrscht Frieden auf diesem Teil des Kontinents. Dann fällt die Berliner Mauer, und überall dort, wo die EU den Transformationsländern eine Beitrittsperspektive eröffnen kann, bleibt es friedlich. Überall dort, wo die EU vernünftigerweise keine Beitrittsperspektive eröffnen darf, wie im Balkan, der Ukraine, kommt es wieder zu Blutbädern. Ohne EU würde Victor Orbán Krieg führen, um die ungarischen Minderheiten heim ins Reich zu holen. Was ist das Friedenstiftende an der EU? Durch starke, komplexe Institutionen bringt sie die Kulturen einander näher. Ich glaube, der Mensch, die Gesellschaft, die Länder, Europa sind komplex. Das muss sich in komplexen politischen Institutionen abbilden. Dort, wo man top-down regieren möchte – wie im dirigistischen Frankreich, im »The-Winner-Takes-It-All«-Großbritannien, im Berlusconi-Italien –, schreibt man Misserfolgsgeschichten. Dort, wo es komplex, föderalistisch, sozialpartnerschaftlich, langsamer und mühseliger ist; dort, wo man die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt – wie in den nordischen Staaten, den Niederlanden, der Bundesrepublik, der Schweiz –, ist es erfolgreich.

Heimendahl: Welche Rolle spielt die Kultur für das europäische Zusammenwachsen? Ich bin mit der Annahme aufgewachsen, je mehr wir übereinander wissen und einander verstehen, desto mehr werden wir zusammenwachsen. In fast allen Ländern Europas gibt es Parteien, die sich von diesem Entwicklungsprozess absetzen und ihn als nicht heilbringend ansehen. Spielt Kultur keine Rolle für die Einigung, Frau Guérot?

Guérot: Als ich 2013 angefangen habe mit Robert Menasse in der FAZ das Manifest für die Begründung einer Europäischen Republik zu veröffentlichen, wurde ich vom politischen Raum abgewatscht. Wir hatten damals das Regnum der Alternativlosigkeit. Heute darf man öffentlich träumen, damals war alles alternativlos gesetzt. Wir waren in den Strukturen der Totalität des Denkens. Im politischen Raum durfte ich nicht mehr als Europaexpertin auftreten, weil ich nachdachte, was Europa fehlt: die Rechtsgleichheit der Bürger. Dafür öffneten sich die Türen der Kultur. Als Bürger einer Europäischen Republik könnten wir in den Zustand der Rechtsgleichheit gehen, ohne Identität, Heimat und Kultur einzubüßen. Zu Roger de Weck: Der Unterschied zwischen der Schweiz und der EU ist, dass in der Schweiz noch alle Bürger vor dem Recht gleich sind. Das ist das Manko der EU, deswegen können wir heute keine politische Union und keine europäische Demokratie werden.

de Weck: Wäre schön, wenn alle Schweizerinnen und Schweizer vor dem Recht gleich wären. Dem ist nicht so. Es gibt von Kanton zu Kanton, von Gemeinde zu Gemeinde gewaltige Unterschiede, etwa im Steuersatz. In der Schweiz definieren die Menschen sich vor allem über ihre Gemeinde und ihren Kanton. Man ist Bürger der eigenen Gemeinde, erst danach Schweizer Bürger. So sehr ich mir eine Europäische Republik ersehne, so wenig erhoffe ich mir eine europäische Nation. Mich fasziniert an der EU, dass sie ein Projekt ist; die Schweiz ist auch ein Projekt und keine Nation. Wir kennen das älteste Ordnungsmuster für Raum und Gesellschaft: den Stamm. Es folgten die Theokratien, die mündeten in Monarchien, in Imperien. Es folgte die Nation, das jüngste Gebilde. Es ist so lebendig, weil es diffus ist, da bin ich mit Ulrike Guérot einig. Aber die EU ist weder Nation noch Reich, zum Glück. Sie ist etwas, was es zuvor nicht gab – eine Art Vernetzung. Das ist viel stärker in die Zukunft weisend als die Meganationen USA oder China, die bipolar die Welt beherrschen. Wir Europäer machen uns die ganze Zeit schlecht, dabei haben wir das Zukunftsmodell entwickelt. Wenn aus der EU eine Nation würde, wäre das für mich das Schlimmste. Ich liebe es, wenn wir Bürgerinnen und Bürger gemeinsame Projekte haben. Wenn man eine Republik als Projekt definiert, wunderbar. Wenn man eine Republik als Nation definiert, schlimm.

König: Ich stimme Ihnen zu, Herr de Weck. Mit all ihren Fehlern ist die EU die einzige Friedensunion, die wir haben. Sie bietet einen außerordentlichen Freiraum. Mit der Galerie arbeiten wir viel in China. Da eine Ausstellungstournee auf die Beine zu bekommen zwischen Shanghai und Beijing, ist kaum machbar, da es die Zustimmung des Staates braucht. Die Freiheit ist nicht gegeben. Das sind Garanten, die uns die EU bietet. Eine Europäische Nation ist schwierig, das merken wir auch anhand der Differenzen mit den Bundesländern in Deutschland.

Zaree: Aktuell gibt es ein Gefühl der Destabilisierung und Orientierungslosigkeit. Neue Rechte versprechen Homogenität, Heimat und Abgrenzung von den sogenannten anderen. Das Stigmatisieren treibt sie voran. Damit haben sie extremen Zulauf. Das kann man nicht ignorieren. Es läuft dem zuwider, wofür die europäische Idee mal stand: Gleichheit unabhängig von Religion, Herkunft, Geschlecht und Hautfarbe. Das ist eine extreme Errungenschaft, die diese Rechten angreifen und destabilisieren. Wir müssen extrem wach sein und unsere Werte hochhalten. Dennoch müssen wir begründete Kritik an Europa zulassen. Die EU hält Menschenrechte hoch, aber für wen gelten die Menschenrechte? Für wen gelten sie, wenn wir Gesetze verabschieden, die das Massensterben im Mittelmeer legitimieren? Für wen gelten sie, wenn wir Grenzabkommen mit Staaten eingehen, die diese Menschenrechte nicht respektieren? Es braucht Kritik an Europa.

de Weck: Europa trägt den Namen einer Ausländerin: einer phönizischen Prinzessin, die auf dem Gebiet des heutigen Gazastreifens am Strand mit Freundinnen spielt, da kommt Zeus und entführt sie. Ein Gewaltakt. Mit anderen Worten, der Name verpflichtet uns: Europa, die Namensgeberin, erfuhr die Gewalt an den Stränden des Mittelmeeres, wo wieder Katastrophen stattfinden. Gleichzeitig bin ich optimistisch, weil die erwähnten Rechten extrem starke Gegenkräfte wecken. Wir sehen plötzlich, wie eine europäische Öffentlichkeit entsteht. Es wird weniger diskutiert über das, was in den Brüsseler Institutionen passiert, vielmehr haben wir einen Kulturkampf in der europäischen Öffentlichkeit. Auf der einen Seite diejenigen, die in Richtung Europäische Republik wollen: Der französische Präsident Macron skizziert seine Vision in 28 europäischen Medien. Auf der anderen Seite steht der ungarische Ministerpräsident Orbán, der ein christlich-abendländisches Europa fordert. Jetzt wird debattiert. Die Neonationalisten rund um Orbán wollen nicht mehr heraus aus der EU, die wollen eine illiberale EU. Das weckt in der Europäischen Union massive Gegenkräfte. Das Ganze gewinnt zusätzlich an Schub, weil das, was Großbritannien bietet, abschreckt. Ich meine, es gibt nichts Reaktionäreres: Großbritannien versucht, die Vergangenheit wiederherzustellen, aus dem Omelett wieder ein Ei zu machen. Laut Eurobarometer ist die EU so populär wie selten. Wir sind in einer der besten, aber auch schwierigsten Phasen in der Geschichte der europäischen Einigung. Mir wäre natürlich lieber, wir hätten diese Rechten nicht, auch wenn sie dazu beitragen, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen. In meinem Land wenigstens sind die Populisten auf dem Rückzug, die Fortschrittskräfte kommen wieder, aber die müssen wieder zueinanderfinden: Die Liberalen und die Linken verband über alle Jahrhunderte der Fortschrittsglaube, der Zukunftsoptimismus. Den hatten sie eine Zeit lang verloren. Die 16-Jährigen auf der Straße zeigen, was Zukunftsorientierung ist. Die sind letztlich optimistischer als viele, die die ökologische Diskussion entsorgt hatten – wer handelt, ist optimistisch.

FOTO: EDGAR ZIPPEL

Der Albanier Kristofor wurde 1994 geboren. Er bezeichnet sich selbst als harten Arbeiter

Die Renaissance der EU

Der Zukunftskurs des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), Luca Jahier, hält nicht nur die Fahne der europäischen Zivilgesellschaft, sondern auch der Kultur hoch. Theresa Brüheim spricht anlässlich des Jugendevents »Your Europe, Your Say!«, das Jugendliche aus 33 europäischen Ländern zusammenbringt, mit ihm über seine Agenda für Europa und die Bedeutung europäischer Kulturpolitik.

Theresa Brüheim: Herr Jahier, seit 2002 sind Sie Mitglied im EWSA, seit April 2018 sind Sie dessen Präsident. Was hat sich in dieser Zeit im EWSA geändert?
Luca Jahier: Im Laufe dieser 17 Jahre hat sich vieles geändert. Als ich Mitglied im EWSA wurde, ähnelte der Ausschuss einer kleinen, handgefertigten Schatulle. Unser Gebäude in Brüssel lag in der Nähe des Grande Place, weit entfernt vom Europäischen Viertel. Es arbeiteten weniger Leute bei uns. Die große EU-Erweiterung stand noch bevor. Nach und nach haben wir uns zu einem »Haus der Zivilgesellschaft« entwickelt. Jede Woche finden dutzende Meetings, Anhörungen, Versammlungen und Debatten statt. Als ich 2002 hierherkam, richteten wir jedes Jahr ungefähr 20 Veranstaltungen für Nicht-Mitglieder aus. Mittlerweile organisieren wir über 2.000 Anhörungen und Versammlungen in Brüssel und in den Mitgliedstaaten. Die Dynamik hat sich grundlegend geändert. Auch geografisch haben wir uns verändert: Unser Gebäude befindet sich im institutionellen Dreieck zwischen Rat, Kommission und Parlament. Dies verdeutlicht die Schlüsselrolle des EWSA als Beratungsorgan für die drei Institutionen und als Unterstützer für die örtlichen Behörden.

Wie sehen Ihre Pläne für Ihre verbleibende Amtszeit aus? Welche Ziele haben Sie sich gesetzt?
Mit zweieinhalb Jahren ist die Amtszeit des EWSA-Präsidenten sehr kurz. Ich habe den Slogan der »rEUnaissance« gewählt und will eine Verbindung zwischen dem Konzept der Renaissance und der Europäischen Union herstellen. Solange ich Präsident bin, werde ich mich in vier Bereichen engagieren: Erstens bin ich überzeugt, dass die Agenda 2030 der Vereinten Nationen die Schlüsselstrategie für die nächste Legislaturperiode sein muss. In den letzten fünf Jahren haben wir einiges erreicht. Aber es bleibt noch viel zu tun. Die Agenda 2030 muss der Plan für die Zukunft sein. Die Grundlage dafür ist Artikel 3 des Vertrags, der von allen Mitgliedstaaten verabschiedet wurde. Das letzte Reflexionspapier der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung, welches von der Kommission vorgeschlagen wurde, ist ein weiterer Schritt.
Zweitens werde ich alles dafür tun, dass der Kultur in Europa mehr politische Bedeutung eingeräumt wird. 2018 war das Europäische Jahr des Kulturerbes. Deutlich wurde, dass Kultur die Hauptantriebskraft eines neuen europäischen Narrativs und Teil einer neuen europäischen Renaissance sein kann.
Drittens möchte ich der Jugend den Platz geben, der ihr zusteht. Es ist nicht unsere Aufgabe, der Jugend zu sagen, was sie tun soll oder wofür sie sich einzusetzen hat. Glücklicherweise erkennen wir in dieser Generation viele positive Ansätze, z. B. die fantastische »Fridays for Future«-Initiative von Greta Thunberg. Wir müssen den Jugendlichen erlauben, eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft zu spielen.

Kultur sollte, wie Sie sagten, einer der Hauptantriebsfedern für Europa werden. Was wollen Sie an der EU-Kulturpolitik ändern?
Das Wichtigste ist, dass sich die Menschen, bevor sie sich mit Politik beschäftigen, der Bedeutung von Kultur bewusst werden. Im Europäischen Kulturerbejahr 2018 befasste man sich erneut, aber nicht ausreichend mit dem Thema. Kultur entfaltet eine enorm positive Kraft. In jedem Land müssen wir wieder verstehen und neu artikulieren, woher wir kommen, wer wir sind und wohin wir wollen. Wir müssen uns wieder bewusst machen, dass allein die Kultur uns zwei Dinge ermöglicht: Erstens geht es bei Kultur darum, dass Dinge aufeinandertreffen, sich miteinander verbinden, und dass etwas Neues aufgebaut wird. So hat sich Kultur immer dargestellt – selbst in den schlimmsten und dunkelsten Tagen unserer Geschichte. Zweitens hilft uns Kultur, die Grundwerte, die die Basis für Zusammenhalt in unseren heutigen politischen Strukturen bilden, neu zu verstehen. Kultur kann außerdem beitragen, wieder Vertrauen zu fassen, Verbindungen zwischen Völkern zu erneuern und Menschen zu überzeugen, dass Unterschiede bereichernd sind.
Kultur ist eine gewaltige Kraft, die Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schafft. Man denke nur an den Kultursektor, die Kreativindustrie und den Bildungstourismus. Ich komme aus Italien, wo der Kulturtourismus von großer Bedeutung ist. Er ist einer der Bereiche, die selbst in den zehn Jahren der Finanzkrise zum Anstieg des europäischen BIP beitrugen, in dem mehr Unternehmen gegründet wurden und mehr Menschen Arbeit fanden. Allerdings sind viele Arbeitnehmer im Kultursektor nicht ausreichend abgesichert und haben keinen festen Arbeitsvertrag. Das ist ein Problem, das es zu lösen gilt.
Kultur ist auch ein Hauptwesensmerkmal der »Soft Power« in Europa, die wesentlich zu Frieden und Fortschritt beiträgt. Im nächsten Parlament müssen wir alles dafür tun, eine Beschneidung der Kulturausgaben im EU-Haushalt zu vermeiden und das Kulturbudget auszuweiten. Kultur muss die vierte Säule einer nachhaltigen Entwicklung werden. Neben Wirtschaftswachstum, gesellschaftlicher Inklusion und Umweltverträglichkeit muss der Kultur mehr Bedeutung eingeräumt werden; wir brauchen eine Bewegung, die das Verständnis für diese neue Dynamik einer nachhaltigen Entwicklung fördert. Davon sind wir im Moment meilenweit entfernt, aber nach meinem Dafürhalten ist dies der richtige Weg.

Apropos Kultur: Glauben Sie, dass es eine europäische Kultur gibt? Falls ja, wo und wann ist diese spürbar?
Wir dürfen nicht den Fehler begehen, uns die europäische Identität oder Kultur wie eine unbewegliche Statue oder ein Foto vorzustellen. Das ist der Fehler, den die Souveränisten und die neue Rechte machen. Die europäische Identität und Kultur sind eine Art Film, der ständig weiterentwickelt wird; ein Film, in dem Neues entsteht und sich vermischt; ein Film, in dem Konzepte aufeinanderprallen und in dem es infolge zu Versöhnung, Verständnis und erneuter Konfrontation kommt. Dies macht Europa so dynamisch. Denken wir zurück an die Zeit, als Europa zutiefst gespalten war. Zum Schluss entstand durch die Einheit Europas eine außerordentliche Kraft, die den Aufbau des europäischen Raums vorantreibt.

FOTO: EDGAR ZIPPEL

Die Kellnerin Ana, geboren 1987, aus Soroca, Moldau, träumt von einem eigenen Geschäft mit Unterstützung des Staates

Aktuell findet der jährliche Jugendkongress des EWSA »Your Europe, Your Say!« (YEYS) statt. Junge Schülerinnen und Schüler aus allen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern kommen zusammen, um über die Zukunft der EU zu diskutieren und Ideen zu planen. Was will der EWSA damit erreichen? Wie sorgen Sie dafür, dass diese Initiative mehr ist als ein rein symbolischer Akt?
Schaut man sich nur die Zahlen an, hat die Mehrheit der Schüler in Europa nicht von der Initiative profitiert, obwohl dieses Format bereits seit zehn Jahren besteht. Damals war es eine innovative Idee, auf diese Weise mit der europäischen Jugend zu kommunizieren. Der Gedanke ist noch immer fantastisch: Wir wählen nicht nur Schulen aus den Mitgliedstaaten, sondern auch aus Ländern außerhalb der EU aus, die entweder bereits Beitrittskandidaten sind oder mit denen noch verhandelt wird. EWSA-Mitglieder besuchen die ausgewählten Schulen und diskutieren mit den Schülern. Danach laden wir die Schüler zusammen mit ihren Lehrern nach Brüssel ein. Die Schüler verlassen zunächst ihre Stadt, ihre Schule und reisen ins Herz Europas, wo sie viele gleichaltrige Schüler aus anderen Ländern treffen, um Dinge zu entdecken, die weit über ihren bisherigen Erfahrungshorizont hinausgehen. Für die allermeisten Schüler ist es eine einmalige Erfahrung. Sie treffen nicht nur jemanden aus einem anderen Land, sondern viele unterschiedliche Menschen, die verschiedene Sprachen sprechen. Sie nehmen zwei Tage lang an einem Rollenspiel teil. Dabei lernen sie die Aufgaben des EWSA kennen. Sie erfahren, dass es viele Interessen gibt, und es schwierig ist, andere Kulturen zu verstehen, Dinge im Zusammenhang zu sehen und ein Dokument zu entwickeln. Eine ziemlich einzigartige Erfahrung. Wir hoffen, dass die Initiative weiter an Bedeutung gewinnt und dass sich Nachahmer finden.

Haben Sie einen Ratschlag für junge Wähler, die im Mai an den Europäischen Wahlen teilnehmen?
Erstens: Setzt das, was frühere Generationen erreicht haben, nicht als gegeben voraus. Vieles, was heutzutage normal ist, war für die Generation meines Vaters keine Selbstverständlichkeit. Meine Generation und die Generation nach mir nehmen diese Errungenschaften als gegeben hin. Denkt daran, was ihr im Geschichtsunterricht in der Schule gelernt habt. Wir leben heute in einer einzigartigen Zeit, was Europa angeht. Dennoch können durch Veränderungen Dinge verloren gehen. Wir müssen uns dafür einsetzen, das Erreichte zu erhalten und weiter auszubauen. Zweitens: Schaut euch das schlimme Beispiel des Brexits an. Obwohl die meisten jungen Wähler für den Verbleib in der EU stimmten, zogen es sehr viele junge Briten vor, nicht zur Wahl zu gehen. Sie meinten, das ginge sie nichts an. Nun müssen sie mit den Folgen ihrer Entscheidung leben. Hätten sie sich beteiligt, wäre die Abstimmung anders ausgegangen. Daran solltet ihr denken, wenn ihr meint, bestimmte Dinge gingen euch nichts an. Drittens: Nehmt euch ein Beispiel an der fantastischen Greta Thunberg, einer jungen Schülerin, die Eigeninitiative zeigt und eine Bewegung ins Leben gerufen hat, die sich rasant verbreitet. Junge Schüler sind in der Lage, sich den öffentlichen Raum zurückzuerobern und all den Hetzern und Souveränisten etwas entgegenzusetzen. Lasst euch das ein Vorbild sein: Wenn ihr wollt, könnt ihr auch.

Wie stellen Sie sich das Europa von 2030 vor?
Es ist nicht das erste Mal, dass Europa an einem kritischen Punkt ist. Wir könnten dem Beispiel des Vereinigten Königreichs folgen. Die dortige Lage zeigt, dass selbst ein altes und starkes Land sich dafür entscheiden kann, Selbstmord zu begehen. Das ist nicht das erste Mal in der Geschichte. Denken wir nur an das Römische oder Ägyptische Reich. An einem bestimmten Punkt waren sie nicht länger in der Lage, Macht auszuüben; sie trafen eine schlechte Entscheidung nach der anderen. Daher kann selbst Europa angesichts des Drucks von außen, der inneren Zerrissenheit und des Unvermögens, die Migrationskrise unter Kontrolle zu bekommen, letztendlich zugrunde gehen. Auf der anderen Seite hat sich Europa als sehr fähig erwiesen, in Schlüsselbereichen Beeindruckendes zu leisten. Ich denke an die Fähigkeit der EU, die gemeinsame Währung in der seit 1929 schlimmsten und schwerwiegendsten Geld- und Finanzkrise der Geschichte zu verteidigen. Der Euro ist noch immer eine starke Währung. Im Rahmen des Juncker-Plans gelang es Europa, eine beeindruckende neue Investitionsstrategie zu entwickeln, die zu Wachstum und mehr Arbeitsplätzen führte. Europa war in der Lage, mit der Agenda 2030 eine klare Strategie für nachhaltige Entwicklung zu präsentieren. Ein solches Vorgehen kann zu einer Win-win-Situation führen. Denken wir nur an erneuerbare Energien, Elektroautos oder an Änderungen im städtischen Nahverkehr. So könnte der neue Gesellschafts- und Wirtschaftsvertrag für das 21. Jahrhunderts aussehen. Ich bin positiv gestimmt, da einiges auf eine »rEUnaissance« hindeutet und viele den Weckruf gehört haben.

Vielen Dank.

Luca Jahier ist Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

i YOUR EUROPE, YOUR SAY! (YEYS)

Seit 2010 lädt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) jährlich zur Jugendplenartagung »Your Europe, Your Say!« Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II aus den 28 EU-Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern nach Brüssel ein. Dieses Jahr standen vor allem die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 im Fokus der Veranstaltung.

Wahlprüfsteine zur Europawahl

Was wollen die Parteien im Europäischen Parlament bewegen?

GABRIELE SCHULZ

Was wollen die Parteien in den kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament bewegen? Welche Akzente wollen sie setzen? Planen sie Reformen im Steuerrecht oder im Urheberrecht? Welche Bedeutung messen sie der Kunst- und Meinungsfreiheit zu? Welche Rolle soll der gemeinsamen Auswärtigen Kulturpolitik im Auswärtigen Dienst der Europäischen Union zukommen? Diese Fragen hat der Deutsche Kulturrat den sieben im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) gestellt. Alle Parteien haben erfreulicherweise geantwortet. CDU und CSU haben zu dieser Wahl ein gemeinsames Wahlprogramm und antworteten daher zusammen.

Wie immer lohnt es sich, vor der Wahl genau zu schauen, was die verschiedenen Parteien im neuen Parlament anstreben. Im Folgenden werden einige besonders prägnante Aspekte kursorisch dargestellt. Alle Antworten können unter bit.ly/2GFJbac nachgelesen werden. Auf den nachfolgenden Seiten 20 und 21 ist eine Synopse der Antworten zu finden.

Stärkung der Europäischen Union

Mit Ausnahme einer Partei wollen alle befragten Parteien ein starkes Europa. Die Union setzt auf ein Europa, das allen dient. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wollen insbesondere das Initiativrecht des Europäischen Parlaments stärken. Die SPD will ein starkes und nachhaltiges Europa. Die FDP unterstreicht, dass die Einheit Europas das Beste ist, was allen passieren konnte. Hieraus entstehen Freiheit, Frieden und Wohlstand. Allein die AfD vertritt eine andere Position. Sie will ein Europa der Vaterländer und sich für die Abschaffung des Europäischen Parlaments stark machen. Sollte dies nicht in einem angemessenen Zeitraum möglich sein, soll Deutschland aus der EU austreten oder sich für eine Auflösung der EU stark machen.

Kulturpolitische Initiativen

Die Union will ein besonderes Augenmerk auf die Kultur- und Kreativwirtschaft richten und deren Rahmenbedingungen verbessern, demgegenüber setzt die SPD auf die Zugänglichkeit von Kunst und Kultur für alle EU-Bürger. Hierzu soll ein Europäischer Kulturscheck für Jugendliche eingeführt werden. Weiter sollen die Programmmittel für »Kreatives Europa« mindestens verdoppelt und eine europaweite Mindestsicherung für Künstler eingeführt werden. Die Verbesserung des Zugangs zu Kunst und Kultur ist auch ein wichtiges Anliegen von Bündnis 90/Die Grünen. Für den Ausbau der Kulturförderung will sich ebenfalls Die Linke einsetzen. Sie plant ferner ein Fair-Work-Siegel für europäische Kulturunternehmen. Die FDP will ein stärkeres Engagement im internationalen Kulturaustausch und bei der europäischen Kulturförderung Bürokratie abbauen. Ferner soll ein europaweiter Kulturfonds zum Schutz des europäischen Kulturerbes nach dem Beispiel des britischen »National Trust« geschaffen werden. Die AfD hat sich zum Ziel gesetzt, die bestehende aus ihrer Sicht ideologische EU-Kulturpolitik zu demaskieren. Bei finanziellen Förderungen soll der europäische Gedanke nicht mehr erforderlich sein.

Kunst- und Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit liegt allen befragten Parteien am Herzen. Für die Union ist die Meinungsfreiheit Grundlage für einen freiheitlich demokratischen Staat. CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen sich für einen Expertenrat einsetzen, der in allen EU-Mitgliedstaaten die Einhaltung der Meinungsfreiheit prüfen soll. Bei Verstößen sollen Sanktionen verhängt werden können. Zusätzlich wollen SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit einem Fonds unabhängigen Journalismus in jenen Ländern stärken, in denen die Meinungsfreiheit unter Druck ist. Die FDP hält die Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit für essenziell für eine freiheitliche Gesellschaft. Die Gewährung finanzieller Mittel soll künftig an die Einhaltung der EU-Grundrechtecharta gebunden werden. Die Agentur der EU für Grundrechte soll Mandat zur Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedstaaten erhalten. Die Linke lobt »Die Vielen« als wichtige Initiative, die Einschränkungen der Kunstfreiheit sichtbar macht. Ansonsten sieht sie die Kunst- und Meinungsfreiheit in erster Linie durch die EU-Urheberrechtsreform bedroht. Die AfD wendet sich klar gegen Bestrebungen Hassreden im Internet zu bekämpfen, da sie dies als Einschränkung der freien Meinungsäußerung sieht. Ebenfalls skeptisch ist sie mit Blick auf Maßnahmen gegen Mitgliedstaaten, die gegen die EU-Urheberrechtsrichtlinie verstoßen. Sie dürfen nur bei zweifelsfreien, gravierenden Fällen in Erwägung gezogen werden.

Förderfonds für bedrängte Kulturakteure

Ein Förderfonds für Kulturakteure, denen aus politischen Gründen die Förderung entzogen wurde, wird mehrheitlich skeptisch beurteilt. Bündnis 90/Die Grünen und die SPD verweisen auf die begrenzten Kompetenzen der EU. CDU/CSU unterstreichen, dass Vorschriften von Zuwendungsnehmern eingehalten werden müssen. Die AfD befürchtet, dass ein solcher Fonds bestehende EU-Eliten unterstützen würde, dies liefe ihren Zielen zuwider. Einzig die FDP will im Rahmen von »Kreatives Europa« ein Förderinstrument zur Unterstützung politisch bedrängter Künstler schaffen.

Medienpluralismus

Medienpluralismus wird bei CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen ganz großgeschrieben. CDU/CSU wollen europäische Medienangebote gezielt voranbringen und planen hierfür gemeinsame Medienplattformen der öffentlich-rechtlichen Sender. Weiter wollen sie die Rahmenbedingungen für guten Journalismus ebenso stärken wie die europäische digitale Bibliothek. Die SPD will sich besonders für Netzneutralität einsetzen sowie technologieneutrale und interoperable Standards für Medienplattformen. Bündnis 90/Die Grünen wollen einen europäischen Fonds für investigativen Journalismus. Weiter setzen sie sich für eine nachhaltige Digitalökonomie ein. Die FDP spricht sich klar für Medienpluralismus in allen Mitgliedstaaten aus. Weiter soll eine europäische Medienöffentlichkeit geschaffen werden. Die Linke sieht ebenso wie die AfD in der EU-Urheberrechtsrichtlinie die größte Gefahr für Medienpluralismus. Weiter will sich Die Linke für Plattformregulierung und eine strenge Anwendung des Kartellrechts stark machen. Auch die AfD hat die Plattformregulierung im Blick. Ferner will sie die Diskriminierung politisch missliebiger Positionen durch Plattformen beenden.

Digitalsteuer

Für die Einführung einer Digitalsteuer sprechen sich Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke aus. Die CDU/CSU will allgemein Lücken in der Besteuerung von Internetunternehmen schließen. Die AfD will sich auf Maßnahmen gegen Gewinnverlagerung von US-Internetkonzernen konzentrieren. Die FDP lehnt eine Digitalsteuer klar ab. Sie will die Diskussion um eine angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft auf OECD-/G20-Ebene fortführen. Die SPD will ebenfalls internationale Diskussionen befördern, zugleich aber auch Lösungen auf EU-Ebene vorbereiten.

Urheberrechtsinitiativen

CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen gehen davon aus, dass es angesichts der in diesem Jahr verabschiedeten EU-Urheberrechtsrichtlinie kein Bedarf an europäischen Initiativen besteht. Bei der nationalen Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie sprechen sich beide gegen Upload-Filter aus. SPD, FDP, Die Linke und die AfD sind ebenfalls gegen Upload-Filter bei der nationalen Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie. Als neue Initiativen will die SPD Verbesserungen im Vertragsrecht für Künstler in das Europäische Parlament einbringen. Die FDP setzt langfristig zur Durchsetzung von Urheberrechten im digitalen Zeitalter auf neue Technologien. Die Linke hat vor allem Kultur- und Gedächtniseinrichtungen im Blick. Sie will sich für weitergehende Schrankenregeln und Ausnahmen stark machen, um das kulturelle Erbe den Bürgern zugänglich zu machen. Aus Sicht der AfD wurde die EU-Urheberrechtsreform genutzt, um die Meinungsfreiheit einzuschränken. Diese Position wird von Die Linke geteilt.

Sicherung der kulturellen Vielfalt in internationalen Handelsverträgen

CDU/CSU sichern zu, dass bei Abschluss von internationalen Handelsverträgen, wie TTIP oder CETA, Kulturstrukturen keinen Schaden nehmen werden. Die SPD befürwortet breit gefasste Ausnahmen bei internationalen Handelsabkommen für die Kulturindustrien und Kulturdienstleistungen. Weiter sollen die Mitgliedstaaten vollständige Regulierungsfreiheit haben und Subventionen aus dem Anwendungsbereich ausgeklammert werden. Die AfD will Bildung und Kultur bei internationalen Handelsverträgen weitgehend ausklammern, da sie in den nationalen Verantwortungsbereich gehören. Bündnis 90/Die Grünen erinnern an den Doppelcharakter von Kulturgütern als Wirtschafts- und Kulturgut. Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung kultureller Ausdrucksformen muss daher bei internationalen Handelsverträgen angewandt werden. Weiter sollen audiovisuelle Dienste von Handelsverträgen ausgeschlossen werden. Die Linke will darüber hinaus öffentliche Angebote aus Handelsverträgen ausnehmen. Die FDP strebt einen schonenden Ausgleich der Interessen an und unterstreicht den Doppelcharakter von Kulturgütern.

Auswärtige Kulturpolitik beim Auswärtigen Dienst der EU

Die SPD unterstützt die Bestrebungen des Rates die internationalen kulturellen Beziehungen verstärkt in die Außenpolitik der EU einzubeziehen. Weiter soll die Auswärtige Kulturpolitik der EU europäische Werte wie Menschenrechte, Toleranz und Anti-Diskriminierung in der Welt verbreiten. Bündnis 90/Die Grünen wollen sich ebenfalls für eine stärkere Auswärtige Kulturpolitik in den auswärtigen Beziehungen der EU einsetzen. Sie haben darum das Pilotprojekt »European Houses of Cultures« initiiert. Die FDP will eine Kulturabteilung für den europäischen Auswärtigen Dienst schaffen, dies soll auch der Entwicklung einer europäischen Auswärtigen Kulturpolitik gegenüber Drittstaaten dienen. Die Linke setzt auf eine stärkere Förderung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Rahmen von »Kreatives Europa«. Ferner wollen sie die Debatte um das koloniale Erbe europäisieren. CDU/CSU wollen die europäische Dimension der Auswärtigen Kulturpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 auf die Agenda setzen. Die AfD spricht sich gegen die Vermittlung einer »europäischen Einheitskultur« aus, vielmehr soll ein positives Deutschlandbild vermittelt werden. Weiter bekennt sich die AfD zur besonderen Fürsorgepflicht für deutsche Minderheiten im Ausland.

Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Beratungs- und Entscheidungsprozesse

Die SPD will sowohl nationale als auch europäische Akteure stärker in die Beratungs- und Entscheidungsprozesse zur europäischen Kulturpolitik einbinden. Hierbei wird an Zusammenkünfte ähnlich dem Stakeholder-Ausschuss des Europäischen Kulturerbejahres 2018 gedacht. Bündnis 90/Die Grünen verweisen darauf, dass zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Implementierung des Arbeitsprogramms konsultiert werden, auch werden sie bei der Auswertung der Programme beteiligt. Dies soll fortgesetzt werden. Die Linke wünscht sich ein stärkeres Lobbying des Deutschen Museumsbundes auf der europäischen Ebene, damit entsprechende Änderungen im Urheberrecht zur Ausweitung der Schrankenregelungen angegangen werden können. Darüber hinaus will Die Linke den Austausch mit Kulturakteuren, auch mit denen, deren Auffassungen sie nicht teilt, fortführen. Die FDP plant ein europäisches Vereins-, Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht sowie einen Stiftungsdialog auf europäischer Ebene. CDU/CSU unterstreichen, dass in erster Linie die Mitgliedstaaten für Kulturpolitik und Gestaltung des kulturellen Lebens verantwortlich sind. Gleichwohl wollen sie sich für einen Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verwenden. Die AfD lehnt den Begriff der Zivilgesellschaft ab und wertet ihn als Agitationsbegriff. Sie sieht einen wachsenden Einfluss nicht legitimierter zivilgesellschaftlicher Organisationen unter Umgehung nationaler Parlamente. Eine weitere Einbeziehung solcher Organisationen in Beratungs- und Entscheidungsprozesse wird kritisch bis ablehnend gesehen.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019

#1

Wollen Sie sich für eine weitere Stärkung der Europäischen Union einsetzen? Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie hierzu? Wenn nein, warum nicht? Teilen Sie den Eindruck des Deutschen Kulturrates, dass die Durchsetzung von Partikularinteressen in der Europäischen Union an Bedeutung gewinnt? Wie soll Europa hierauf reagieren? Was wollen Sie unternehmen, um der gemeinsamen Idee von Europa mehr Schlagkraft zu geben und den Zusammenhalt in der Europäischen Union zu verbessern?

#2

Welche kulturpolitischen Initiativen planen Sie im neuen Europäischen Parlament?

#3

Welche Bedeutung messen Sie der Sicherung der Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit zu? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, wenn die Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit in Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeschränkt werden?

#4

Befürworten Sie einen europäischen Förderfonds für Akteure aus Kunst, Kultur und kultureller Bildung, denen auf nationaler Ebene aus politischen Gründen die Förderung entzogen wurde oder verweigert wird?

#5

Planen Sie Maßnahmen zur Sicherung des Medienpluralismus? Planen Sie Maßnahmen, um gegen die Gatekeeper-Position von Plattformen vorzugehen?

#6

Wie stehen Sie zur Einführung einer Digitalsteuer?

#7

Planen Sie urheberrechtliche Initiativen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

#8

Planen Sie Maßnahmen zur Sicherung der kulturellen Vielfalt bei Handelsverträgen mit Drittstaaten? Wie wollen Sie sicherstellen, dass nationale kulturwirtschaftliche sowie gemeinnützige Kulturstrukturen durch Handelsverträge mit Drittstaaten keinen Schaden nehmen?

#9

Welche Bedeutung messen Sie der Auswärtigen Kulturpolitik beim gemeinsamen Auswärtigen Dienst der Europäischen Union zu?
Sehen Sie hier einen Ausbaubedarf? Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie?

#10

Welche Maßnahmen zur Einbeziehung nationaler und europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Beratungs- und Entscheidungsprozesse der europäischen Kulturpolitik werden Sie ergreifen?

THEMA

Antworten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf die 10 Fragen des Deutschen Kulturrates zur Europawahl 2019

CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
#1 STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN UNION					
Europa soll allen dienen; Binnenmarkt soll gestärkt werden; Mitgliedstaaten sind für soziale Sicherung verantwortlich; Chancen der Digitalisierung insbesondere Künstlicher Intelligenz sollen genutzt werden; Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen kostenlos; Stärkung der Ausbildung im Ausland mit Erasmus+; Schutz aller Sprachen in Europa; Stärkung von Deutsch in EU.	Einsatz für sicheres, soziales und nachhaltiges Europa.	EU soll Europa der Vaterländer sein, dazu gehört ein möglichst unbehinderter Binnenmarkt; Kompetenzen der EU sollen nicht zulasten der Mitgliedstaaten ausgeweitet werden; grundlegende Reformen werden angestrebt, dazu gehören: Abschaffung des EU-Parlaments, Rechtssetzung nur durch Nationalstaaten, Einschränkung des Europäischen Gerichtshofs; sollte dies nicht gelingen: Austritt Deutschlands aus der EU oder Auflösung der EU und Gründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft.	Einheit Europas ist das Beste, was passieren konnte; sie ermöglicht Freiheit, Frieden und Wohlstand; EU soll handlungsfähiger werden durch mehr Bürgerbeteiligung, institutionelle Reformen und Bürokratieabbau; volles Initiativrecht des EU-Parlaments; mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat; Verkleinerung der EU-Kommission; bis 2022 Einberufung eines Europäischen Konvents, der eine gemeinsame Verfassung vorbereiten soll.	Stärkung der EU mit Blick auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität; dem Demokratiedefizit soll entgegengetreten werden; Partikularinteressen, insbesondere von Unternehmen, soll entgegengetreten werden; Initiativrecht des Europäischen Parlaments soll gestärkt werden, Ratsentscheidungen sollen durch Europäisches Parlament kontrolliert werden; Ausschuss der Regionen soll gestärkt werden.	EU soll mehr Stärke und Entscheidungskraft erhalten; Europäisches Parlament soll vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten; Europäisches Parlament soll gleichberechtigt in allen Fragen mitentscheiden; Rat soll zunehmend mit Mehrheit entscheiden; Lobbyismus muss transparenter werden; europäische Solidarität und europäischer Zusammenhalt sollen gestärkt werden; Deutschland soll hier mit gutem Beispiel vorangehen.
#2 KULTURPOLITISCHE INITIATIVEN					
Achtung der kulturellen Vielfalt der Regionen und Nationen; Förderung des kulturell Verbindenden; Förderung des Wachstums der Kultur- und Kreativwirtschaft; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft; engere Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und Privatsektor zur Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der Kultur- und Kreativwirtschaft; besonderer Akzent in EU-Kulturförderung auf Kultur- und Kreativwirtschaft.	Breiter Zugang für Kultur für alle; Einführung eines Europäischen Kulturschecks für sozial benachteiligte Jugendliche; mindestens Verdopplung des Haushaltsvolumens von »Kreatives Europa«; Steigerung des Kulturanteils im EU-Haushalt; Einsatz für Mindeststandards für Unterstützungssystem für Künstler nach dem Vorbild der Künstlersozialversicherung; Erhalt und Schutz der Buchpreisbindung, des kulturellen Erbes, der kulturellen Identität und aktive Geschichtspolitik.	Derzeitige ideologische Kulturpolitik der EU soll demaskiert werden; Unterstützung von Maßnahmen die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten verdeutlich und kein Bekenntnis zum europäischen Gedanken verlangen; deutsche Hochsprache und Regionalsprachen sollen immaterielles Kulturerbe werden.	Stärkeres Engagement im Kulturaustausch; Abbau von Bürokratie bei der EU-Kulturförderung; Einführung eines europaweiten Kulturfonds nach dem Vorbild des britischen National Trust; Europäischer Kulturfonds soll gesamteuropäische Dachorganisation zur Stärkung der europäischen Identität und Wertschätzung des Erbes werden; Aufbau einer europäischen Medienöffentlichkeit.	Ausbau und Fortsetzung von »Kreatives Europa«; Einführung eines Fair-Work-Siegels, mit dem Unternehmen der Kulturwirtschaft nachweisen, dass sie Kreative gut bezahlen; Unterbindung der Doppelbesteuerung von Künstlern; Förderung der europaweiten Wirkung von Gedächtnisinstitutionen; Aufbau europäisch gut zugänglicher Mediatheken, die vor allem vom Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gespeist werden; Einführung von Programmen zur digitalen Bildung; Ausweitung der Schrankenregeln in EU-Urheberrecht.	Zugang zu Kunst und Kultur für alle; Vorschläge des Europäischen Parlaments für Programm »Kreatives Europa« sollen vom Rat übernommen werden; parlamentarische Kontrolle der jährlichen Arbeitsprogramme von »Kreatives Europa«.
#3 SICHERUNG DER KUNST-, MEINUNGS- UND INFORMATIONSFREIHEIT					
Meinungsfreiheit ist eine zentrale Grundlage; jeder Mitgliedstaat soll künftig von unabhängigem Expertenrat auf Einhaltung der Meinungsfreiheit überprüft werden; schwerwiegende nachgewiesene Verstöße werden vor den Europäischen Gerichtshof gebracht; bei Verurteilung drohen Sanktionen, hierfür soll das Einstimmigkeitsprinzip beendet werden; Strafmaßnahmen sollen per Mehrheitsentscheidung vom Europäischen Parlament oder Rat beschlossen werden.	Schutz der Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit; Verteidigung dieser Grundwerte der EU; Mitgliedstaaten, die gegen diese Grundwerte verstoßen, müssen mit Kürzungen der Zuwendungen aus dem EU-Haushalt rechnen; in allen Mitgliedstaaten regelmäßige Prüfung der Lage der Rechtsstaatlichkeit; Unterstützung von Organisationen, die sich dem demokratischen Dialog verschrieben haben..	Keine Begrenzung der Kunst- und Meinungsfreiheit – auch nicht im Internet; Ablehnung von Bestrebungen sogenannter Hassreden im Internet einzuschränken; möglichst keine Maßnahmen gegen Mitgliedstaaten wegen Einschränkung der Meinungsfreiheit.	Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit sind von essentieller Bedeutung; gegenüber Mitgliedstaaten, in denen die Werte der EU-Grundrechtscharta verletzt werden, müssen Sanktionsmechanismen vorhanden sein; Gewährung finanzieller Mittel an Mitgliedstaat muss von Einhaltung der Grundrechtecharta abhängig gemacht werden; Agentur der EU für Grundrechtecharta soll aufgewertet werden und Mandat zur Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedstaaten erhalten; Einführung des »systemischen Vertragsverletzungsverfahrens«, in dem Vertragsverletzungsverfahren gebündelt werden können	Einsatz für Kunst- und Meinungsfreiheit in Europa, darum auch Ablehnung der Urheberrechtsreform, da sie die Kunst- und Meinungsfreiheit bedroht.	Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit sind zentrale Pfeiler der Demokratie; Einführung eines Grundrechts-TÜV, bei dem Verfassungsrechtler in den EU-Mitgliedstaaten regelmäßig die Einhaltung demokratischer Grundsätze prüfen, werden Verstöße festgestellt, sollen Vorschläge für Verbesserungen bzw. Sanktionen vorgeschlagen werden; Fördermittel sollen an Einhaltung demokratischer Grundwerte gebunden werden.
#4 EUROPÄISCHER FÖRDERFONDS FÜR AKTEURE AUS KUNST, KULTUR UND KULTURELLER BILDUNG					
Förderung setzt die Einhaltung der Regeln voraus.	Schwierig Mitgliedstaaten politische Gründe bei der Nicht-Gewährung von Förderungen nachzuweisen, daher Förderung eines »Fonds für europäische Grundwerte« und bessere Ausstattung von »Kreatives Europa«.	Förderinstrument wird skeptisch gesehen, da sie zu Instrumenten der Politik werden könnten, die als verfehlt angesehen wird.	EU soll politisch bedrängten Künstlern helfen; »Kreatives Europa« könnte hierfür spezielle Mittel bereithalten.	Bestehende Förderinstrumente für Journalisten sollen für Künstler ausgeweitet werden; wenn in Mitgliedstaaten die Kunstfreiheit bedroht wird, sollen Sanktionen wie Stimmentzug im Rat geprüft werden.	Kompetenzen der EU für direkte Förderungen sind begrenzt; Ausbau von Kooperationen mit Stiftungen.

CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
#5 MASSNAHMEN ZUR SICHERUNG DES MEDIENPLURALISMUS					
Europäische Medienangebote sollen vorangebracht werden; Medienplattformen der europäischen öffentlich-rechtlichen Sender sollen vernetzt werden; bei nationaler Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie soll es nicht zu Upload-Filtern kommen; bessere Vernetzung der europäischen National- und Staatsbibliotheken zur europäischen digitalen Bibliothek.	Offenes Internet ist Voraussetzung für Medienpluralismus, Medienvielfalt und fairen Wettbewerb; zentral, dass Inhalte von öffentlichem Interesse auffindbar sind; Medienplattformen und -intermediäre brauchen technologieneutrale und interoperable Standards.	Upload-Filter der EU-Urheberrechtsrichtlinie schränken Meinungsfreiheit ein; Plattformregulierung mit weitgehendem Behinderungs- und Diskriminierungsverbot wird angestrebt.	Medienpluralismus ist zentral; Mitgliedstaaten, die dagegen verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen; mehr Medienöffentlichkeit für Europa durch mehrsprachige Angebote; Prüfung, inwiefern der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den Mitgliedstaaten private EU-weite Rundfunkangebote behindert.	Medienvielfalt wird durch neue EU-Urheberrechtsrichtlinie gefährdet, daher wurde sich dagegen gewandt; Einführung eines EU-weiten Whistleblowerschutzes; Plattformregulierung durch Digitalsteuer und strengere Anwendung des Kartellrechts.	Medienpluralismus und Medienvielfalt sind zentral; Unterstützung von unabhängigem Journalismus in Europa durch Fonds für investigativen Journalismus; Ziel ist Schaffung einer nachhaltigen Digitalökonomie; Ablehnung eines Leistungsschutzrechts für Presseverlage.
#6 EINFÜHRUNG EINER DIGITALSTEUER					
Faire Steuern für alle Unternehmen; Einsatz für Besteuerung virtueller Betriebsstätte.	Bis Ende 2020 Einführung einer globalen Mindestbesteuerung digitaler Unternehmen; gleichzeitig Verfolgung einer europäischen Lösung.	Statt Digitalsteuer eher Maßnahmen gegen Gewinnverlagerung von US-Internetkonzernen.	Ablehnung einer Digitalsteuer, stattdessen Fortführung der Diskussion um angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft auf OECD-/G20-Ebene.	Einführung einer Digitalsteuer.	Einführung einer am Umsatz orientierten Digitalsteuer; mittelfristig Einführung digitaler Betriebsstätten.
#7 URHEBERRECHTLICHE INITIATIVEN					
EU-Urheberrechtsreform ist abgeschlossen; jetzt nationale Umsetzung.	Ergreifen von europäischen Initiativen, wenn es bei der Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie zu Beschränkungen der Meinungsfreiheit kommt; Einsatz für ein besseres Urhebervertragsrecht.	Geistiges Eigentum muss in ideeller und materieller Weise geschützt und honoriert werden; EU-Urheberrechtsrichtlinie weist in falsche Richtung, da Meinungsfreiheit eingeschränkt wird.	Urheberrecht ist Schlüsselrecht für Schaffung kreativer Inhalte; bei nationaler Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie keine Uploadfilter; Urheber und Plattformen sollen frei über Lizenzen verhandeln.	Initiativen für mehr Ausnahmen im Urheberrecht für Forschung, Bildung und Kulturerbe; keine Upload-Filter bei nationaler Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie.	Voraussichtlich keine Maßnahmen; Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie auf der nationalen Ebene steht an, hier keine Upload-Filter.
#8 KULTURELLE VIELFALT BEI HANDLUNGSVERTRÄGEN MIT DRITTSTAATEN					
Kulturstrukturen sollen durch Handelsabkommen keinen Schaden nehmen.	Einsatz für breit gefasste Ausnahmen für Kulturindustrie und kulturelle Dienstleistungen; EU-Mitgliedstaaten sollen Regulierungsfreiheit haben, Subventionen sollen ausgeklammert werden, damit öffentliche Förderung von Kultur nicht eingeschränkt wird.	Bildung und Kultur sollen aus Handelsverträgen möglichst ausgeklammert werden.	Langfristiges Ziel einer weltweiten Freihandelsordnung im Rahmen der WTO; stehen für schonenden Ausgleich der Interessen bei Handelsabkommen; Kulturgüter haben Doppelcharakter.	Herausnahme öffentlicher Angebote aus Handelsverträgen, um Vielfalt und Experimente zu fördern.	Kunst- und Kulturgüter haben Doppelcharakter; Konvention Kulturelle Vielfalt muss bei internationalen Handelsverträgen verteidigt werden; audiovisuelle Dienste sollen auch künftig von internationalen Handelsverträgen ausgeschlossen bleiben.
#9 BEDEUTUNG DER AUSWÄRTIGEN KULTURPOLITIK					
Europa ist auch kulturelles Projekt; europäische Dimension der Auswärtigen Kulturpolitik soll in deutscher EU-Ratspräsidentschaft gestärkt werden.	Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der EU; Verbreitung europäischer Werte wie Achtung der Menschenrechte, Toleranz und Anti-Diskriminierung in der Welt; verstärkte Einbeziehung internationaler kultureller Beziehungen in die EU-Außenpolitik.	Ziel: Auswärtige Kulturpolitik muss kulturelle Verständigung sein; keine Vermittlung einer abstrakten europäischen Einheitskultur; Fürsorgepflicht für deutsche Minderheiten in der Welt muss beachtet werden.	Einrichtung einer Kulturabteilung beim Auswärtigen Dienst; Entwicklung einer Auswärtigen Kulturpolitik der EU gegenüber Drittstaaten; stärkere Nutzung der Möglichkeiten der Kulturdiplomatie.	Auswärtige Kulturpolitik hat große Bedeutung; Förderung der Zusammenarbeit mit Staaten im Mittleren und Nahen Osten; Europäisierung der Diskussion um koloniales Erbe.	Kulturpolitik hat eine wichtige Bedeutung bei den internationalen Beziehungen der EU; Kulturdiplomatie soll gestärkt werden, ein Beispiel hierfür sind die »European Houses of Cultures«.
#10 EINBEZIEHUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN IN DIE EUROPÄISCHE KULTURPOLITIK					
Mitgliedstaaten sind in erster Linie für Kulturpolitik zuständig; kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten soll ausgebaut werden; europäischer Dialog zwischen Künstlern und anderen Kulturschaffenden soll weiterentwickelt werden; Förderung des interkulturellen Dialogs und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.	Einbeziehung nationaler und europäischer Akteure in Beratungsprozesse zur Kulturpolitik; Organisation von Zusammenkünften der Interessenvertreter mit Vertretern der Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen.	Begriff Zivilgesellschaft wird an sich kritisch gesehen; Einbeziehung solcher Organisationen in europäische Kulturpolitik wird kritisch bis ablehnend betrachtet.	Einsatz für ein europäisches Vereins-, Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht; Förderung eines Stiftungsdialogs auf europäischer Ebene.	Verstärkung des Austausches mit Einrichtungen des Kulturerbes, um Veränderungen im Urheberrecht (weitere Schranken) zu erzielen; Austausch mit Kulturschaffenden, um die soziale Lage von Künstlern in Europa zu verbessern; Ausbau der Zusammenarbeit mit netzpolitischen NGOs zu Fragen der Plattformregulierung.	Zivilgesellschaftliche Organisationen sind bei Auswertung und Implementierung der Arbeitsprogramme beteiligt; dies soll ausgebaut werden.

THEMA

Was ist das wichtigste kulturpolitische Ziel der deutschen Spitzenkandidaten für Europa?

FOTO: NIKKY MEIER

Manfred Weber

FOTO: GÖTZ SCHLESER

Katarina Barley

FOTO: JÖRG MEUTHEN

Jörg Meuthen

CDU/CSU: Kulturelles Erbe erhalten

MANFRED WEBER

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Erfolgs- und Friedensprojekt. Sie ist aber mindestens genauso ein Werte- und Kulturprojekt. Nie zuvor gab es eine längere und konstantere Phase des friedlichen Zusammenlebens, von Wohlstand und wirtschaftlicher Stabilität. Wenn wir feststellen, dass das heutige Europa das beste Europa ist, das es je gab, dann liegt dies in unserem einzigartigen europäischen Lebensstil, unserem European Way of Life, begründet. Das Fundament unseres geeinten Kontinents sind unsere Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit von Frau und Mann, Humanität, soziale Marktwirtschaft und Ökologie, Solidarität, kulturelle und sprachliche Diversität oder Subsidiarität. Nirgendwo auf der Welt werden die Werte so respektiert wie in Europa. Dieses einzigartige kulturelle Erbe zu erhalten und zu verteidigen, ist für mich die wichtigste Aufgabe Europas für die Zukunft.

Unser Europa steht aber aktuell vor existenziellen Herausforderungen: Kräfte der rechten und linken Populisten greifen die Grundfesten der Zusammenarbeit, Solidarität und politischen Kultur an, Nationalisten rufen zur völligen Zerstörung der Gemeinschaft auf. Auch von außen sind wir unter Druck. Global sind wir in einem neuen Wettbewerb der Systeme, der Werte, der veschiedenen Kulturen. Dies spiegelt sich etwa in den internationalen Diskussionen, wie bei der Handelspolitik, oder Konflikten wider, wie im aggressiven Verhalten der russischen Führung in Osteuropa oder Syrien.

Wir antworten darauf politisch. Das reicht aber nicht aus. Gerade in diesen unruhigen Zeiten ist es wichtig, die Verbindung zwischen den Menschen innerhalb Europas zu stärken und uns auf unsere gemeinsame Identität zu besinnen. Kultur schafft ein Zusammengehörigkeitsgefühl, fördert bürgerschaftliches Engagement und stärkt unsere Grundwerte. Wollen wir Europa stärken, so müssen wir die kulturelle Identität fördern, die Menschen zusammenbringen und uns auf unsere Gemeinsamkeiten besinnen, statt unsere Unterschiede zu betonen. Wir brauchen eine Vergewisserung, was uns ausmacht.

Mobilität ist eine der größten Chancen, die die EU bietet. Das Erasmus-Programm ist die Seele Europas. Praktisch jeder, der einmal an Erasmus teilgenommen hat, ist und bleibt überzeugter Europäer. Das waren bisher 1,3 Millionen junge Leute. Es war höchste Zeit, auch Auszubildenden, Lehrern und Sportvereinen einen Auslandsaufenthalt im Rahmen ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Erasmus darf nicht auf Akademiker eingegrenzt sein.

Die EU hat auf meine Initiative im vergangenen Jahr im Rahmen des Projektes »DiscoverEU« erstmals Interrail-Tickets für 18-Jährige zur Verfügung gestellt, damit noch mehr Jugendliche die Vielfalt Europas kennenlernen können. Denn was ist besser geeignet, Menschen in Europa zusammenzubringen, als Europa zu »erfahren«? Ich möchte diese Programme deutlich ausbauen, für möglichst alle erreichbar machen sowie flexibler, offener und finanziell besser ausstatten. Die EVP-Fraktion hat im Europäischen Parlament eine Verdreifachung des Budgets für Erasmus+ für die kommende Förderperiode gefordert.

Europa muss wieder stärker ein Projekt für die Menschen werden, ein Projekt, das unsere gemeinsamen Wurzeln betont. Ich werde den genannten Initiativen, aber genauso der Entfaltung der Kulturpolitik in Ländern und Regionen einen besonderen Stellenwert geben. Die Kraft der Vielfalt Europas muss ein Stück weit neu entfesselt werden.

Manfred Weber ist Spitzenkandidat der Partei CDU/CSU zur Europawahl 2019 und europaweiter Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten

SPD: Kulturhaushalt deutlich steigern

KATARINA BARLEY

Bei der Europawahl geht es um eine Richtungsentscheidung und um die Frage, wie wir künftig zusammenleben wollen: weltoffen, solidarisch und gemeinsam stark? Oder alle für sich, nach dem Motto »Ich zuerst«? Für uns bedeutet Europa sozialer Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander. Unser Zusammenhalt ist der Schlüssel zur Erfolgsgeschichte Europas. Europa ist für uns auch eine kulturelle Vielfalt. Deshalb wollen wir eine europäische Identität fördern, die bei den Europäerinnen und Europäern stärker neben die Verbundenheit mit ihren Mitgliedstaaten und Regionen treten soll. Dafür ist die gemeinsame Kultur ein wichtiger Motor, über sie findet der Austausch zwischen unseren Gesellschaften statt. Wir wollen ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist, das Freiraum, Kreativität und Ideen für alle ermöglicht. Mit einem »Europäischen Kulturscheck« wollen wir dafür sorgen, dass auch sozial benachteiligte Jugendliche mit einem Gutschein-System den Zugang zu Kultureinrichtungen erhalten, und zwar europaweit.

Wir wollen, dass das erfolgreiche Programm »Kreatives Europa« fortgesetzt wird. Und zusätzlich sollen die Projektmittel 2027 verdoppelt werden, um die grenzüberschreitende europäische Kultur weiter zu fördern. Insgesamt wollen wir den Kulturanteil im EU-Haushalt deutlich steigern. Gleichzeitig ist uns die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern in Europa wichtig. Wir wollen Armut und prekäre Lebensverhältnisse von Künstlerinnen und Künstlern verhindern. Nach dem Vorbild der deutschen Künstlersozialkasse sollen Mindeststandards für ein Unterstützungssystem in allen Mitgliedstaaten vereinbart werden. Wichtig bleibt für uns auch die Buchpreisbindung. Sie sichert den qualitativen Wettbewerb zwischen kleinen Buchläden – auch auf dem Land – mit monopolistischen Verkaufsplattformen im Internet und ist in vielen Mitgliedstaaten die Gewähr für ein vielfältiges Literaturprogramm, das nicht nur auf Bestseller verkürzt wird.

Das Goethe-Institut soll sich strukturell gegenüber europäischen Partnern und der Zivilgesellschaft weiter öffnen und neue Knotenpunkte gemeinsam mit Institutionen der Gastländer aufbauen. Auch mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 setzen wir auf den Beitrag von Kultur und Bildung.

Der Schutz und Erhalt der kulturellen Identität und des kulturellen Erbes erfordert eine aktive Geschichtspolitik. Deshalb starten wir eine europäische Strategie auch mit Blick auf die Brüche in der Geschichte Europas und zur Aufarbeitung europäischer Kolonialgeschichte, um sie zu vermitteln und für die Zukunft daraus zu lernen.

Die Geschichte Europas handelt von Versöhnung nach dem Krieg. Das ist auch meine persönliche Geschichte und die meiner Familie. In meinem Leben spielt Europa deshalb eine große Rolle. Meine Kinder haben Großeltern aus vier europäischen Ländern. Ich selbst habe zwei Staatsangehörigkeiten und wohne im Vierländereck, dort, wo sich Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien berühren. Grenzen sind hier nicht viel mehr als eine Linie auf der Landkarte. Mein Europa ist ein Europa des sozialen Zusammenhalts und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam wird uns das gelingen.

Katarina Barley ist Spitzenkandidatin der Partei SPD zur Europawahl 2019

AfD: Zurück zu Diplom und Magister

JÖRG MEUTHEN

Von den vielen wichtigen kulturpolitischen Zielen auf EU-Ebene liegt mir besonders die Bildung am Herzen. Mit einigem Recht darf sich Bologna die Wiege der abendländischen Universität nennen. Vielleicht ist es Ironie der Geschichte, dass der Niedergang unseres bewährten und traditionsreichen Hochschulsystems ausgerechnet hier in der altehrwürdigen Alma mater studiorum 1999 mit der Bologna-Erklärung seinen unheilvollen Anfang nahm.

Zwei Jahre zuvor nahm ich meine Tätigkeit als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl auf. Ich habe die dramatischen Veränderungen aus erster Hand und mit eigenen Augen miterlebt. Der Bologna-Prozess ist ein beredtes Beispiel für die Tendenz unnötiger europaweiter Harmonisierungsprojekte, bürokratische Monster hervorzubringen und erhaltenswerte Strukturen sinnlos zu zerschlagen.

In Kehl war »Bologna« recht bald in den frühen 2000er Jahren spürbar: Die letzten Reste von Eigenverantwortung wichen einer gnadenlos forcierten Verschulung des Bildungs-»Angebotes«, die jeden studentischen Gestaltungsspielraum im Keim erstickte. Statt sich von intellektueller Freiheit beflügeln zu lassen, hechelten die jungen Studiosi in einem dysfunktional zergliederten Curriculum von einem Credit Point zum nächsten. Das war nicht die »Mobilität« im gemeinsamen europäischen Hochschulraum, die in Bologna versprochen worden war.

Heute, gut 20 Jahre später, wagen sich zwar immer mehr Studenten für gewisse Abschnitte ihrer Ausbildung vielleicht auch einmal ins Ausland, aber von einer reibungslosen Anerkennung der dort erbrachten Studienleistungen sind wir weit entfernt. Das kann kaum Wunder nehmen, wenn man bedenkt, dass es in Deutschland vor Bologna etwa 180 verschiedene Studiengänge gab, während mittlerweile über 1.000 im Angebot sind. Nicht nur die Wahl wird da zur Qual, sondern vor allem bleibt so in manchem Einzelfall die Vergleichbarkeit leicht auf der Strecke. Auch sind die in Aussicht gestellten positiven Effekte auf eine Verkürzung der Studiendauer und eine allgemeine Verringerung der Abbrecherquote weitgehend ausgeblieben. Die hoch geschätzten Graduierungen wie Magister und Diplom haben für den zwar »arbeitsmarktfähigen«, aber nicht ernstlich »berufsqualifizierenden« Bachelor Platz gemacht. Der als Regelabschluss vorgesehene Bachelor genießt offensichtlich selbst unter den Absolventen ein derart geringes Renommee, dass ein weit überwiegender Anteil der Studenten sicherheitshalber noch einen Masterabschluss anstrebt. Das verlängert die Studienzeit um ca. zwei weitere Jahre und verzögert den Eintritt ins Berufsleben entsprechend. Zur bisherigen Bilanz des Bologna-Prozesses gehört nicht zuletzt die beklagenswerte Abkehr vom Humboldt'schen Universitätsideal und die zunehmende Entkoppelung von Forschung und Lehre.

Mit Blick auf meine Erfahrungen als Hochschullehrer trete ich als Parteivorsitzender der Alternative für Deutschland und Mitglied des Europäischen Parlamentes für eine Rückbesinnung auf eine am Humboldt'schen Ideal ausgerichtete Bildungspolitik ein. Über die Auswahl der geeigneten Studenten, über die Lehre und über die Prüfungsmodalitäten sollen die Hochschulen selbst entscheiden können. Deshalb müssen sie neben den neu eingeführten Bachelor- und Master-Studiengängen zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückkehren können.

Jörg Meuthen ist Spitzenkandidat der Partei AfD zur Europawahl 2019

FOTO: LAURENCE CHAPERON

Nicola Beer

FDP: Auslandszeit für alle Jugendlichen

NICOLA BEER

Kultur ist das Fundament Europas. Genauer, die Kulturen Europas sind das Fundament der Union. Und seit 1985 – auf Anregung der unverwechselbaren damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri – werden jährlich Kulturstädte Europas gekürt. Von Athen über Florenz, Amsterdam, Dublin, Madrid, Lissabon über Weimar, Prag, Santiago de Compostela bis Vilnius, Maribor oder Breslau, bislang 60 Städte und Regionen. Das ist eine wunderbare Idee, nicht nur um Kulturmetropolen kennenzulernen, sondern auch abgelegene unbekannte Städte mit einer großen Kultur, wie Hermannstadt im rumänischen Siebenbürgen mit seinen kulturellen Wurzeln, die europäische Vielfalt spiegeln.

Man kann Europa nur verstehen, wenn man es kennt. Seinen Alltag, seine Traditionen, seine Kultur, seine Musik, seine Sprachen. Im Großen wie im Kleinen. Deswegen müssen wir neben dem touristischen »Interrail«-Programm der EU, neben dem Bologna-Studium ein halbes Jahr im europäischen Ausland für jeden Jugendlichen ermöglichen. Nur dort bei den Familien und Menschen im Land kann unsere europäische Jugend den großen Gedanken der europäischen Einigung unserer Ahnen aufsaugen. Und ihn nicht für selbstverständlich hinnehmen. Europa fühlbar zu machen ist eine dauernde Aufgabe für uns – mit all seinen Mühen und Anstrengungen.

Es lohnt sich eine, zwei oder drei Sprachen neben der Muttersprache zu lernen. Es lohnt sich, weil man so leichter in Krakau oder Barcelona lieben, leben, studieren, arbeiten kann. Es lohnt sich aber auch, weil man mit Vergnügen und Erkenntnisgewinn Jean-Paul Sartre oder James Joyce im Original lesen kann, und wahrscheinlich die Geheimnisse von Paris oder Dublin besser versteht. Aber auch wer Polnisch lernt, versteht den Weg des Jahrhundertpapstes Johannes Paul II genauer. Wer Italienisch versteht, hat einen besonderen Lesegenuss bei Dante oder Niccolò Machiavelli. Eine erlernte fremde Sprache lässt uns nicht unverändert, sie erobert das Herz und die Seele eines dann nicht mehr fremden Landes. Denken Sie nur an Jaroslav Hašek und die unnachahmlichen Abenteuer des braven Soldaten Schwejk. Ein Psychogramm der Tschechen, ein Psychogramm eines Schlitzohrs schlechthin, ein Psychogramm eines Überlebenskünstlers, ein Psychogramm von uns allen? Und en passant: Obwohl die Musik ohne viele Worte auskommt (»Pardon an die Oper«), so erkennt man Finnland mit Jean Sibelius anders als ohne.

Die Kultur ist der Schlüssel zum Verständnis der europäischen Seele. Sie öffnet uns den Reichtum der Traditionen, des Alltags, der Literatur, der Kunst unserer Partner in der EU. Sie ist die Basis des europäischen Kontinents. Wir lernen sie auf Reisen kennen. Wir lernen sie durch Sprache kennen. Wir brauchen aber auch eine europäische Öffentlichkeit. Vorbild scheint mir der deutsch-französische TV-Sender ARTE. Das müsste auf ganz Europa ausgedehnt werden. Mit Reportagen und Dokumentationen aus der EU der 27. Von Tallin bis Faro, von Dublin bis Bukarest. Um auch im Alltag ein Gefühl dafür zu bekommen, dass die Einigung Europas selbst Kultur ist.

Nicola Beer ist Spitzenkandidatin der Partei FDP zur Europawahl 2019

FOTO: SVEN SERKIS

Martin Schirdewan

Die Linke: Zugang zur Kultur ausbauen

MARTIN SCHIRDEWAN

Ein-Punkt-Ziele gibt es nicht einmal innerhalb der marginalisierten europäischen Kulturpolitik. Selbst wenn das Kulturbudget im nächsten Haushalt auf 2,8 Milliarden Euro verdoppelt werden sollte, so wie vom Parlament gefordert, wird sich die Grundsituation dieses unterfinanzierten Programmes nicht ändern. Es wäre trotzdem an der Zeit, das bestehende reale Potenzial für länderübergreifende innovative Kultur- und Medienprojekte, wie der Digitalisierung des Filmerbes, die Förderung der kleinteiligen Kulturwirtschaft oder die Sichtbarkeit europäischer kultureller Vielfalt durch Preise, Festivals und die Kulturhauptstädte, endlich besser auszuschöpfen.

Europäische Kulturförderung in den Regionen finden natürlich weit über den klassischen Programmansatz hinaus statt. Sie nutzt diverse Förderfonds von Interreg bis zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Doch diese »Umwegfinanzierung« sollte nicht die Regel sein. Insofern fordern wir anstatt der stark verkürzten Binnenmarktbrille der EU-Politik einen konsequenten gesellschaftspolitischen Zugang zur realen Bedeutung kultureller Aneignung in sich rasant ändernden Gesellschaften.

Uns ist wichtig, dass Beschäftigte im Kulturbereich nicht den Mythos einer »befreienden« neuen Arbeitswelt ohne soziale Standards nähren. Wir setzen uns daher für ein Fair-Work-Siegel auf Kulturprodukte ein und streiten für wirksame Maßnahmen gegen die Doppelbesteuerung beim grenzüberschreitenden Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern.

Ebenfalls gehört es zur klassischen linken Kulturpolitik, über die auszuweitenden Förderungen von Kulturproduzentinnen und -produzenten hinaus, politische Ideen umzusetzen, die den Zugang aller zu kulturellen Angeboten, aber auch zum eigenen Ausdrucksvermögen stärken. Dies geht heute weit über die kulturelle Bildung hinaus, denn viele Kulturpraktiken verlangen inzwischen hohe Medien- als auch Internetkompetenz. Deshalb wollen wir erneut politische Vorschläge unterbreiten, die mit der medialen Begleitung der EU-Urheberrechtsreform beinahe aus dem Blickfeld verschwunden sind. Es ging bei der Reform nicht nur um die Konflikte zwischen Plattformen, Rechteverwertern und Kreativen. Es ging auch um eine beherzte Harmonisierung der Ausnahmen. Die Ausnahmen vom Urheberrecht für die sogenannten GLAM-Institutionen, wie Galerien, Bibliotheken, Archive und Museen, sind der digitalen Welt noch immer nicht gewachsen, auch wenn es jetzt die »out-of-commerce«-Regelung geben wird. Doch Museen sind institutionelle Nutzer und auch Urheber, z. B. bei den Archivreproduktionen, und bis heute kollidieren viele Urheberrechtsfragen mit dem Bildungsauftrag von Gedächtnisinstitutionen. Auch hier gibt es also viel zu tun, um den Zugang zu Kultur nachhaltig zu sichern.

Martin Schirdewan ist Spitzenkandidat der Partei Die Linke zur Europawahl 2019

FOTO: PRIVAT

Sven Giegold

Bündnis 90/Die Grünen: Digitalplattform

SVEN GIEGOLD

Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ist europaweit auf einem historischen Höchststand. Die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer fühlt sich als Bürgerinnen und Bürger der EU. Trotzdem merken wir: Das Gefühl der Zugehörigkeit zur EU korreliert nicht automatisch mit einem Gefühl der Zusammengehörigkeit unter Europäerinnen und Europäern.

In politischen Krisenmomenten, etwa während der Euro- oder Migrationskrise, beherrschen oftmals nationale Reflexe und gegenseitige Abwertungen die Debatten. Ein Mindestmaß an Zusammengehörigkeit ist jedoch die Voraussetzung für Solidarität in Europa – ein Grundprinzip der EU und eine Grundvoraussetzung für eine starke europäische Demokratie. Kultur und Kunst sind besonders dazu geeignet, identitätsstiftende Bindungskräfte zu schaffen. Politische Institutionen und Gesetze allein können das nicht leisten. Die Förderung der europäischen Kulturpolitik ist eine Investition in Europas Zusammenhalt.

Dabei gilt es, möglichst viele Menschen in Europa an kulturellen, aber auch politischen Diskursen zu beteiligen, das wechselseitige Kennenlernen und die Auseinandersetzung mit den Werten der jeweils anderen zu unterstützen. Aber wie können wir die Europäerinnen und Europäer näher zusammenbringen, die vielen regionalen kulturellen Ausprägungen zur Geltung bringen und gleichzeitig die Idee einer gemeinsamen europäischen Kultur fördern? Die Digitalisierung hat die Menschen stärker als jemals zuvor miteinander vernetzt. Aber die Plattformen, die uns digital zusammenbringen und kulturelle Inhalte zur Verbreitung verhelfen, folgen kaum demokratischen Idealen. YouTube, Facebook und Co basieren auf Geschäftsmodellen der Aufmerksamkeitsökonomie, nicht auf einem Gemeinwohlauftrag der Demokratie. Sie scheinen unter dem Strich Gesellschaften eher zu spalten als ihr Zusammenhalten zu fördern. Wir sollten uns um europäische Alternativen zu den privaten Digitalplattformen bemühen. Mit einer öffentlich finanzierten Plattform können wir einem europäischen Kultur- und Kommunikationsraum näherkommen. Auf einer solchen Plattform könnten fair vergütete Kulturangebote neben Nachrichten- und Unterhaltungsformaten sowie Austauschmöglichkeiten für die Europäerinnen und Europäer stehen.

Eine öffentliche Finanzierung ermöglicht einen hohen Datenschutz, denn die persönlichen Daten der Nutzerinnen und Nutzer werden dann nicht monetarisiert. Wie solch eine Plattform konkret aussehen kann, zeigen unsere britischen Freunde schon heute: Die BBC hat das Angebot »IDEAS« gestartet, weil sie nicht dabei zusehen wollte, wie Medien- und Kulturproduzierende ihre Inhalte zu schlechten Konditionen über YouTube oder Facebook ans Publikum bringen müssen. Was mit der Veröffentlichung von Kurzfilmen unabhängiger Filmproduzenten begann, soll in Zukunft mit den Inhalten von Museen, Universitäten oder Bibliotheken ausgeweitet werden. Diese BBC-Plattform könnte zum Vorbild für Europa werden. Erfahrung in der medialen Zusammenarbeit in Europa haben wir bereits: Der deutsch-französische Fernsehkanal ARTE ist ein gutes Beispiel für länderübergreifende Kulturkooperation und Stärkung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Eine europäische Digitalplattform wäre der Versuch, den ARTE-Gedanken zu digitalisieren und vollständig zu europäisieren. In einen europäischen Kommunikationsraum zu investieren, wäre eine Investition in den europäischen Zusammenhalt. In Zeiten nationalistischer Spaltungstendenzen und digitalen Monopolstellungen erscheint die Dringlichkeit höher denn je.

Sven Giegold ist Spitzenkandidat der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl 2019

FOTOS: EDGAR ZIPPEL

Der Musiker Airson aus Lissabon, Portugal möchte von anderen Kulturen lernen. Michela, geboren 1984, ist Bildhauerin in Mailand, Italien

Wir müssen lernen, lauter zu werden

Bildungsarbeit für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

1971 wurde die überparteiliche Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa von Pauline Schwarzkopf gegründet. Mit ihren Aktivitäten schafft die Stiftung ein Bewusstsein für politische Prozesse und gibt jungen Menschen die Möglichkeit, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Theresa Brüheim spricht mit der Geschäftsführerin Anne Rolvering über Europavermittlung im Klassenraum, Umgang mit antieuropäischen Tendenzen und mehr.

Theresa Brüheim: Frau Rolvering, Stiftungszweck der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa ist »die Förderung der Entwicklung junger Menschen zu politisch bewussten und verantwortungsbereiten Persönlichkeiten mit dem Ziel der Stärkung des europäischen Gedankens, der gesamteuropäischen Völkerverständigung und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus«. Wie wird die Stiftung ihrem Zweck gerecht?

Anne Rolvering: Unsere Stifterin Pauline Schwarzkopf meinte: »Wir müssen aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts lernen und »wer sich kennt, der hasst sich nicht«. Sie war bereits in den 1970er Jahren überzeugt, dass die Stiftung junge Menschen mit dem europäischen Gedanken erreichen muss. Mit Weitsicht hatte sie erkannt, dass die Idee von Europa als Friedens- und Einheitsprojekt immer wieder neu erarbeitet werden muss. Heute wollen wir junge Menschen befähigen und motivieren, sich aktiv in die europäische Gesellschaft einzubringen, um so eine offene Gesellschaft und liberale Demokratie mitzugestalten.

Wie sieht das in der Praxis aus? Wie vermitteln Sie Europa an junge Menschen?

Wir machen nonformale politische und historisch-politische Bildung auf drei Ebenen: Erstens möchten wir Teilhabe und Bildungsprozesse junger Menschen fördern und sichtbar machen. Zweitens möchten wir sie befähigen und motivieren, an internationalen Begegnungs- und Austauschformaten teilzuhaben. Drittens möchten wir die Zustimmung für Demokratie und Vielfalt in Europa erhöhen.

Dafür unterstützen wir den Aufbau von Organisationen von und für Jugendliche. Eines unserer größten Programme ist das Europäische Jugendparlament, ein seit 30 Jahren bestehendes Netzwerk. Es befähigt und motiviert junge Menschen in Europa – in den Grenzen des Europarates, also über die Europäische Union hinaus – sich selbst Orte der Begegnung zu schaffen, um dort über gesellschaftspolitische und europäische Themen zu sprechen. So erreichen wir jedes Jahr ungefähr 30.000 junge Europäerinnen und Europäer in 40 Ländern. Unsere Rolle in der Stiftung ist das Capacity-Building: Wir befähigen junge Leute, ihre Themen zu setzen und ihre Ideen sowie Projekte selbst organisiert umzusetzen. Wir unterstützen damit eine Struktur von Jugendlichen für Jugendliche, die sich über Europa austauschen und darüber diskutieren, in welcher europäischen Gesellschaft sie leben möchten.

Außerdem sind wir mit jungen Peer-Trainern an Schulen aktiv – besonders in Deutschland, auch wenn sich das Programm mittlerweile in 15 europäischen Ländern etabliert hat. Dort diskutieren wir mit Schülerinnen und Schülern in ihren Klassenverbünden über Europa. Dieser Handlungsstrang wurde vor zehn Jahren ins Leben gerufen. Anfangs war er stark auf Wissensvermittlung zu den europäischen Institutionen ausgerichtet. Mittlerweile haben wir das Programm geöffnet, da wir unsere Aufgabe eher darin sehen, einen interaktiven Raum in der Schule zu schaffen, in dem Schülerinnen und Schüler über Partizipationsmöglichkeiten in Europa nachdenken können. Gleichzeitig versuchen wir den Schülerinnen und Schülern stärker zu verdeutlichen, wo Europa in ihrer Lebenswelt stattfindet und warum es wichtig ist, sich einzubringen und seine Meinung zu vertreten. Das Peer-Projekt an Schulen ist ein Modul, mit dem wir themenaktuell reagieren können. So haben wir z. B. viel zu den Themen Flucht, Asyl, Migration, Integration in Europa mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet. Mit den Jugendlichen haben wir ihre Ideen und Vorstellungen, aber auch über ihre Ängste in Bezug auf eine vielfältige europäische Gesellschaft diskutiert.

Wir unterstützen aber auch außerhalb der Schule junge Ideen. Ein Beispiel ist das Projekt »FreeInterrail« von »Herr & Speer«, eine Initiative mit der einfachen, aber guten Idee, allen 18-Jährigen einen Interrail-Pass zu schenken, mit dem sie durch Europa reisen und es kennenlernen können. Ein ähnliches Programm hatte unsere Stifterin Pauline Schwarzkopf schon vor 40 Jahren aufgesetzt: unser europäisches Reisestipendienprogramm. Wir ergänzen die Idee, durch Europa zu reisen, mit einem themenbezogenen Bildungsauftrag und der Dokumentation über Interviews, Videoclips, Bilder, Fotoreportagen. In den letzten Jahren waren Flucht, Asyl und Migration sehr oft Thema, weil es junge Leute quer über den Kontinent beschäftigt hat. Aber auch mit vielen anderen Themen haben sich junge Leute während ihrer Reisen durch Europa beschäftigt: die verschiedenen Ausbildungssysteme in Europa, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Nachhaltigkeit und Mobilität in Europa, Populismus und Medien und natürlich der Brexit.

Von einer politikverdrossenen Jugend kann jedenfalls nicht die Rede sein. Dieses ständige Vorurteil, dass wir es mit einer apolitischen Generation zu tun haben, macht mich wütend. Ich erlebe täglich etwas anderes, nämlich eine wache, interessierte und neugierige junge Generation, die nur andere Wege sucht zu gestalten, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Wie divers sind die Gruppen junger Menschen, die die Stiftung anspricht? An welchen Schulen ist die Stiftung aktiv?

In unserer Strategie für die nächsten fünf Jahre haben wir uns zum Ziel gesetzt, diverser zu werden – bei unseren Multiplikatoren und Peers sowie bei unserer Zielgruppe. Wir haben fünf Zielgruppen definiert, die wir verstärkt erreichen wollen: junge Menschen aus sozial benachteiligten Haushalten, junge Menschen mit nicht akademischen Bildungsbiografien, Jugendliche aus dem ländlichen Raum, junge Menschen, die sich einer Minderheitengruppe zugehörig fühlen oder sich bisher noch nicht in der Gesellschaft engagieren.

In Programmen wie dem Europäischen Jugendparlament haben wir oft noch das Problem, dass wir zuerst die jungen Leute erreichen, die proeuropäisch eingestellt sind und die Vorzüge Europas in ihrer Biografie schon gelebt haben. Da wollen wir nicht stehen bleiben, wir möchten auch diejenigen erreichen, die diese Privilegien nicht haben.

Für das Europäische Jugendparlament bedeutet das konkret, dass wir mit dem UNHCR kooperieren und Geflüchtete in das Programm aufnehmen. Wir haben einen Diversity-Fund aufgelegt, bei dem wir junge Menschen, die nicht die finanziellen Mittel haben, mit Reisekostenzuschüssen unterstützen, sodass sie zum Europäischen Jugendparlament reisen können. Darüber hinaus haben wir viele Outreach-Programme entwickelt, um neue Zielgruppen anzusprechen. In anderen Programmen, wie unserem Seminarprogramm, sind die Zugänge niedrigschwelliger. Aktuell sind wir mit unserem Seminarprogramm in Deutschland zu 60 Prozent an Haupt-, Real- und Berufsschulen. Für uns spielt das Thema Vorbilder eine wichtige Rolle. Unsere Peer-Trainer – mittlerweile sind es ca. 300 aus 15 europäischen Ländern – haben unterschiedliche Biografien. Dadurch sprechen sie in Schulklassen verschiedene Personengruppen an. Unsere Reisestipendien richten sich an Nicht-Gymnasiasten und Berufsschüler, denen wir die Möglichkeit bieten wollen, Europa zu entdecken. Wir bieten deswegen auch nicht mehr nur Individualreisen, sondern auch Gruppenreisen an. In der Gruppe reist es sich leichter. Darüber hinaus entwickeln wir mit Partnerorganisationen andere Ansätze politischer Bildungsarbeit, z. B. bilden wir gemeinsam mit der Kreuzberger Kinderstiftung Erstwahlhelferinnnen und -helfer aus, die am 26. Mai im Wahlbüro arbeiten und für den reibungslosen Ablauf der Europawahl sorgen, oder wir unterstützen ein Projekt mit Lernort Stadion e.V. in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, der Allianz Kulturstiftung und der TUI-Stiftung. Dabei reden wir mit Fußballprofis im Stadion über Themen wie Respekt, Toleranz, Diversität und Europa. Diese Zugänge haben eine hohe Attraktivität. So wollen wir nicht nur kleine europäische Eliten erreichen.

Die Zugänge um diverse Gruppen zu erreichen sind zahlreich. Aber wie bringen Sie dann tatsächlich jungen Menschen, die noch nie außerhalb des Heimatortes waren, Europa nahe?

Unsere Erfahrung ist, dass Europa am besten verstanden wird, wenn ein Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen hergestellt wird. Wir versuchen klarzumachen, dass Europa überall drinsteckt. Außerdem fragen wir die Jugendlichen, welche Themen sie interessieren. Darüber können wir Bezüge zu Europa herstellen. Das Entscheidende ist, dass wir nicht so viel über das Europa der Institutionen und Organisationen sprechen, sondern über das Europa der Bürgerinnen und Bürger sowie den aktuellen Bezug zur Lebenswirklichkeit.

Ein wichtiger Baustein unserer Arbeit ist auch die historisch-politische Bildung: Wir glauben, dass wir unsere europäische Geschichte kennen müssen, um über die Gesellschaft, in der wir heute leben, reflektieren zu können und die Gesellschaft von morgen zu gestalten. Z. B. arbeiten wir mit Zeitzeugen, sprechen mit Holocaust-Überlebenden und vergeben den Margot-Friedländer-Preis.

Dabei versuchen wir in all diesen Projekten den Bezug zu heute herzustellen: Was heißt das für uns auf dem Schulhof? Was können wir aus der Geschichte für heute lernen? Das ist Präventionsarbeit, um Stigmatisierung und Ausgrenzung zu verhindern, aber auch die ständige Vergegenwärtigung, dass wir dank der Idee eines geeinten Europas friedlich zusammenleben können.

Inwieweit schlagen sich die vermehrten antieuropäischen Tendenzen auf die Stiftungsarbeit nieder? Begegnen Ihnen diese auch in Klassenräumen?

Gerade vor der Europawahl im Mai 2019 begegnen uns überall, aber gerade auch in den Klassenräumen, viele Vorurteile. Vieles aus den Medien wird wiederholt: »Europa der Bürokraten«, »Europa ist undemokratisch und so weit weg«, »Es kostet alles zu viel Geld«, »Die EU kümmert sich um die Krümmung von Gurken und das Abschaffen von Bleigießen, aber nicht um die wichtigen Themen«. Diesem Blick auf Europa kann man zum Glück häufig mit guter Bildungsarbeit begegnen.

Was für uns viel schwieriger ist, ist der Umgang mit dem grassierenden Populismus, Ausgrenzung und Stigmatisierung und denen, die einen Dialog zu Europa komplett verweigern, die » eine vielfältige europäische Gesellschaft ablehnen und zurück zum Nationalen möchten«. Wir kämpfen dabei auch mit persönlichen Angriffen auf Stipendiatinnen und Stipendiaten. Wir begegnen dem mit Nachdruck und setzen ein anderes Europa dagegen: Das Europa von jungen Menschen, die einen klaren Wertekanon haben und eine vielfältige, tolerante, offene Gesellschaft wollen. Ich persönlich sehe es als Ansporn, unsere Aktivitäten zu verstärken.

Vielen Dank.

Anne Rolvering ist Geschäftsführerin der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Europa ist kein Egotrip

Aktivismus für Europa

Das Reden über EU-Politik in der proeuropäischen Blase reichte Katja Sinko nicht mehr. Anlass dafür war der Brexit-Schreck aus dem Jahr 2016. Heute engagiert sie sich mittels E-Petitionen, Demonstrationen und mehr für ein solidarisches Europa. Theresa Brüheim spricht mit der jungen Europa-Aktivistin über ihre Kampagne »The European Moment«, das Fehlen europäischer Solidarität und den »#EuropeanMay«.

Theresa Brüheim: Wie ist es gerade um die EU bestellt?
Katja Sinko: Die EU ist das Erfolgsprojekt des 20. Jahrhunderts, wir aber leben im 21. Jahrhundert. Die EU ist in der Krise. Der Moment, um sie zu verändern und für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen, ist längst überfällig. Das wurde seit der Jahrtausendwende nicht ausreichend getan. Es kamen immer mehr Mitgliedstaaten hinzu, es wurde mehr Europa, mehr Vertiefung in immer mehr Politikfeldern angestrebt. Gleichzeitig nahmen Tendenzen zu, die weniger Europa und mehr nationalstaatliche Lösungen fordern. Hinzu kommt, dass die EU bis heute noch keine wirkliche Union der Bürgerinnen und Bürger ist. Als Folge der Krise haben viele Menschen das Vertrauen in das europäische Projekt verloren, viele trauen der EU nicht mehr zu, die heutigen Probleme zu lösen. Die Migrationskrise hat keinen EU-weiten Verteilungsschlüssel und auch kein überarbeitetes Asylsystem gebracht, sondern die EU immer mehr zur Festung Europa ausgebaut, in der nur wenige Mitgliedsländer das Asylrecht hochhalten.

In welche Richtung sollte sich die EU verändern?
Der Gedanke europäischer Solidarität ist – das zeigt die Krise in der sich die EU befindet – zu kurz gekommen. In der Theorie häufig befürwortet, ist die Realität hingegen eine andere. Nehmen Sie etwa Griechenland: Viele haben gefordert, das Land aus der EU zu werfen. Das würde innerhalb Deutschlands kein Mensch von einzelnen Bundesländern fordern, nur weil z. B. Berlin ein Schuldenproblem hat. Stattdessen gibt es den Länderfinanzausgleich. Innerhalb der Nation ist man solidarisch, warum nicht auf europäischer Ebene? In der EU geht es viel zu sehr um nationalstaatliche Einzelinteressen, die häufig hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Aber Herausforderungen wie Migration, Klimawandel, Sicherheitsfragen, Digitalisierung oder demografischer Wandel kann niemand allein nationalstaatlich lösen.
Es geht mir nicht darum aufzuzeigen, was nicht funktioniert. Denn es ist auch unsere Aufgabe – gerade von denjenigen, die Europa anders erfahren haben, die zur oft betitelten »Easyjet-Generation« gehören – den europäischen Gedanken in den Mitgliedstaaten weiterzutragen und die Werte zu verinnerlichen und zu leben. Es ist die Aufgabe meiner Generation, diese Errungenschaften, die unsere Großeltern erstritten haben, wie Frieden und die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, zu verteidigen.

Aus diesem Grund haben Sie vor zwei Jahren »The European Moment« ins Leben gerufen, eine Kampagne von jungen engagierten Menschen. Wie genau kam es dazu?
Ausschlaggebend war das politische Schreckensjahr 2016 mit dem Brexit-Referendum, der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, dem generellen Rechtsruck in ganz Europa. Da hatte ich das Gefühl, reden reicht nicht mehr, wir müssen mehr machen, sichtbar werden, auf die Straße gehen. Ich sage immer: »Machen ist wie wollen. Nur krasser.« Man muss für das einstehen, wovon man in typischen Europablasen-Gesprächen redet. Ähnlich wie bei »Fridays for Future«, wo die jungen Schülerinnen und Schüler sagen: »Hier geht es um unsere Zukunft. Wir wollen nicht, dass sie zerstört wird.« So ging es uns auch: Europa ist für meine Generation so selbstverständlich – und dennoch akut in Gefahr. »The European Moment« versammelt keine »Jubeleuropäerinnen und Jubeleuropäer«. Wir wollen nicht den Status quo beibehalten, wir wollen die EU verändern. Sie soll demokratischer, nachhaltiger und solidarischer werden.

Was unterscheidet »The European Moment« von anderen Initiativen?
Wir haben »The European Moment« ganz bewusst nicht als neuen Verein, sondern als Kampagne organisiert. Vor allem in Berlin gibt es viele proeuropäische Initiativen, Organisationen, Vereine. Sie setzen sich im Grunde alle für dasselbe Ziel ein, aber jeder kocht sein eigenes Süppchen. Wenn wir aber ein pro-europäisches Gegengewicht darstellen wollen, müssen wir zusammenarbeiten. Genau das entspricht dem europäischen Gedanken: Gemeinsam ist man stärker. Klingt pathetisch, ist aber so.
2017 haben wir erstmals gemeinsam mit einigen anderen Organisationen den »March for Europe« in Berlin organisiert. Zwei Jahre später beim »March for a New Europe« waren es bereits 50 Bündnispartner. Was uns bestärkt: Es gibt nun viel mehr Kommunikation unter den Initiativen und Organisationen. Wir haben viel dafür getan, dass Vertrauen aufgebaut wird. Denn natürlich gibt es unterschiedliche Ansichten, wie Europa ausgestaltet sein soll: European Alternatives ist anders als DiEM25, die Jungen Europäischen Föderalisten oder Pulse of Europe. Zusammen bringt alle der Glauben an das europäische Projekt und dass sich etwas verändern muss. Damit sich etwas verändert, müssen wir als Zivilgesellschaft Druck ausüben. Gemeinsam wollen wir die zivilgesellschaftliche Antwort auf die Debatte zur Zukunft der EU geben. Dazu gehört es, nicht nur zu kritisieren, sondern auch Vorschläge zu liefern. 2017 hatten wir nach der Bundestagwahl die E-Petition »Bundestag #MachsEuropäisch« an die Bundesregierung gerichtet, die unter den drei erfolgreichsten im ganzen Jahr war. Gemeinsam verfasst und unterstützt wurde die Petition von 24 Organisationen und Initiativen – ein Riesenerfolg! Die 13 Forderungen unserer E-Petition waren nicht neu. Wir forderten z. B., dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament jede Stimme gleich viel zählt und dass das Parlament ein Initiativrecht bekommt. Außerdem forderten wir, dass die Sitzungen des EU-Ministerrates öffentlich sind und dass der Europäische Gerichtshof Sanktionen gegen Mitgliedstaaten verhängen darf, die Grundrechte der EU verletzen. Seit Jahren lagen diese Forderungen in den Schubladen. Im Sommer 2017 wurden sie hervorgeholt und von einem breiten Bündnis aus proeuropäischen Organisationen getragen. Letztlich ist unsere E-Petition nach anderthalb Jahren im Petitionsausschuss durchgegangen.

Was ist als nächstes geplant?
Seit dem » March For A New Europe « hat sich Einiges getan. Wir haben uns transnationalisiert, d. h. mit anderen pro-europäischen progressiven Europäerinnen und Europäern vernetzt. Gemeinsam rufen wir den »European May« aus. Vom 1. Mai, dem Tag der Arbeit, bis zum 9. Mai, dem Tag des wichtigen EU-Gipfels zur Zukunft der EU in Sibiu in Rumänien, wollen wir mit kreativem Protest und disruptiven Aktionen unsere Vision eines progressiven Europas proklamieren – sowohl online als auch offline. Die ersten zwei Jahre lag der Fokus von »The European Moment« auf deutschlandweiten Aktionen. Wir müssen jedoch europaweit agieren, um unsere Ziele zu erreichen. In vielen Städten und Regionen in Europa werden ähnliche Kämpfe geführt – ob es für Frauenrechte oder gegen Rassismus und Klimawandel ist. Die Idee des »European May« ist, diese zu verbinden. Wir wollen aufzeigen, dass die offene Gesellschaft in Gefahr ist, wenn wir sie nicht verteidigen. Bei unseren Aktionen müssen wir dann die Rockstars sein, sodass andere Groupies sein wollen, weil es Spaß macht und cool ist, sich für Europa stark zu machen. Höhepunkt ist dann die Demo »Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus« am 19. Mai 2019. Zeitgleich werden Zehntausende in sieben deutschen Städten sowie weiteren europäischen Städten für ihre Vision eines demokratischen, friedlichen, nachhaltigen und solidarischen Europas auf die Straßen gehen und den Nationalisten eine Absage erteilen. Das wird auch im Rahmen des »#EuropeanMay« unterstützt. Gerade im Vorfeld dieser richtungsweisenden Europawahlen soll für eine andere EU mobilisiert werden. Denn aktuell gibt es keinen politischen Willen, umfangreiche politische Änderungen vorzunehmen. Zumindest sehe ich den nicht. Schaut man sich den immer weiter voranschreitenden Aufstieg der Rechtspopulisten und Nationalisten in der EU an, dann wird es im EU-Parlament zukünftig nicht die großen progressiven – dringend benötigten – Schritte geben, ganz im Gegenteil. Aktuell ist fast jeder vierte Abgeordnete im Europäischen Parlament dem rechten bzw. euroskeptischen Lager zugehörig. Die Umfragen versprechen nichts Gutes: Nach der Wahl könnte es jeder Dritte sein. Es ist ein Schicksalsjahr, die Handlungsfähigkeit der EU steht auf dem Spiel.

FOTO: EDGAR ZIPPEL

Lucy ist 1993 geboren und studiert in Berlin, Deutschland

Wie versuchen Sie Bürgerinnen und Bürger, die noch nichts mit Europa zu tun hatten, zu motivieren, für ihren Kontinent einzustehen?
Ich komme aus der europapolitischen Bildungsarbeit. Ich habe jahrelang für die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa an Berliner und Brandenburger Schulen »Europa verstehen«-Kurse gegeben und viel aus der Zeit mitgenommen. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren in der EU überzeugt niemanden, der noch nie im Ausland war und nicht von diesen Errungenschaften direkt profitiert. Ich war vor Kurzem an einer Brandenburger Schule. Viele kannten Erasmus nicht – ein klassisches Beispiel. Glückliche aus der Europa-Bubble kennen das Förderprogramm aus ihrer Studienzeit, haben es oft selbst gemacht. Aber was ist mit den Auszubildenden? Gilt für sie genauso, aber das wissen die Wenigsten. Da muss man tatsächlich mehr machen, sodass sich ein Multiplikatoreffekt einstellt. Mein Mitbewohner ist Koch. Er hat ein halbes Jahr in Frankreich die französische Cuisine gelernt. All das ist möglich, wenn man davon weiß.

Auf Ihrer Handyhülle steht: »In welchem Europa willst du leben?« In welchem wollen Sie leben?
Ich möchte in einem Europa leben, in dem das Versprechen von Europa für alle Realität ist. In einem Europa, das solidarisch, nachhaltig, demokratisch ist und die Werte hochhält, die nicht nur für einige Privilegierte Realität sind, sondern für alle. In diesem Europa sollte es wirklich um die Bürgerinnen und Bürger gehen, und nicht nur um irgendwelche nationalstaatlichen oder wirtschaftlichen Interessen, denn Europa ist kein Egotrip.

Vielen Dank.

Katja Sinko ist Initiatorin von »The European Moment« und koordiniert derzeit die »Ein Europa Für Alle« Demo am 19. Mai 2019. Im Juni ernannte Bundesministerin Franziska Giffey sie zur Engagement-Botschafterin 2018 für Zivilgesellschaft in Europa. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

SITZVERTEILUNG NACH LÄNDERN IM EU-PARLAMENT (STAND: APRIL 2019)

Deutschland	96
Frankreich	74
Vereinigtes Königreich	73
Italien	73
Spanien	54
Polen	51
Rumänien	32
Niederlande	26
Griechenland	21
Belgien	21
Portugal	21
Tschechien	21
Ungarn	21
Schweden	20
Österreich	18
Bulgarien	17
Dänemark	13
Slowakei	13
Finnland	13
Irland	11
Litauen	11
Kroatien	11
Lettland	8
Slowenien	8
Luxemburg	6
Estland	6
Zypern	6
Malta	6

Die Anzahl der Abgeordneten eines Landes im Europäischen Parlament ist nicht direkt proportional zu seiner Bevölkerungsgröße. Kleinere Länder werden im Verhältnis überrepräsentiert, damit auch diesen eine Mitbestimmung ermöglicht wird.

FRAKTIONEN IM EU-PARLAMANT

Von der Fraktion im Bundestag zur Fraktion im Europäischen Parlament

- CDU/CSU ist Teil der: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (EVP)
- SPD ist Teil der: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)
- AfD ist Teil der: Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD oder EFD²)
- FDP ist Teil der: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
- Die Linke ist Teil der: Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)
- Bündnis 90/Die Grünen ist Teil der: Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA)

Migration Thema Nr. 1?

Analyse politischer Sendungen bei ARD und ZDF vor der Bundestagswahl 2017

GABRIELE SCHULZ

Als im Juni 2018 der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates provozierend ein Jahr Talkpause im Ersten und im ZDF forderte, schlugen die Wellen hoch. Olaf Zimmermann hatte moniert, dass seit 2015 in über 100 Talkshows über die Themen Flüchtlinge und Islam gesprochen wurde und hat hieraus gefolgert, dass damit die AfD bundestagsfähig gemacht werde.

Im April 2019 erschien die Studie »Agenda-Setting bei ARD und ZDF? Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017« der Otto Brenner Stiftung, in der der Frage nachgegangen wird, ob ARD und ZDF vor der Bundestagswahl Agenda-Setting gemacht haben. Die Autoren Marc Liesching und Gabriele Hooffacker, beide Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, beziehen sich ausdrücklich auf die genannte Pressemitteilung des Deutschen Kulturrates und die Aussagen von Olaf Zimmermann. Beides nehmen sie zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchung. Untersucht werden von Liesching und Hooffacker allerdings nicht nur die Talksendungen, vor allem nehmen sie einen anderen Zeitraum in den Fokus. Sie untersuchen den Monat vor der Bundestagswahl, also 24. August 2017 bis 23. September 2017. In diesem Zeitraum betrachten sie folgende Formate:

- Wahlsendungen wie Das TV-Duell Merkel-Schulz, Der Fünfkampf nach dem TV-Duell u. a.
- Polit-Talksendungen wie Maybrit Illner, Anne Will, Hart aber fair, Maischberger
- Polit-Magazine wie Bericht aus Berlin, Berlin direkt, Frontal 21, FAKT, Kontraste, Monitor, Report Mainz, Panorama, Report München
- Dokumentationen wie ARD-Wahlcheck, ZDFzeit: Macht! Kampf! Wahl! und andere

Insgesamt wurden 56 Sendungen ausgewertet. Dabei wurde sich auf die Erstausstrahlung konzentriert. Die Sendeminuten wurden nach folgenden Themen codiert:

- Außenpolitik
- Migration
- Innere Sicherheit
- Arbeit/Familie/Soziales
- Gesundheit
- Umwelt
- Steuer/Finanzen
- Wirtschaft/Verkehr/Bau
- Bildung/Digitalisierung
- Sport
- Politische Partei
- Politiker
- Wahlkampf
- Meta-Themen/Phänomene

Mehrfachcodierungen waren nicht möglich. Nur um es zu erwähnen: Kultur spielte keine Rolle. Am häufigsten wurde das Thema Arbeit/Familie/Soziales mit einem Sendeminutenanteil von 14,67 Prozent angesprochen, dicht gefolgt von Migration (11,63 Prozent), Außenpolitik (10,80 Prozent), Politische Partei (9,45 Prozent), Innere Sicherheit (9,21 Prozent). Danach kommen folgende Themen Politiker (7,80 Prozent), Umwelt (6,81 Prozent), Bildung/Digitalisierung (3,29 Prozent), Steuer/Finanzen (2,49 Prozent), Wirtschaft/Verkehr/Bau (1,97 Prozent) und Sport (0,27 Prozent). Die eher übergeordneten Themen wie Wahlkampf machten 6,68 Prozent bzw. die Meta-Themen/Phänomene 6,71 Prozent der Sendezeit aus. Liesching und Hooffacker schlussfolgern hieraus, dass die 56 Sendungen eine »vielfältige Themenpräsenz mit weitgehend ausgeglichenen Gewichtungen« bieten. Spannend ist meines Erachtens die Betrachtung der Kategorie Parteien mit ihren Unterkategorien CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Grüne und Linke. Sie macht 9,45 Prozent der Sendezeit aus. Hiervon entfallen 2,11 Prozent auf die AfD, 1,56 Prozent auf CDU/CSU, 1,34 Prozent auf die SPD, 0,83 Prozent auf die Linke, 0,66 Prozent auf Grüne und 0,43 Prozent auf die FDP. Zu dem Zeitpunkt gehörte weder die AfD noch die FDP dem Deutschen Bundestag an, beiden Parteien wird aber deutlich unterschiedliche Aufmerksamkeit zuteil. Bemerkenswert ist, dass auf eine nicht im Bundestag vertretene Partei die meisten Sendeminuten entfallen. Auch bei der Kategorie Politiker liegt die AfD mit 1,16 Prozent der Sendeminuten immerhin auf Platz 3 nach CDU/CSU mit 3,9 Prozent und SPD mit 2,3 Prozent.

Einen deutlich größeren Anteil hat laut der Studie von Liesching und Hooffacker das Thema Migration beim TV-Duell Merkel-Schulz. In dieser Sendung, die von ARD, ZDF, RTL und Sat1 ausgestrahlt wurde, dominierte das Thema Migration. Insgesamt 33,83 Prozent der Sendeminuten wurde über diese Fragestellung diskutiert. Deutlich abgeschlagen sind Außenpolitik 20,11 Prozent, Umwelt 8,54 Prozent, Innere Sicherheit 7,24 Prozent, Arbeit/Familie/Soziales 7,23 Prozent, Steuern/Finanzen 4,90 Prozent sowie Wirtschaft/Verkehr/Bau mit 3,25 Prozent. Keine Rolle spielten Gesundheit sowie Bildung/Digitalisierung. Hier ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Thema in der Debatte dominant war. Dieser Eindruck erhärtet sich, werden die fünf untersuchten Sendungen mit den höchsten Marktanteilen im Untersuchungsmonat betrachtet. Es handelt sich um das TV-Duell Merkel-Schulz, Anne Will (03.09.2017), Hart aber fair (18.09.2017), Maybrit Illner (24.08.2017) und Hart aber fair (11.09.2017). In diesen Sendungen entfielen auf das Thema Migration 21,8 Prozent der Sendeminuten auf Außenpolitik 19,75 Prozent, auf Steuern/Finanzen 9,48 Prozent und auf Arbeit/Familie/Soziales 8,44 Prozent. Mit Blick auf alle untersuchten Polit-Talksendungen, in denen das Thema Migration bei den Sachthemen mit 8,79 Prozent an zweiter Stelle nach der Außenpolitik mit 22,35 Prozent liegt, ist bemerkenswert, dass, wenn über Parteien gesprochen wurde, die AfD mit 3 Prozent am meisten Thema war, gefolgt von der SPD 2,85 Prozent und der CDU/CSU 2,47 Prozent.

In Fernsehsendungen angesprochene Themen sind immer auch vom Zeitgeist geprägt

Neben den kurz skizzierten quantitativen Auswertungen von 56 Sendungen über einen Monat enthält die genannte Studie der Otto Brenner Stiftung einen qualitativen Teil, in dem drei Verantwortliche aus Redaktionen von Polit-Talksendungen und -Magazinen unter anderem nach dem Nachrichtenwert der Sendungen sowie dem Agenda-Setting befragt werden. Weiter wird von einem Lehrforschungsprojekt zur Moderationsneutralität berichtet und zum Abschluss eine medientheoretische Betrachtung angestellt.

War Migration das Thema Nr. 1 vor der Bundestagswahl und wurde dadurch die AfD bundestagsfähig? Ohne Zweifel war es eines der zentralen Themen. Mit Blick auf das TV-Duell Merkel-Schulz sogar das Thema. Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass bei der Codierung Unterthemen wie Terrorismus, Islamismus und Kriminalität, die oft mit Migration in Verbindung gebracht werden, nicht unter das Thema Migration, sondern Innere Sicherheit eingeordnet wurde. Verschiebungen der Unterthemen oder eine Aufsplittung des sehr großen Themas Arbeit/Familie/Soziales mit zehn Unterthemen würden wahrscheinlich ein anderes Bild bieten. Doch das sind akademische Fragen. Auffallend ist ferner, dass einer Partei, die zum Zeitpunkt der Sendungen noch nicht im Bundestag vertreten war, sehr viel Aufmerksamkeit zuteilwurde.

Mit Blick auf den derzeit stattfindenden Europawahlkampf lehrt die Studie vor allem, dass in den Fernsehsendungen angesprochene Themen immer auch von einem bestimmten Zeitgeist geprägt sind. Anders ist kaum zu erklären, dass Umweltfragen oder Klimawandel vor der Bundestagswahl eine derart untergeordnete Rolle im TV spielten.

Die Studie kann kostenfrei bei der Otto Brenner Stiftung heruntergeladen werden: https://bit.ly/2PsKHiH

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18

Band 16 – Welt.Kultur.Politik. – Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
von Ulrike Blumenreich, Sabine Dengel, Wolfgang Hippe, Norbert Sievers

Wir erleben eine Zeitenwende – in unserer globalisierten Welt verweben sich zunehmend politische, ökonomische, ökologische und kulturelle Prozesse. Die neue Vielfalt und der damit verbundene anstehende Paradigmenwechsel fordern die Kulturpolitik auf allen Ebenen. Das traditionelle kulturpolitische Verhältnis von Innen und Außen steht ebenso zur Debatte wie die Identitätspolitik, der Umgang mit kulturellem Erbe und Diversität, die Rolle der Künstler*innen sowie die Inhalte und Formen der kulturellen Bildung und Kulturvermittlung.
Das Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18 versammelt neben Vorträgen des 9. Kulturpolitischen Bundeskongresses 2017 »Welt.Kultur.Politik.« weitere Beiträge zum Kongressthema und zur Kulturstatistik.

Mit Beiträgen von: Inke Arns, Ulrike Blumenreich, Naeema N. Butt, Johannes Crückeberg, Sabine Dengel, Johannes Ebert, Kurt Eichler, Jochen Eisenburger, Christian Esch, Patrick S. Föhl, Sigmar Gabriel, Marc Gegenfurtner, Albrecht Göschel, Ronald Grätz, Monika Grütters, Ulrike Guérot, Raphaela Henze, Wolfgang Hippe, Monica Juneja, Thomas Krüger, Meike Lettau, Katja Lucker, David Maier, Birgit Mandel, François Matarasso, Wolfgang Merkel, Barbara Meyer, Yaroslav Minkin, Pankaj Mishra, Carmen Mörsch, Julian Nida-Rümelin, Lena Prabha Nising, Hermann Parzinger, Jordi Pascual, Milo Rau, Andreas Reckwitz, Karl-Heinz Reuband, Oliver Scheytt, Wolfgang Schneider, Ansgar Schnurr, Norbert Schürgers, Georg Seesslen, Walter Siebel, Norbert Sievers, Michael Söndermann, Christina Stausberg, Helga Trüpel, Gottfried Wagner, Harald Welzer, Gernot Wolfram

Bielefeld 2018 [transcript] · 520 Seiten · 29,99 Euro
ISBN 978-3-8376-4252-0

KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Eine Infrastruktur, die nicht Hass verstärkt, sondern Zusammenhalt

Sinn und Realität einer europäischen Medienplattform

HELMUT HARTUNG

Der Start erfolgte am 13. Februar 2019, ohne große Ankündigung, fast lautlos etablierte das ZDF eine seiner größten Innovationen der vergangenen Jahre: ZDFkultur. Drei Jahre nach dem Aus des ZDF Kulturkanals hat der Mainzer Sender einen digitalen Kulturraum für das Internet entwickelt, der in der deutschen Medienlandschaft seinesgleichen sucht. Unter dem Label ZDFkultur wurden überwiegend Sendungen und Beiträge zusammengeführt, die vorher an unterschiedlichen Stellen in den Mediatheken von ZDF und 3sat zu finden waren. An der einzigartigen Vernetzung innerhalb der Kulturlandschaft Deutschlands sind 35 Partner, darunter Kulturinstitute, Museen, Theater und Opernhäuser aus allen 16 Bundesländern, beteiligt. In einer digitalen Kunsthalle kann man aus greifbarer Nähe Bilder von Gerhard Richter aus der Staatlichen Kunstsammlung Dresden betrachten, Cranach-Gemälde aus Weimar genießen und in Dokumenten aus dem Deutschen Literaturarchiv Marbach über die Jahre von Thomas Mann in Amerika stöbern. Den zusätzlichen Aufwand hat das ZDF im Wesentlichen durch Aufgabenverlagerungen in der Hauptredaktion Kultur erwirtschaftet. Auf eine Frage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an ZDF-Programmdirektor Norbert Himmler, ob man mit so einem Angebot nicht privaten Medien Konkurrenz mache, antwortete dieser: »Den Tag will ich erleben, an dem die Privatsender in Deutschland eine digitale Kulturplattform eröffnen.« Geld sei damit jedenfalls nicht zu verdienen.

Dieses neue ZDF-Angebot hat die Ministerpräsidenten auf Anhieb überzeugt, sodass sie nach ihrer jüngsten Tagung im März den Beschluss fassten, dass »die Anstalten gebeten werden, eine gemeinsame Plattformstrategie zu entwickeln«. Für Malu Dreyer, Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder und Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, ist die neue Kultur-Plattform dafür ein gutes Vorbild: »Daran können wir lernen«, so Dreyer, »was die Anstalten miteinander stärker machen könnte, um tatsächlich a) eine Antwort auf die neue Zeit zu haben und b) auch effektiver zu arbeiten«.

In einem Interview für medienpolitik.net übt sich ZDF-Intendant Thomas Bellut trotz des vielen Lobs im Understatement: »ZDFkultur ist keine Plattform, sondern ein neu gestalteter Themenbereich innerhalb der ZDFmediathek.« Für den ZDF-Intendanten sind die Unterschiede zwischen einer Plattform und einem Inhalte-Netzwerk »sehr erheblich«. »Der Netzwerk-Vorschlag zielt darauf ab, zusammenhängende Inhalte über die existierenden Mediatheken hinweg einfach durch Verlinkungen miteinander zu verbinden. Genauso bewegen sich schließlich auch die Nutzer im Netz, wenn sie auf der Suche nach bestimmten Inhalten sind. Eine europaweite Plattform, die von vielen Institutionen getragen werden soll, wäre dagegen eine völlig neue, sehr aufwendige technologische Infrastruktur. Das Konzept einer intelligenten Vernetzung von Inhalten ist dynamischer und gleichzeitig funktionaler als der Bau einer neuen Plattform. Und nicht zuletzt: Damit kann man sofort anfangen.«

Europäische Plattform als medienpolitisches Thema

Anfang 2018 hatte der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, zu Beginn seiner Amtszeit als ARD-Vorsitzender, eine europäische Plattform als Gegengewicht zu Netflix & Co. ins Gespräch gebracht. Für diese Idee hat er sowohl Zustimmung als auch Skepsis geerntet. Auf jeden Fall ist dieses Thema damit in der medienpolitischen Debatte fest verankert. In einem promedia-Interview Ende 2018 fasste der ARD-Vorsitzende seine Idee noch einmal zusammen: »Mein Vorschlag betrifft ja nicht nur den Rundfunk, sondern die gesamte Gesellschaft: Es geht um eine europäische digitale Infrastruktur mit Inhalten der unterschiedlichsten Institutionen, aus Kultur, Wissenschaft, Bildung, den Medien, den Buchverlagen, die allen Bürgern zur Verfügung steht und eine Alternative zu den Plattformen der US-Giganten darstellt. Eine solche Plattform könnte ein wirksames Gegenmittel gegen die wachsende Polarisierung, gegen die Zerrissenheit unserer Gesellschaften sein. Es muss eine Infrastruktur sein, die von Millionen Menschen in ihrem Alltag genutzt wird, so wie man heute permanent Google, Facebook und YouTube nutzt – allerdings mit einem Algorithmus, der transparent ist und in unseren europäischen Werten wurzelt. Unser Kontinent hat in den vergangenen 70 Jahren bewiesen, dass er mit den europäischen Werten des Zusammenhalts, der Pluralität und des Ausgleichs Frieden und Wohlstand schaffen kann. Um das zu erhalten, benötigen wir eine Infrastruktur, die nicht Hass verstärkt, sondern Zusammenhalt.«

Unterstützung durch europäische Kulturpolitik und Bundesregierung

Die Vision einer solchen Plattform hat in den aktuellen Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung Eingang gefunden: »In der europäischen Medienpolitik wächst seit längerem der Wunsch, die Entwicklung von Konkurrenzangeboten zu den bislang US-dominierten Plattformen zu befördern und damit nicht nur identitätsstiftende europäische, qualitativ hochwertige Inhalte sichtbarer zu machen, sondern auch den europäischen digitalen Binnenmarkt zu stärken und einen Beitrag zur Meinungsvielfalt in Europa zu leisten. Die Bündelung der Angebote aller ARD-Anstalten in einer Mediathek ist ein erster Schritt in diese Richtung. Die Deutsche Welle arbeitet ebenfalls mit anderen Auslandssendern wie France Médias Monde an einer gemeinsamen Plattform. Schließlich sind auch Initiativen privater Anbieter zu erwarten und zum Teil bereits angekündigt. Aus Sicht der Bundesregierung sind derartige Initiativen zu begrüßen, können sie doch dazu beitragen, europäische Inhalte weiter zu verbreiten und so eine europäische Identität zu befördern.«

Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, unterstützt ebenfalls die europäische Plattformidee: »Plattformen für qualitätsvolle europäische Inhalte sind ein langgehegter Wunsch. Europa muss und könnte so im globalen Netz seinen Einfluss wahrnehmen«, betont sie in einem Interview Ende des vergangenen Jahres, »Denn: Mit Kleinstaaterei können wir gegen US-amerikanische oder asiatische Marktmacht nichts gewinnen«. Beim EU-Förderprogramm »Kreatives Europa« für den Zeitraum 2021 bis 2027 soll Raum für die Förderung innovativer neuer Projekte geschaffen werden. Auch sollen zusätzlich verstärkt weitere EU-Förderinstrumente für den Kultur- und Kreativsektor nutzbar gemacht werden.

In der Neuauflage des Elysée-Vertrags mit Frankreich ist von einem »gemeinsamen Kultur- und Medienraum« die Rede, zu dessen Schaffung auch eine digitale Plattform beitragen soll, die sich vor allem an junge Menschen richtet.

Zuspruch kommt auch von Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Er warb beim Publishers› Summit des VDZ im November 2018 für eine europäische Plattform der Publisher. Es solle eine »deutsche oder europäische Plattform mit weltweitem Anspruch« entstehen. Für Altmaier geht es um die Frage, »ob wir selbst etwas gestalten oder ob wir uns von Plattformen, die aus anderen Rechtskreisen und Kulturkreisen kommen, die Regeln vorgeben lassen«.

Auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder macht sich für europäische digitale Medienplattformen als Alternative zu den großen Internetkonzernen stark. »Wir müssen eigene Plattformen etablieren«, sagte der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident im März vor Zeitungsverlegern. »Dafür wären auf Dauer auch Gebührengelder sinnvoll angelegt«, sagte Söder mit Blick auf die Diskussion um die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender. Bayern werde in Richtung solcher Plattformen erste Schritte machen, weitere nationale und europäische Schritte müssten folgen. Der Freistaat werde das zusammen mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien »finanziell begleiten«. Der Einsatz des Rundfunkbeitrages für eine europäische Initiative ist allerdings unmöglich, solange es keinen Auftrag im deutschen Rundfunkrecht gibt.

Skepsis bei potenziellen Partnern

Deutlich skeptischer als Vertreter der Politik reagieren potenzielle Partner. So hat ZDF-Intendant Thomas Bellut weiterhin Vorbehalte gegenüber einer solchen technologischen Plattform, wie er im Interview mit medienpolitik.net bekennt: »Es gibt Sprachbarrieren, die nationalen Medienmärkte sind sehr verschieden, es wäre anspruchsvoll, kommerzielle und nicht kommerzielle Anbieter unter einem Dach zu vereinen. Komplizierte Rechtefragen sind bei einem europäischen Ansatz eine weitere Hürde. Und dann müsste eine solche Plattform sehr agil, flexibel und dynamisch sein, wenn sie tatsächlich mit globalen Playern wie Facebook, Google/YouTube oder Netflix mithalten wollte. Ich lasse mich gern überraschen, aber ich glaube nicht, dass man das europäische Industrie-Modell Airbus, das immer wieder als Vorbild genannt wird, auf den Markt der digitalen Medien übertragen kann.«

Auch Conrad Albert, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von ProSieben Sat.1 und für Medienpolitik zuständig, hält wenig von dem Vorschlag des ARD-Vorsitzenden. »Jeder weiß, dass dieser hehre Wunsch leider so unrealistisch ist wie übermorgen eine Reise zum Mars. Eine solche Plattform wird es in zehn Jahren noch nicht geben, dagegen sprechen schon allein die kleinteiligen europäischen Strukturen, Entscheidungsprozesse und Märkte«, sagte Albert im März gegenüber Horizont. Auch RTL zeigt sich eher ablehnend.

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) unterstützt diese Initiative zwar grundsätzlich. Allerdings sieht er auch viele offene Fragen. »Das größte Problem ist das der Systemvermischung«, erklärte Mathias Döpfner. Es sei die Frage, wie sich ein öffentlich-rechtliches System und ein privates System unter einen Hut bringen lassen, ohne dass die bewährte duale Aufstellung verloren gehe. »Aber wenn man will, gibt es dafür Lösungen«, versicherte der BDZV-Präsident, der auch Vorstandsvorsitzender von Axel Springer ist.

Nationale Plattform-Initiativen

Auch in anderen europäischen Ländern existieren Überlegungen und erste Schritte für neue Content-Plattformen und Vernetzungen. Allerdings geht es hier vor allem um nationale Angebote. Mit vereinten Kräften wollen öffentliche und private Fernsehsender in Frankreich Netflix und Amazon etwas entgegensetzen. Für ihren Gegenangriff hat sich die öffentlich-rechtliche Gruppe France Télévisions (FranceTV) mit den beiden privaten Gruppen TF1 und M6 zusammengetan. Gemeinsam wollen sie eine neue digitale Plattform mit dem Namen »Salto« gründen. Gegen eine bescheidene Monatsgebühr sollen Nutzer dort sowohl ausgestrahlte Programme als auch neue Videoproduktionen sehen können. Dabei geht es den Fernsehanbietern nicht nur ums Geschäft mit selbst produzierten Programmen, Serien und Filmen, sondern letztlich um die französische und europäische Kulturproduktion.

Die Notwendigkeit, globalen Plattformen wie Google, YouTube oder Netflix etwas entgegenzusetzen, um die Medienvielfalt und Kultur in Europa zu schützen, wird immer mehr Politikern und Medienunternehmen bewusst. Doch die Umsetzung wird schwierig, wenn das nicht mit einem Geschäftsmodell verbunden oder mit öffentlichen Mitteln finanziert wird

Für Großbritannien haben die BBC und ITV einen gemeinsamen Streamingservice angekündigt, um US-Diensten nicht das Feld zu überlassen. Der gemeinsame Dienst wird »BritBox« heißen und soll im zweiten Halbjahr starten. Die neue britische Plattform soll auch weiteren Partnern offenstehen. Inhaltlich soll es bei dem neuen »BritBox« eine große Anzahl von britischem Content zu sehen geben, hinzu kommen Eigenproduktionen nur für die Plattform.

Seit zwei Jahren stellen österreichische Medien Bewegtbild-Content für alle teilnehmenden Online-Plattformen bereit. Allen voran der ORF, der als weitaus größter Content-Lieferant 2018 mehr als 37.700 Videos zur Verfügung gestellt hat, und somit maßgeblich zur Stärkung der heimischen Online-Branche und zur Schaffung eines hochwertigen heimischen Online-Werbeumfelds beigetragen hat.

Die Zeit drängt

Die Notwendigkeit, globalen Plattformen wie Google, YouTube oder Netflix etwas entgegenzusetzen, um die Medienvielfalt und Kultur in Europa zu schützen, wird immer mehr Politikern und Medienunternehmen bewusst. Doch die Umsetzung wird schwierig, wenn das nicht mit einem Geschäftsmodell verbunden oder mit öffentlichen Mitteln finanziert wird. Das Ziel einer europäischen Plattform ist sehr ambitioniert und scheint, sieht man sich die aktuelle europäische Entwicklung an, eher unrealistisch. Es fehlen gegenwärtig sowohl organisatorische als auch medienpolitische Voraussetzungen. Die inhaltliche Kompetenz für Kultur und Medien liegt nach wie vor überwiegend bei den Mitgliedstaaten und mehrere EU-Länder bemühen sich eher um eine Abschottung als um Vielfalt und eine europäische Öffnung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird in vielen Ländern gegenwärtig finanziell gestutzt und sogar infrage gestellt. In Deutschland fehlen die rechtlichen Voraussetzungen, um den Rundfunkbeitrag für ein europäisches Projekt zu verwenden. Basis für eine europäische Plattform könnten »Keimzellen« in Form von nationalen Plattformen oder der Ausbau bestehender gemeinsamer Projekte wie ARTE sein. Möglich wären sicher auch spezifische Plattformen wie für News, wo nationale Nachrichtenagenturen mit öffentlich-rechtlichen Anstalten zusammenarbeiten können. Auch die Vernetzung von Inhalten europaweit agierender Medienunternehmen wie Bertelsmann, Sky oder Vivendi ist denkbar. Das wären zumindest erste konkrete Schritte.

Globale Medienplattformen haben unsere Mediennutzung, Medienangebote und -inhalte innerhalb weniger Jahre massiv verändert. Erst vor fünf Jahren ist Netflix in Deutschland gestartet. Die Konsequenzen sind aber bereits jetzt überall spürbar. Ob Netzwerk oder Plattform – die Zeit drängt für ein europäisches Online-Content-Angebot. So wie eine EU-Arbeitsgruppe aus 50 Experten kürzlich Ethikleitlinien für künstliche Intelligenz erstellt hat, müsste die neue EU-Kommission unter Einbeziehung von Fachleuten die Voraussetzungen für eine europäische Medienplattform schaffen.

Helmut Hartung ist Chefredakteur des Blogs www.medienpolitik.net

Kurz-Schluss

Wie ich einmal versuchte, die ungute politische Stimmung in unserem Vaterland in ein fröhlich-effektives Regieren zu wandeln

THEO GEIßLER

Starke Politikverdrossenheit in unserem zehntelsatten Lande: Wen wundert's. Ein paar Superkapitalisten scheffeln Milliarden, dem Rest bleibt im Wesentlichen Hartz IV plus Aufstocken. Vom Flaschensammeln und Mülltonnen-Checken vieler Rentner ganz zu schweigen. Derweil erhöhen unsere gewählten Volksvertreter recht versteckt ihre seltsamerweise so benannten Diäten. Zerstreiten sich munter in die gesetzgeberische Ineffektivität.

Ideologisch vorbereitet wurde dieser Zustand dank einer Fokussierung der Schulbildung auf die MINT-Fächer – Banking und Betriebswirtschaft ist der Gesellschaft feinster Lebenssaft. Flankiert durch die Lobotomie-Tricks unserer privaten Sender, Netflix, YouTube, Facebook, Twitter und sonstige multiple Internet-Abzockereien. Unterstützt durch Schnüffelsoftware, die dank häuslicher Alexa-Abhör-Technik am Klang unserer Stimme unseren Seelenzustand als Grundlage unserer Bedürfnisse in Sachen Kauflust entschlüsselt. Leider wird das nötige Kleingeld nicht mitgeliefert, was verständlicherweise zu weitgehend unreflektierter Unzufriedenheit führt.

Da entlasten Motzer ihre ausgehungerten Euro-Seelen im Stellvertreterkrieg gegen Ausländer. Pe-, Le-, Mü- und sonstige -gida. Bräunlichem Schaum gelingt der Einzug in Landesparlamente und Deutschen Bundestag – keineswegs ein Grund zur Heiterkeit.

Da sagt ein FDP-Lindner, Politik sei die Aufgabe von Profis. Da soll der Wechseljährling sich mal ein Beispiel an Greta Thunberg nehmen, die gerade lächeln lernt und Präsidentin des Europarates wird. Also weit gefehlt, Herr Lindner. Blicken wir lieber in unser langjähriges Vorbildland, die Vereinigten Staaten von Amerika – z. B. Ronald Reagan: Der Schauspieler und republikanische Politiker war – leider machte er einen kleinen Fehler – bis 1989 ein stets gutaufgelegter Präsident der USA. Als Qualitätsgarantien konnte er Kunstfilme wie »Höllenhunde des Pazifik«, »Opfer einer großen Liebe« oder »Sein letzter Verrat« vorweisen – allerleichteste, allerfeinste Unterhaltung. Und immer einen flotten Spruch auf den Lippen: »Es ist albern, darüber zu reden, wie lange wir im vietnamesischen Dschungel bleiben müssen. Wir könnten das ganze Land asphaltieren und als Parkplatz markieren und wären trotzdem vor Weihnachten zu Hause.«

Oder Kaliforniens langjähriger Gouverneur Arnold Schwarzenegger: Unvergessen, Arnold Schwarzenegger als »Conan, der Barbar«, die visionäre, aufrüttelnde Science-Fiction-Serie »Terminator« oder eben der heiteraufbauende »Kindergarten-Cop«. Den Vogel freilich schießt der aktuelle US-Präsident ab: Donald Trump, eine Mischung aus Darth Vader, Forrest Gump und Mr. Bean, in der Summe ein Monty-Python-Derivat mit einem dreihundertter Wortschatz.

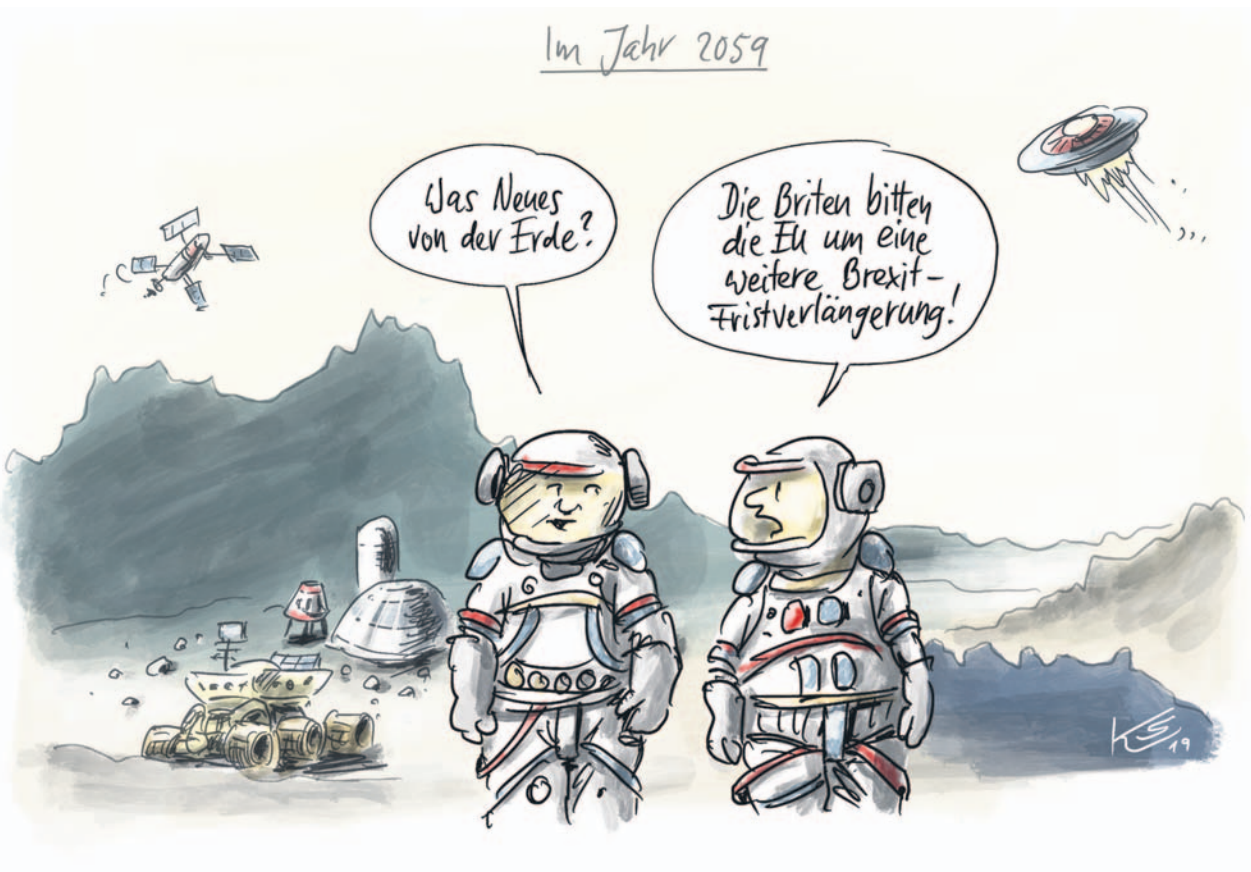
An solch unaufgeregter Heiterkeit sollten wir bräsigen Teutonen uns ein Beispiel nehmen, zumal es im Bereich der Europäischen Union auch schon etliche treffliche Beispiele für entspanntes, von Lächeln geprägtes Regieren gibt. Erinnern wir uns noch an Italiens Silvio Berlusconi, den Bunga-Bunga-Meister – er ist in jeder Beziehung wieder im Kommen. Oder an Beppe Grillo, den Clown und Gründer der Fünf-Sterne-Bewegung, die jetzt an der Regierung ist, leider ohne Grillo, der sich wieder in den Zirkus zurückgezogen hat. Unvergessen auch Boris »Brexit« Johnson, dem es dank seines durch Witze erzeugten Volksgelächters gelang, den Ärmelkanal um zwölf Millimeter zu verbreitern.

Doch werfen wir einen Blick in unser trübes Glashaus, bevor wir mit Heckler & Koch die Scheiben zerschießen. Wir haben eine große Anzahl kluger, witziger und kundiger Komödiantinnen und Komödianten in unserer Volksgemeinschaft. Leider werden sie – im Unterschied zum Volk – von den unter meist falschen Versprechungen gewählten Volksvertretern bestenfalls als Hofnarren behandelt, gelegentlich verklagt. Dabei böte sich im Sinne eines fröhlichen Schlands Karl Dall statt Horst Seehofer doch als Innenminister an – mit dem rechten sieht man besser. Statt des farblosen Scholz drängt sich der Faschingsprinz-Ministerpräsident Bayerns, Markus Söder, geradezu auf, die Landwirtschafts-Ignorantin Klöckner wird durch das kundige Wellküren-Ensemble ersetzt. Statt Ursula von der Leyen übernimmt die windschnittige Heidi Klum das Kommando über die Gorch Fock.

Letzter etwas steifer Staatsakt von Bundeskanzlerin Merkel: Sie gratuliert dem gewählten Präsidenten der Ukraine, Herrn Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj, unter anderem mit den unverbrauchten Phrasen: »Zunächst gratuliere ich Ihnen auch im Namen meiner Nachfolgerin Kramp-Karrenbauer zum Wahlsieg. Überrascht war ich schon, dass jetzt ein Komödiant die Ukraine regiert. Naja, wir denken auch darüber nach, Herrn Stefan Raab demnächst zum Bundespräsidenten zu wählen. Und AKK schicken wir noch in eine Moskauer Clownsschule«.

Nastrovje: Ihre Dr. rer. nat. Angela Merkel (P.S.: Was haben Sie eigentlich studiert?)

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

TAUBENSCHISS – DIE P&K TRUMP-FAKES

Pullach: Dank eines technologischen Kniffs an seiner alten Fritz-Box kann jetzt jeder User gewissermaßen zum BND-Agenten oder freiberuflichen Privatdetektiv werden. Mit einer via Spezialsoftware mit der Box verbundenen Schuhcreme-Schachtel sind Gesprächsmitschnitte 150 Meter in bester technischer Qualität möglich. Der Orion-Versand, die katholische Kirche und YouPorn arbeiten allerdings schon an einem Upload-Filter.

Köln: Diebstahl oder Kulturrettung? In Köln wird gegen einen Mann verhandelt, der aus dem Mülleimer des Malers Gerhard Richter vom Künstler entsorgte Skizzen geraubt haben soll. Diebstahl oder nicht – fragt das Gericht. Der Täter verteidigt sich mit dem Hinweis, er hätte als Spielmaterial für seinen Kindergarten Blanko-Papier gesucht.

Hamburg: Der ein oder andere regelmäßige Die Zeit-Leser wird es vielleicht schon bemerkt haben. Seit Oktober 2018 sind im Wirtschaftsressort ab und an Artikel zu finden, die nicht von ausgebildeten Journalisten verfasst worden sind. Denn seit einem halben Jahr arbeitet die Redaktion mit einem Dutzend Lesern, dem Wirtschaftsrat, zusammen. »Wann immer einzelne Mitglieder Einfluss nehmen, wird das Logo des Rates darauf aufmerksam machen«, heißt es in der Ankündigung. Hinzu kommen Zitate, kurze Interviews, Protokolle. Erst Anfang April durften vier Mitglieder sich dazu äußern, wie Frauen im Beruf diskriminiert werden. Die Redaktion räumt seinen externen Autoren dann bis zu eine Viertel Seite im Blatt frei. Weggefallen sind aufgrund dieser Art von »Vox populi« das komplette Feuilleton und die Rätselseiten.

Hamburg: Musikkritik – was der Spiegel für neue Musik hält. »Computer says No: ›The system doesn't support… trusting someone‹«, singt Fee Kürten auf ihrem vierten, ganz hervorragenden Album gleich zu Beginn. Das System unterstützt kein Vertrauen und auch keine Liebe, zerdehnt sie da die Silben in einem seltsam entrückten Schellackplatten-Sound, als wäre sie eine Jazz-Sängerin aus den 1940er Jahren. Aber das ist die Hamburger Sängerin, Loop-Künstlerin, Multi-Instrumentalistin und Produzentin nicht. Sie ist eine der interessantesten, modernsten und eigenständigsten deutschen Elektronikmusikerinnen zurzeit. Und trotzdem haftet den 13 Tracks von »Add Land« auch etwas Altmodisches an, eine alte Seele, »old Soul«, so könnte man das nennen. Oder so ungefähr ähnlich. Demnächst in dieser Rubrik: Neue FlipFlops… (thg.)

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Maike Karnebogen

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35, Fax: 945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0, www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur,
Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280, Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Diese Ausgabe enthält die Beilage »Musikleben in Deutschland« (Herausgeber: Deutscher Musikrat gGmbH).